

Das Parlament

Berlin, 23. Januar 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 4 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Jüngste Abgeordnete

Emily Vontz Die 22 Jahre alte Saarländerin ist als jüngste Abgeordnete in den Bundestag eingezogen und dort - wie das üblich ist - vergangene Woche vor dem Eintritt in die Tagesordnung von der Bundestagspräsidentin begrüßt worden. Bei der Bundestagswahl 2021 kandidierte Vontz auf Platz 4 der SPD-Landesliste im Saarland, verpasste jedoch zunächst den Einzug in das Parlament. Dass man als jüngste Abgeordnete auffalle, sei ihr klar, sagte sie, als bekannt wurde, dass sie auf den Sozialdemokraten Heiko Maas folgen würde, der sein Mandat im Dezember niedergelegt hatte. Ihr gehe es aber nicht ums Auffallen, sondern darum, auch junge Politik zu machen. Die deutsch-französischen Beziehungen seien ihr ein „Herzenthema“, Klima- und Umweltschutz und die Jugendbeteiligung weitere Anliegen. *ah*



ZAHL DER WOCHE

736

Abgeordnete sitzen derzeit im Deutschen Bundestag. Geht es nach den Vorschlägen der Ampel-Koalition für eine Wahlrechtsreform, soll das Parlament wieder auf die Regelgröße von 598 verkleinert werden (siehe Seite 4).

ZITAT DER WOCHE

»Kennen wir sonst nur aus Schurkenstaaten.«

Martin Huber, CSU-Generalsekretär, wirft der Ampel vor, mit ihren Wahlrechtsreformvorschlägen „organisierte Wahlfälschung“ zu betreiben - und stößt damit auf breite Kritik.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Wahlrecht Die Koalition will zurück zur Regelgröße des Parlaments **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Grüne Woche Bundestag debattiert über Landwirtschaftspolitik **Seite 7**

EUROPA UND DIE WELT
Élysée-Vertrag Abgeordnete würdigen deutsch-französische Partnerschaft **Seite 10**

KEHRSEITE
Erinnerung Bundestagspräsidentin Bas besucht Gedenkstätte in Bernburg **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Gretchenfrage auf Ketten

UKRAINE-KRIEG Bundesregierung lehnt Lieferung von Leopard-Panzern weiterhin ab

Es war die Gretchenfrage in der vergangenen Woche: Soll Deutschland nun doch Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine liefern? In den Tagen zuvor war der innen- wie außenpolitische Druck auf die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz (SPD) auf ein Höchstmaß gestiegen. Scholz hatte immer argumentiert, Deutschland werde „im Alleingang“ keine Kampfpanzer liefern. Und an dieser Marschrichtung sollte sich bis Ende der Woche auch nichts ändern. Trotz der Ankündigung Großbritanniens, 14 Challenger-Kampfpanzer liefern zu wollen und der unverhohlenen Drohung von Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Leopard-2-Panzer der polnischen Armee auch ohne deutsche Exportgenehmigung an die Ukraine zu liefern, konnte auf dem Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe im Ramstein keine Einigkeit in dieser Frage erzielt werden (siehe Artikel unten).

Kaum zwei Stunden nach dem Amtseid von Boris Pistorius (SPD) als neuer Verteidigungsminister und 24 Stunden vor Beginn der Konferenz der Ukraine-Kontaktgruppe in Ramstein waren die unterschiedlichen Ansichten zur Lieferung von deutschen Kampfpanzern am Donnerstag noch einmal im Bundestag aufeinander gestoßen. Die CDU/CSU hatte einen Antrag (20/5219) vorgelegt, mit dem sie die Bundesregierung auffordert, der deutschen Rüstungsindustrie und den Nato-Staaten, die selbst über Leopard-2-Kampfpanzer verfügen, eine Exportgenehmigung zu erteilen und nach Möglichkeit auch aus Beständen der Bundeswehr Leopard-2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Gleiches soll auch für die älteren Leopard-1-Panzer gelten, die sich noch in den Beständen der Industrie befinden. Zudem müsse gemeinsam mit den Verbündeten die Ausbildung ukrainischer Soldaten an dem Waffensystem und die Lieferung von Ersatzteilen und Munition sichergestellt werden. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Johann David Wadepuhl (CDU) erinnerte daran, dass der Bundestag im vergangenen Frühjahr „nach harten Debatten“ beschlossen habe, die Ukraine auch mit schweren Waffen zu unterstützen. „Die schweren Waffen schlechthin sind Panzer“, führte Wadepuhl aus. Wegen der drohenden russischen Frühjahrsoffensive müsse Deutschland „die Ukraine wirkungsvoll unterstützen“. Angesichts der Bereitschaft Polens, Finnlands und Spaniens zur Lieferung von Leopard-Panzern, sei die Weigerung des Kanzlers der eigentliche Alleingang, der „falsch und unverantwortlich“ sei.



Begrüßung mit militärischen Ehren: Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und seine Amtsvorgängerin Christine Lambrecht (SPD) im Berliner Bendlerblock. © picture-alliance/dpa/M. Kappeler

Für die Regierungskoalition kam die Debatte zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, da sie sich auch einen Tag vor dem Treffen in Ramstein auf keine gemeinsame Linie einigen konnte. Während sich die Grünen und die FDP dezidiert für die Lieferung aussprachen, tat sich die SPD damit weiterhin schwer. So verhinderte die Koalition auch die von der Union beantragte sofortige Abstimmung über den Antrag.

Der SPD-Außenpolitiker Dietmar Nietan warf der Union denn auch vor, ihr ginge es lediglich darum, „Radau“ zu machen. Zugleich räumte er jedoch ein, dass die Ukraine für die Rückeroberung der von Russland besetzten Gebieten „weitere Kampfpanzer“ benötige. Er erwarte sich von der Konferenz in Ramstein „substantielle Beschlüsse“. Wie diese aussehen könnten und welche Kampfpanzer er dabei im Blick hatte, ließ Nietan jedoch offen. Die Koalitionspartner der Sozialdemokraten hingegen sprachen sich offen für die

Lieferung der Leopard-Panzer aus. So verwies die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Agnieszka Brugger auf die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung von Marder-Schützenpanzern. „Aber wir sollten, nein, wir müssen auch den nächsten Schritt gehen. Schützenpanzer sind für den gemeinsamen Einsatz mit Kampfpanzern vorgesehen“, argumentierte Brugger. Es gebe „keine überzeugenden Gründe, die Leopard-Panzer im europäischen Verbund nicht zu liefern“. Auch die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann erneuerte die Forderung ihrer Fraktion nach der Lieferung der Leopard-Panzer. Zudem warnte sie Bundeskanzler

Scholz, Europa in der Frage von Waffenlieferungen zu „spalten“. Ein dezidiertes Nein zur Lieferung deutscher Panzer kam hingegen aus den Reihen der AfD- und der Linksfraktion. Der Krieg in der Ukraine sei angesichts der militärischen Stärke Russlands und seiner Atom-

bewaffnung „nicht zu gewinnen“, stellten der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Petr Bystron, und der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch übereinstimmend fest. Gewinner in diesem Krieg sei lediglich die USA, die „ihre Einflusszone bis an die Grenze Russlands erweitert“ habe und die von den Wirtschaftssanktionen gegen Russland und den Waffenverkäufen in die Ukraine ökonomisch profitierten, führte Bystron aus. Bartsch forderte ebenso wie der AfD-Abgeordnete eine Rückkehr zur Diplomatie, um den Ukraine-Krieg zu beenden. „Ihr Wettlauf um Waffenlieferungen hat uns dem Frieden keinen Millimeter näher gebracht, und Sie rennen mit diesen Scheuklappen immer weiter“, warf Bartsch den Befürwortern einer Panzer-Lieferung vor. Und fügte an: „Wer sich gegen Waffenlieferungen ausspricht, ist noch lange kein Putin-Freund.“ Das beurteilte Strack-Zimmermann allerdings anders: In der Ukraine würden Menschen ermordet, gefoltert und Frauen vergewaltigt. „Schauen Sie hin, wie barbarisch dieser Krieg ist, und verschonen Sie uns rechts wie links mit Radio Moskau!“, schimpfte sie mit Blick auf die Reihen der AfD und der Linken. *Alexander Weinlein*

EDITORIAL Zögern oder Zaudern?

VON CHRISTIAN ZENTNER

Zählapell bei der Bundeswehr: Wieviel Leopard könnte Deutschland abgeben, wenn es einen Beschluss gäbe? Das neue Jahr bringt eine neue Dynamik bei der Unterstützung der Ukraine gegen die russische Invasion. Auch deshalb ist der Krieg zurück im Mittelpunkt des parlamentarischen Geschehens. Nicht nur der Bundestag debattierte, sondern auch das Europaparlament und das in bemerkenswerter Weise. Während Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim Weltwirtschaftsforum in Davos der Frage nach Waffenlieferungen wieder einmal auswich, forderte ihn das EU-Parlament zeitgleich und unmissverständlich auf, den Weg für die Lieferung von Leopard 2 frei zu machen. Das war ein starkes Stück, denn das EU-Parlament geht in normalen Zeiten den Regierungschef eines Mitgliedstaates nicht so frontal an. Angestoßen hatte die Debatte Reinhard Büttkofer, langjähriger Bundesvorsitzender der Grünen, ein Parteifreund der Außenministerin. Im Bundestag ging die Initiative einen Tag später von der CDU/CSU-Fraktion aus. Sie räumte dafür ihren prominentesten Plenarplatz frei, 10 Uhr am Donnerstag, kurz nach der Vereidigung des neuen Verteidigungsministers. Regierungsverantwortung wog in Deutschland vielleicht noch nie so schwer, wie seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor fast einem Jahr. In Fragen von Krieg und Frieden gilt es, jede unbedachte Aktion zu vermeiden. Der Bundeskanzler nennt das: Erst abstimmen und dann gemeinsam handeln. Wer so handelt, nimmt eine gewisse Zögerlichkeit in Kauf. Doch nicht jedes Zögern ist ein Zaudern, manchmal ist es Strategie. Helme, Handfeuerwaffen, tragbare Lenkpanzer für die Panzer- und Luftabwehr, Flakpanzer, Haubitzen, Raketenwerfer und jetzt die Panzerfrage: Bei jeder Steigerung der Kampfkraft deutscher Waffenlieferungen muss sich der russische Präsident fragen, ob er deswegen eine direkte Reaktion wagen soll. Erst recht, wenn der gesamte Westen ähnliches liefert. Das Problem: So ein Vorgehen kostet Zeit und jeder Tag bedeutet für die Ukraine den Tod vieler Menschen. Die Ukraine blutet aus, während Russland seine zahlreichen Rückschläge schlicht in Kauf nimmt und weiter zehntausendfach Soldaten einmarschieren lässt. Putin hat seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 auf diesen Krieg gewartet, er kann also weiter warten, die Ukraine auf westliche Kampfpanzer nicht mehr lange.

Prüfender Blick in die Arsenale

KAMPFPANZER Vor etwaiger Lieferung an die Ukraine will sich die Regierung eine Bestandsübersicht verschaffen

Fast ein Jahr nach der ersten Bitte der Ukraine um Lieferung von deutschen Kampfpanzern lässt die Bundesregierung nun deren Verfügbarkeit prüfen. Verteidigungsminister Boris Pistorius sagte am vergangenen Freitag am Rande der Ukraine-Konferenz auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, dass er den Auftrag erteilt habe, festzustellen, wie viele Leopard-2-Panzer abgegeben werden könnten. „Wir bereiten uns vor für den Fall der Fälle“, sagte der SPD-Politiker vor Journalisten. Die politische Entscheidung über eine Lieferung werde dann „so bald wie möglich getroffen“. Ein Beschluss lag bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht vor.

Die Ukraine hatte die Bundesregierung kurz nach dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 erstmals offiziell um die Lieferung von Kampfpanzern gebeten und diese Bitte danach immer wieder vorgetragen. Zuletzt war auch der Druck europäischer Verbündeter, die Panzer zu liefern, massiv gewachsen. Deutschland nimmt eine Schlüsselrolle ein, weil die Leopard-Panzer hier produziert werden und auch eine Weitergabe an die Ukraine durch an-



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj spricht einer Video-Schleife zu den Mitgliedern der Ukraine-Kontaktgruppe in Ramstein. © picture-alliance/dpa

dere Länder von der Bundesregierung genehmigt werden muss. Pistorius sagte, dass eine solche Genehmigung noch nicht erteilt worden sei. Er betonte, dass es zur Lieferung von Kampfpanzern unter den Verbündeten „kein einheitliches Meinungsbild“ gebe. „Der Eindruck, der gelegentlich entstanden ist, es gebe eine geschlossene Koalition und Deutsch-

land stehe im Weg, dieser Eindruck ist falsch.“ Im Vorfeld des Treffens in Ramstein hatte die Bundesregierung klargestellt, dass sie die Lieferung von Leopard-2-Panzern aus deutscher Produktion nicht von der Lieferung von M1-Abrams-Panzern der USA abhängig macht. Es habe zu keinem Zeitpunkt „ein Junktim oder eine Forderung gegeben, dass

das eine zu erfolgen habe, damit das andere erfolgen kann“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Freitag in Berlin. Er bekräftigte, dass ein abgestimmtes Agieren etwa über die Marder-Schützenpanzer oder die Mehrfachraketenwerfer so gewesen. Wie eine am Freitag veröffentlichten Forsa-Umfrage zeigt, sollte Deutschland aus Sicht einer knappen Mehrheit der Bundesbürger anderen Staaten wie Polen gestatten, Leopard-Kampfpanzer aus deutscher Produktion an die Ukraine zu liefern. Dafür sprechen sich 54 Prozent der etwa 1.000 Befragten aus. 49 Prozent meinen, dass es dem Ansehen Deutschlands bei den westlichen Partnern geschadet habe, bei Waffenlieferungen an die Ukraine immer eher zögerlich und besonnen vorgegangen zu sein. 43 Prozent sehen das nicht so. *dpa/ah*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DER KANZLER ZU VORSICHTIG?

Vertrauensverlust

PRO



Julia Weigelt, freie Journalistin

Natürlich ist es gut, bei wichtigen Entscheidungen alle Argumente besonders abzuwägen. Doch diese Phase ist bei der Panzerfrage seit Monaten vorbei. Wir wissen, dass der russische Präsident Putin die ukrainische Kultur und Nation auslöschen will. Wir sehen von Russland ausgeübte Kriegsverbrechen, etwa gezielte Angriffe auf Wärme- und Stromversorgung sowie auf ukrainische Kulturstätten. Warum unterstützt Deutschland die Angegriffenen also nicht umfassend? Will Bundeskanzler Scholz Kampfpanzer-Lieferungen so lange hinauszögern, wie bündnispolitisch gerade noch vertretbar, um seinen linken Partei-Flügel zu besänftigen?

Die Bundesregierung kündigt seit Jahren an, mehr Verantwortung übernehmen zu wollen, ja, sogar zu führen. Und ja, Verantwortung ist mehr, als Panzer zu liefern. Dazu gehören auch effektiver Klimaschutz und faire Wirtschaftspolitik. Und jetzt eben auch Panzer. Wenn „Führung übernehmen“ bedeutet, sich gegen Waffenlieferungen so lange zu sperren, bis anderen Bündnispartnern der Geduldsschnur reißt und sie Einzellieferungen ankündigen, geht erneut Vertrauen verloren. Die Bundesregierung muss von ihrem Deutschland-first-Kurs weg, für den nicht nur der viel zu späte Stopp von Nord Stream 2 ein Beispiel ist. Auch preistreibende Käufe auf dem internationalen Gasmarkt gehören dazu. Vertrauen ist schnell zerstört und schwer wieder aufzubauen. Dabei helfen: Aufrichtigkeit in Bezug auf wahre Handlungsmotivation, Fehler bedauern und es zukünftig besser machen. Denn weiteren Vertrauensverlust kann sich Deutschland in einer Zeit sich überlagernder und gegenseitig verstärkender Krisen nicht mehr leisten.

Breite Zustimmung

CONTRA



Kerstin Münstermann, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Die Gretchenfrage dieser Tage lautet: Liefert Deutschland der Ukraine Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 oder nicht? Oder erteilt es zumindest die Erlaubnis dazu, dass Länder wie etwa Polen Kampfpanzer an die Ukraine liefern können? Olaf Scholz bleibt in dieser Frage zurückhaltend. So nutzte er etwa die Rede auf dem Weltwirtschaftsforum nicht zu einer klaren Positionierung in dieser Frage. Die Botschaft: Er lässt sich nicht von der öffentlichen Meinung treiben. In Interviews bekräftigte er stets sein Mantra: Die Ukraine so lange unterstützen, wie es notwendig ist, nicht alleine, sondern nur mit Partnern zusammen. Und alles dran setzen, um zu vermeiden, dass die Nato-Verbündeten in einen direkten Konflikt mit Russland hineingezogen werden.

Außerdem weiß Scholz vieles auf der Haben-Seite: Deutschland hat bereits Raketenwerfer, Gepard-Flak-Panzer, das Abwehrsystem Iris-T, Marder-Schützenpanzer, das Luftverteidigungssystem Patriot geliefert oder Zusagen dafür gemacht. Viele Millionen Euro wurden für die zivile Unterstützung aufgebracht. Scholz will die Führungsfrage im Westen zur Rechtfertigung in einzelnen Waffengattungen festmachen. Und er setzt vor allem auf die Unterstützung aus den USA. Ohne enge Abstimmung mit US-Präsident Joe Biden werde man keine Schritte unternehmen, so das Mantra aus dem Kanzleramt.

Die Vorsicht des Kanzlers trifft auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die Angst vor einer Beteiligung am Krieg ist größer, als mancher in Berlin das sehen mag. Die Solidarität der Deutschen darf Scholz nicht aufs Spiel setzen. Auch wenn er sich dafür den Vorwurf der Zögerlichkeit einfangt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hahn, die Mängelliste der Bundeswehr ist lang – kaum Personal, kaum Material, veraltete Infrastruktur. Was erwarten Sie vom neuen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit Blick auf die von Bundeskanzler Scholz ausgeführte Zeitenwende und das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Truppe?

Herr Pistorius muss dringend das Beschaffungswesen reformieren, damit die Bundeswehr endlich die notwendige Ausstattung bekommt. Die Initiativen seiner Vorgängerin haben hier weder zu einer Vereinfachung noch zu einer Beschleunigung geführt. Der Minister muss auch dafür sorgen, dass Deutschland als eine der größten territorialen Streitmächte in Europa wieder sichtbar wird auf internationaler Bühne. Nicht zuletzt brauchen wir einen Ressortchef, der endlich wichtige Entscheidungen trifft zur Unterstützung der Ukraine, etwa zur Lieferung deutscher Kampfpanzer.

Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), würde das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr gern um weitere 200 Milliarden Euro aufstocken. Ist Geldmangel das größte Problem der Truppe?

Nein, das größte Problem ist mangelnde Planbarkeit. Das schließt eine ausreichende finanzielle Ausstattung natürlich mit ein. Das Sondervermögen wird nicht viel helfen, wenn nicht gleichzeitig auch der Verteidigungshaushalt mittel- und langfristig steigt. Derzeit plant die Ampelregierung aber, den Etat auf dem aktuellen Stand einzufrieren. Damit verfehlen wir nicht nur das Nato-Ziel, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Wir können die mit dem Sondervermögen finanzierte neue Ausstattung irgendwann auch nicht mehr bewirtschaften, also Instandhalten oder neue Munition kaufen.

Gleichzeitig liefert die Bundesregierung seit Kriegsbeginn moderne Waffensysteme in die Ukraine, darunter bald 40 Marder-Schützenpanzer inklusive Munition. Müsste dieses Material nicht zuerst ersetzt werden?

Alles, was wir aus Bundeswehrmaterial liefern, führt zu einer Schwächung unserer Bündnis- und Landesverteidigung. Es ist daher unfassbar, dass trotz der angekündigten Zeitenwende verbunden mit dem Bekenntnis die Bundeswehr zu stärken, die Nachbeschaffung dieses Materials bis heute nicht ernsthaft angelaufen ist.

Deutschland hat zum Jahreswechsel auch die Führung der schnellen Nato-Eingreiftruppe VJTF übernommen, die innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit sein muss. Es heißt, die Verbände müssten sich teilweise Ausrüstung bei anderen Einheiten borgen, um die Anforderungen der Nato erfüllen zu können. Kann die Bundeswehr diese große Aufgabe derzeit überhaupt stemmen?

Das ist fraglich, wie schon das Desaster um den Puma zeigt. Der Schützenpanzer hätte zum 1. Januar mit in die VJTF-Bereitschaft gehen müssen, aber dann haben Übungen im Dezember erhebliche Mängel gezeigt und der Plan wurde auf Eis gelegt. Offenbar sind die Soldaten nicht gut genug auf ihrem eigenen Gerät ausgebildet, es hakt bei der Instandsetzung und im Zusammenspiel mit der Industrie.

Nun soll Deutschland der Ukraine auch noch Leopard-Kampfpanzer schicken. Warum ist der Leopard für die Ukraine so wichtig?

Um eine optimale Waffenwirkung zu erzielen, sollten Kampf- und Schützenpanzer immer zusammen eingesetzt werden. Deswegen besitzen alle relevanten Armeen der Welt dieses Duo und setzen nicht nur auf

»Brauchen einen Plan«

FLORIAN HAHN Für den CSU-Verteidigungsexperten kann eine wirksame Militärhilfe für die Ukraine nicht ohne langfristige Strategie funktionieren



© Florian Hahn

einen Panzertypen. Auch die schiere Anzahl von Systemen macht im Kampf einen Unterschied. Nicht zuletzt hat die Russische Föderation den Winter genutzt, um massenhaft Material und Personal an die Front zu bringen. Alles deutet darauf hin, dass sie im Frühjahr eine große Offensive startet. Experten warnen seit Monaten davor, deswegen haben wir als Unionsfraktion schon im September 2022 einen Antrag gestellt, endlich Leopard- und Marderpanzer zu liefern. Die Befassung mit diesem Antrag wurde bis heute aber sechs Mal ver-

schieben. Hätten wir über die Panzerfrage im September entschieden, hätte die Industrie das Material rechtzeitig in Stand setzen und ausliefern können.

Und nun? Was kann Deutschland in absehbarer Zeit liefern?

Die Industrie verfügt über mehr als 150 Leopard 1-Panzer, von denen immerhin einige innerhalb weniger Wochen verschickt werden können. Bei den Panzern der neuen Generation, Leopard 2, sieht das schon anders aus, zumal hierfür auch die Ausbil-

dung länger dauert. Aber auch hier könnten wir aus Bundeswehrbeständen bald zehn bis 20 Stück in die Ukraine schicken. Zusammen mit Leopard-Lieferungen anderer europäischer Länder könnte eine Größenordnung erreicht werden, die der Ukraine tatsächlich helfen würde.

Scholz und auch viele Bürger hierzulande befürchten, dass der Export von Kampfpanzern westlicher Produktion zu einer weiteren Eskalation des Krieges durch Russland führen könnte. Steht ihr Nutzen in angemessenem Verhältnis zum potenziellen Risiko?

Mir ist die Argumentation von Scholz völlig schleierhaft. Seine monatelange Zurückhaltung hat aus meiner Sicht nur Zeit und Leben gekostet. Was die Russische Föderation in der Ukraine macht, ist bereits maximale Eskalation. Sie hat ein Land überfallen und tötet jeden Tag Ukrainerinnen und Ukrainer, die ihre Heimat verteidigen. Nicht nur unsere Bündnispartner, auch viele in der eigenen Koalition, verstehen nicht, warum Scholz immer nur auf Druck nachgibt und die deutsche Hilfe immer nur tropfenweise in der Ukraine ankommt. Der Kanzler scheint in einer Art Ideologieschleife hängengeblieben zu sein.

Pistorius zufolge ist Deutschland schon jetzt »indirekt« am Krieg in der Ukraine beteiligt. Sehen Sie das auch so?

Das würde ich so nicht formulieren. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt die Ukraine in ihrem Freiheitskampf und könnte noch viel mehr tun, ohne sich dabei tatsächlich am Krieg zu beteiligen.

Braucht die Bundesregierung eine langfristige Strategie für die Militärhilfe?

Mit Blick auf die Ukraine auf jeden Fall. Wir sehen am Beispiel des Flugabwehrpanzers Gepard, dass allein die Lieferung eines Systems nicht ausreichend ist. Es muss auch sichergestellt werden, dass es dauerhaft mit Munition versorgt werden kann. Der Gepard hat praktisch keine Munition mehr – und der Schweizer Hersteller verweigert aus rechtlichen Gründen den Nachschub. Das zeigt: Die Dinge müssen ganzheitlich gedacht werden, aber auch dafür fehlt der Bundesregierung ein Plan.

Die Ampelkoalition arbeitet zurzeit an der ersten nationalen Sicherheitsstrategie, die auch den Umgang mit dem aggressiven Regime in Moskau behandeln will. Was sollte unbedingt in dieser strategischen Vorausschau stehen?

Die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates zum Beispiel. Dieses Exekutivorgan sollte dafür sorgen, dass die deutsche Sicherheitsstrategie auch nachhaltig verfolgt wird. Wichtig sind für uns außerdem das Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel und eine Neuregelung der Rüstungskontrolle. Wir können nicht erwarten, dass die Maximalforderungen Deutschlands bei diesem Thema von allen europäischen Partnern übernommen werden.

Das klingt stark nach der alten römischen Devise »Si vis pacem para bellum« – Willst du den Frieden, rüste dich für den Krieg.

Exakt darum geht es. Wir brauchen mehr Geld für die Bündnis- und Landesverteidigung und unbedingt auch gemeinsame europäische Rüstungsprojekte, denn wir müssen die europäische Resilienz stärken. Leider haben das einige in der Ampelkoalition immer noch nicht verstanden.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Florian Hahn (CSU) sitzt seit 2009 im Deutschen Bundestag und ist dort verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Fordernde: Agnieszka Brugger

Als Bundeskanzler Olaf Scholz den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius als neuen Verteidigungsminister aus dem Hut gezaubert hatte, war auch Agnieszka Brugger überrascht. „Ich kenne niemand, der im Vorfeld auf ihn getippt hat“, sagt die Verteidigungsexpertin der Grünen, die Pistorius dennoch für eine „exzellente Wahl“ hält. Als langjähriger Landesminister genießt er großes Ansehen, bringe Organisationserfahrung, Verbundenheit zur Bundeswehr sowie Fachkompetenz bei den Themen der inneren und äußeren Sicherheit mit. Einen Makel gibt es und der hat mit der Person Pistorius gar nichts zu tun. Es geht um die Parität. „Der Bundeskanzler hat nun zum zweiten Mal sein selbst ausgegebenes Versprechen eines paritätisch besetzten Kabinetts nicht eingehalten“, sagt Brugger. Es könne nicht sein, dass Scholz für die Bundesregierung ein paritätisch besetztes Kabinett versprache „und sich am Ende allein die Grünen daran halten“.

Nicht zu überhören war in vielen Kommentaren zur Pistorius-Entscheidung die wohlwollende Einschätzung, dass damit jemand das Amt des Verteidigungsministers übernimmt, der auch schon mal eine Kaserne von innen gesehen hat – soll heißen: selber Wehrdienst geleistet hat. Brugger kann dem nichts abgewinnen. Sie hält es eher mit dem Bundeswehr-Experten Carlo Masala, der getwittert hatte: Die unwichtigste Eigenschaft, die der neue Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt mit sich bringt, sei seine Wehrpflichtzeit.

Entscheidend ist für die Grünenpolitikerin, dass die seit Jahren bekannten und liegengelassenen Probleme endlich angepackt werden. Die Liste sei lang – beim Material, der Beschaffung oder beim Personal und eben auch bei der Unterstützung der Ukraine. „Wir brauchen nicht schon wieder Berater, Findungsprozesse oder neue Gutachten“, betont Brugger. Es gelte, endlich realistische, solide Lösungen im Bereich der Strukturen und Ausstattung gemeinsam anzupacken.



»Die Ukraine benötigt eigentlich schon seit Monaten moderne Schützen- und Kampfpanzer.«

Apropos Unterstützung der Ukraine: Die Grünen sind ganz weit vorn bei der Forderung nach mehr und besseren Waffen für das von Russland angegriffene Land. „Ob Gepard, Iris-T SLM oder Panzerhaubitze: Die deutschen Waffensysteme haben in den letzten Monaten einen wirkungsvollen Beitrag bei der Verteidigung der Ukraine geleistet“, begründet das Brugger. Die Ukraine, so sagt sie, benötige eigentlich schon seit Monaten moder-

ne Schützen- und Kampfpanzer, um weitere russische Vormarsche zu stoppen, ihre Truppen sicher zu transportieren und die von Russland besetzten Gebiete zu befreien. Die alten Panzer aus der Sowjetzeit, die die Ukraine per Ringtausch erhalten hat, könnten aufgrund der schlechten Versorgung mit Ersatzteilen und Munition dies nicht mehr leisten. Beim Koalitionspartner SPD ist man in Sachen Waffenlieferungen zurückhaltender – auch mit Blick auf die Gefahr eines atomaren Gegenschlages. Den russischen Drohgebärden dürfe man nicht auf den Leim gehen, findet hingegen die Grünenpolitikerin. Putin schüre bewusst Ängste, „um uns von weiterer Hilfe abzuhalten“. Wenn der Kreml weiter eskalieren will, werde er zur Not irgendwelche Anlässe erfinden, glaubt Brugger, die als Politikerin von dem Ziel angetrieben wird, „unsere Kindern und Enkelkindern einen intakten Planeten zu übergeben und ihnen eine gute Zukunft zu ermöglichen“.

Sie wolle auch dazu beitragen, dass gerade diejenigen, in der Politik mehr Gehör bekommen, die von Krisen am härtesten getroffen sind, die neue, interessante Perspektiven mitbringen oder sich solidarisch für andere einsetzen. Die 2009 als 24-Jährige erstmals in den Bundestag gewählte Wahl-Ravensburgerin trauert der 2017 ausgeschlagenen Offerte, Parteivorsitzende der Grünen zu werden, nicht nach. „Ich bin von Herzen gerne Stellvertretende Vorsitzende meiner Bundestagsfraktion und dankbar, dass ich für meine Wunschaufgabe das Vertrauen meiner Fraktion bekommen habe“, sagt sie. Götz Hausding

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
20. Januar 2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brübler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (mis)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Kritischer Blick: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lässt sich im Oktober 2022 bei einer Übung der Bundeswehr in der Lüneburger Heide den Kampfpanzer Leopard 2 erklären.

© picture-alliance/dpa/Moritz Frankenberg

Die Angst vor der Eskalation

UKRAINE-KRIEG In der Frage von Waffenlieferungen wirkt die Bundesregierung seit einem Jahr wie ein Getriebener

Boris Pistorius (SPD) hatte noch nicht einmal seinen Amtseid abgelegt, da wurde er bereits aus dem In- und Ausland mit den gewaltigen Erwartungshaltungen konfrontiert, denen er sich als neuer deutscher Verteidigungsminister ausgesetzt sieht. „Wir fordern Minister Pistorius auf, die Ukraine massiv mit schweren Waffenlieferungen zu unterstützen: mit Kampfpanzern, Kampffjets, Kriegsschiffen, Mehrfachraketenwerfern, Artillerie, Flugabwehr und natürlich ausreichend Munition“, stellte der stellvertretende ukrainische Außenminister Andrij Melnyk noch vor Pistorius' Amtsantritt gegenüber dem Nachrichtenportal „t-online“ klar. Und spitz fügte Melnyk an: „Damit kann er beweisen, dass Deutschland seine Verweigerungstaktik für immer ad acta gelegt hat.“

Überrascht dürfte Boris Pistorius über die Forderung aus Kiew nicht gewesen sein. Melnyk hatte bereits als ukrainischer Botschafter in Berlin seit Beginn des russischen Angriffs auf sein Heimatland die Bundesregierung ohne Rücksicht auf diplomatische und deutsche Befindlichkeiten zu umfassenden Waffenlieferungen gedrängt und die anfänglich sehr zögerliche Haltung der Bundesregierung scharf angeprangert. Im Zentrum der mitunter hitzigen Diskussion stand von Anfang an der dezidierte Wunsch der ukrainischen Regierung nach westlichen Kampf- und Schützenpanzern. Und ganz oben auf der Wunschliste rangierten die deutschen Leopard-1- und Leopard-2-Kampfpanzer sowie Marder-Schützenpanzer.

Panzer-Ringtausch Lange Zeit konnte sich Berlin diesem Ansinnen widersetzen. Der stattdessen initiierte Ringtausch – Deutschland liefert Marder und Leopard an verbündete Nato-Staaten wie Tschechien oder Griechenland, die dafür im Gegenzug sow-

jetische BMP-Schützenpanzer und T-72-Kampfpanzer aus ihren Beständen an die Ukraine abtritt – machte militärisch durchaus Sinn. Diese Waffensysteme werden auch von den ukrainischen Streitkräften eingesetzt und konnten so ohne größere Probleme integriert werden. Doch sehr schnell wurde klar, dass dies auf Dauer nicht ausreichen wird, damit sich die Ukraine militärisch gegen Russland behaupten kann.

Selbst mit der gemeinsam mit den Niederlanden angeschobenen Lieferung von ausreichend Munition, stellte der stellvertretende ukrainische Außenminister Andrij Melnyk noch vor Pistorius' Amtsantritt gegenüber dem Nachrichtenportal „t-online“ klar. Und spitz fügte Melnyk an: „Damit kann er beweisen, dass Deutschland seine Verweigerungstaktik für immer ad acta gelegt hat.“

Kiew will längst mehr als Kampfpanzer, nämlich auch Kampfflugzeuge.

den USA gemeinsam mit Großbritannien zu den größten militärischen Unterstützern der Ukraine gehört.

Nach Angaben der Bundesregierung hat Deutschland im vergangenen Jahr Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert rund zwei Milliarden Euro geliefert – aus Beständen der Bundeswehr und durch die Rüstungsindustrie. Und doch hafete den Deutschen nach der als peinlich wahrgenommenen Ankündigung kurz vor Kriegsausbruch durch die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), Deutschland werde 5.000 Gefechtsheime an die Ukraine liefern, stets das Stigma an, sie stünden beständig auf der Bremse in Sachen Waffenlieferungen und reagiere nur auf politischen Druck der Verbündeten und der Ukraine.

Das Bild einer getriebenen deutschen Regierung verstärkte sich Anfang 2023, als Kanzler Scholz dann doch grünes Licht gab für die Lieferung von 40 Marder-Schützen-

panzern. Vorausgegangen waren allerdings die Ankündigungen der USA und Frankreichs die Ukraine mit dem US-Schützenpanzer Bradley beziehungsweise dem französischen Aufklärungspanzer AMX-10 auszurüsten zu wollen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron konnte es sich auch nicht verkneifen, den dreischigen Radpanzer wegen seiner 105-Millimeter-Kanone als „leichten Kampfpanzer“ anzupreisen. Nicht wenige Kommentatoren erkannten darin einen Wink Richtung Berlin.

Problemfall Schützenpanzer Die Freigabe der deutschen Marder für das ukrainische Schlachtfeld brachte Verteidigungsministerin Lambrecht erneut in Bedrängnis. Noch Wochen zuvor hatte die Ministerin wiederholt ausgeführt, dass die Bundeswehr von ihren Hauptwaffensystemen nichts mehr entbehren kann, ohne die ohnehin schon prekäre Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu schwächen. Die Bundeswehr verfügt zwar noch über etwa 350 Marder und diese sollen auch durch den modernen Puma-Schützenpanzer ersetzt werden. Doch ausgerechnet in dieser Lage fielen bei einem Manöver der Truppe 18 der eingesetzten Puma wegen technischer Defekte aus – wenige Tage bevor Deutschland Führungsposition der sogenannten Nato-Speerspitze (VJTF) wurde. So musste die Panzergrenadierbrigade 37 als Leitverband der 11.500 Soldaten umfassenden VJTF auf den Marder statt den Puma zurückgreifen. Lambrecht stoppte zudem die Bestellung weiterer Puma-Schützenverbände. Der Vorfall schien einmal mehr die düstere Aussage des Heeresinspektors Alfons Mais bei Ausbruch des Ukraine-Krieges zu bestätigen, die Bundeswehr stehe „mehr oder weniger blank da“.

Um die 40 Marder wie versprochen noch im Frühjahr an die Ukraine liefern zu können, sollen sie nun sowohl aus Beständen der Bundeswehr als auch aus Altbeständen des Rüstungskonzerns Rheinmetall kommen. Zudem bot Griechenland an, das ebenfalls 40 Marder im Zuge des Ringtauschs erhalten soll, auf die noch ausstehenden Schützenpanzer auch länger warten zu können.

Die Lieferung westlicher Schützenpanzer wie Bradley und Marder sollte den Druck aus der Panzer-Debatte nicht herausnehmen, sondern ihn letztlich noch verschärfen. Schützen- und Kampfpanzer werden in den modernen Streitkräften im Verbund eingesetzt. Während die Kampfpanzer vor allem zur Bekämpfung feindlicher Panzer oder Befestigungen eingesetzt werden, sorgen die Schützenpanzer samt ihrer aufgesessenen Panzergrenadiere für die Nahverteidigung beispielsweise gegen Infanterie. Darauf verwiesen auch die Abgeordneten von Grünen und FDP in der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag (siehe Seite 1 und Debattendokumentation).

Ukraine will Kampfflugzeuge Auf seinem Twitter-Account machte der ukrainische Vize-Außenminister Melnyk in der vergangenen Woche dann noch einmal sehr deutlich, was er von Deutschland über

die Lieferung von Panzern hinaus erwartet. Konkret schlug er der Bundesregierung vor, Deutschland solle seine 93 Tornado-Kampffjets, die durch amerikanische F-35-Kampfflugzeuge ersetzt werden sollten, an die Ukraine liefern. Und prompt sprang ihm der CDU-Bundestagsabgeordnete und Außenexperte Roderich Kiesewetter zu Seite. „Ja, wir sollten Tornados liefern“, antwortete er Melnyk auf Twitter. „Alles, was der Ukraine zum Sieg verhelfen wird. Alles, was wir auch in der Nato verwenden würden. Auch damit werden wir nicht zu einer Kriegspartei.“

Nicht zur Kriegspartei zu werden, war und ist das Credo aller deutschen Politiker und Fraktionen von links bis rechts im Bundestag – unabhängig von der Frage, wie sie zur Lieferung von Waffen an die Ukraine stehen. Völlig unterschiedlich hingegen wird die Frage beantwortet, ob die Art der gelieferten Waffen den Krieg in der Ukraine weiter eskalieren und damit die Gefahr, Kriegspartei zu werden, steigen lässt.

Angriff auf russisches Territorium Wie realistisch oder unrealistisch es erscheinen mag, dass Deutschland Tornado-Kampffjets an die Ukraine abtritt, so verwundert es dann doch, wie vorbehaltlos positiv Kiesewetter auf Melnyks Forderung reagierte. Denn der Einsatz des Mehrzweckkampfflugzeugs Tornado ist im Unterschied zu einem Kampfpanzer definitiv ein Waffensystem, das zu einer weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges beitragen könnte. Das Kampfflugzeug wurde von Deutschland gemeinsam mit Großbritannien und Italien während des Kalten Krieges unter anderem entwickelt, um Bomben – auch atomare – tief im Feindesland abzuwerfen.

Das ab 1980 ausgelieferte Mehrzweckkampfflugzeug wurde zwar auch als Abfangjäger für die Bekämpfung feindlicher Luftstreitkräfte konzipiert, aber die deutsche Luftwaffe nutzt den Tornado ausschließlich als Jagdbomber (Tornado IDS), zur Luftbildaufklärung (Tornado Recce) und zur elektronischen Aufklärung und Bekämpfung bodengestützter Luftabwehrsysteme (Tornado ECR). Man muss davon ausgehen, dass die ukrainischen Luftstreitkräfte ein Kampfflugzeug wie den Tornado auch dazu nutzen würde, Ziele auf russischem Territorium zu bombardieren. Ende des vergangenen Jahres etwa attackierte die Ukraine den Militärflughafen Engels nahe der Stadt Saratow, mehr als 500 Kilometer östlich der ukrainischen Grenze, gleich zweimal mit Drohnen. „Das sind Konsequenzen der russischen Aggression. Falls die Russen dachten, der Krieg würde sie nicht im tiefen Hinterland betreffen, irren sie sich zutiefst“, kommentierte ein Sprecher der ukrainischen Luftwaffe den Angriff von Ende Dezember. Nach dem Kriegsvölkerrecht sind ukrainische Luftangriffe auf militärische Einrich-

tungen in Russland zulässig. Und nachvollziehbar sind sie aus ukrainischer Sicht allemal, da in Engels auch strategische Bomber stationiert sind, die bei den Luftangriffen auf ukrainische Städte zum Einsatz kommen. Dennoch bereitet westlichen Politikern nicht nur in Deutschland die Vorstellung Kopfschmerzen, dass die Kampfhandlungen sich von ukrainischem auf russisches Territorium ausweiten könnten. Nicht ohne Grund statteten die USA etwa ihre gelieferten HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, die von der Ukraine sehr erfolgreich bei ihrer Gegenoffensive im Herbst vergangenen Jahres eingesetzt wurden, mit Raketen aus, deren Reichweite bei lediglich 80 Kilometer liegen. Und US-Präsident Joe Biden widersetzte sich bislang allen Ansinnen, den Ukrainern Boden-Boden-Raketen mit deutlich größeren Reichweiten liefern zu lassen.

Nicht zur Kriegspartei zu werden, war und ist das Credo der deutschen Politik.

Aktuell und auf absehbare Zeit ist die Lieferung von Tornado-Kampfflugzeugen kein Thema auf der politischen Agenda in Berlin. Schon allein deswegen, weil der Tornado frühestens ab 2028 durch die F-35, die aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen der Bundeswehr finanziert werden soll, ersetzt werden kann. Auch die USA haben sich bislang mit Verweis auf eine unkalkulierbare Reaktion Russlands einer Lieferung von Kampfflugzeugen aus der eigenen Produktion verschlossen.

Luftverteidigung Aus der politischen Defensive heraus kam die Bundesregierung bislang vor allem mit der überraschenden Bereitstellung des modernen Luftabwehrsystems Iris-T SLM der deutschen Rüstungsfirma Diehl Defence. Selbst die Bundeswehr verfügt bislang nicht über ein vergleichbar modernes Waffensystem. Möglich war die Lieferung auch nur, weil Ägypten auf die Lieferung des bestellten Systems zugunsten der Ukraine verzichtete. Im

kommenden Jahr sollen nun weitere drei Systeme einschließlich Flugkörper an die Ukraine ausgeliefert werden. Zudem soll aus Beständen der Bundeswehr ein Patriot-Luftabwehrsystem zur Verfügung gestellt werden. Aus Beständen der Rüstungsindustrie gehen zudem weitere sieben Gepard-Flugabwehrkanonenpanzer in die Ukraine. Im Sommer vergangenen Jahres waren bereits 30 Geparden an die Ukraine geliefert und ukrainische Soldaten an dem Waffensystem, das Anfang der 2010er-Jahre bei der Bundeswehr ausgemustert worden war, ausgebildet worden.

Munitionsmangel Als problematisch gestaltete sich allerdings von Anfang an die Versorgung des Flak-Panzers, der Ziele im Nahbereich bis 5.000 Meter bekämpfen kann, mit ausreichend Munition. Aus Restbeständen konnte Deutschland lediglich knapp 60.000 Schuss der benötigten 35-Millimeter-Munition bereitstellen. Hergestellt wurde die 35-Millimeter-Zwillingskanone des Gepards einschließlich der Munition von der damaligen Firma Oerlikon-Bührle in der Schweiz. Heute gehört die Firma zum Rheinmetall-Konzern. Die Schweiz untersagte jedoch trotz zweimaliger Anfrage der Bundesregierung unter Verweis auf ihre strikte Neutralität die Weitergabe von in der Schweiz hergestellter Munition. Rheinmetall kündigte inzwischen zwar an, die benötigte Munition selbst produzieren zu wollen, bislang ist aber nicht absehbar, wann diese zur Verfügung stehen wird.

Die Bundesregierung tat sich von Anfang deutlich einfacher damit, Luftverteidigungssysteme an die Ukraine zu liefern als Panzer. Angesichts der Bilder zerbombter ukrainischer Städte und einer leidenden Zivilbevölkerung ist dies auch der eigenen Bevölkerung gegenüber deutlich einfacher zu kommunizieren als die Lieferung von Kampfpanzern. So betonte Verteidigungsminister Pistorius am vergangenen Freitag zum Abschluss der Konferenz der Ukraine-Kontaktgruppe in Ramstein, die Luftverteidigung der Ukraine habe derzeit „Priorität Nummer eins“. **Alexander Weinlin**



Ein Marder-Schützenpanzer der Bundeswehr mit aufgesessenen Panzergrenadiern während einer Lehrvorführung

© picture-alliance/dpa/Philipp Schulze



Eine Panzerhaubitze 2000 der Bundeswehr während einer Übung der NATO-Battlegroup in Litauen

© picture-alliance/phototek

Ein Riegel hinter die Regelzahl

WAHLRECHT Zur Begrenzung der Abgeordnetenzahl könnten Wahlkreisgewinner nach einem Ampel-Vorschlag künftig ohne Mandat ausgehen. Die Union lehnt das ab. Sie will weniger Wahlkreise



Arbeiter beim Umbau der Bestuhlung des Bundestagsplenarsaals nach der Wahl 2017. Damals brauchte es mehr Stühle unter der Reichstagskuppel – künftig soll es wieder weniger Sitze im Parlament geben.

Der Bundestag mit derzeit 736 Abgeordneten soll nach der nächsten Bundestagswahl nur noch 598 Mitglieder umfassen. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den die Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP möglicherweise schon diese Woche in den Bundestag einbringen werden. Im Ziel, das Parlament künftig stärker auf seine Regelgröße von 598 Abgeordneten zu begrenzen, sind sich die Fraktionen einig. Äußerst umstritten ist hingegen der Weg, mit dem die Koalitionäre nun dieses Ziel durchsetzen wollen. Dabei kommen die Vorschläge der Koalition nicht völlig unerwartet. Bereits im Mai vergangenen Jahres hatten die Obleute der Ampelfraktionen in der eigens vom Bundestag eingesetzten Wahlrechtskommission dargelegt, welche Änderungen des Bundeswahlgesetzes sie für geeignet halten. Ein entsprechendes Eckpunktepapier hatte die Kommission Anfang Juli gegen die Stimmen der Unionsvertreter beschlossen. Diese Eckpunkte werden im jetzt angekündigten Gesetzentwurf weitgehend umgesetzt. Geplant ist, das geltende Modell der „personalisierten Verhältniswahl“ so zu modifizieren, dass das Verhältniswahlprinzip gestärkt wird. Derzeit gehören dem Bundestag 299 Abgeordnete an, die in den Wahlkreisen das beste Erststimmenergebnis erzielt hatten und damit automatisch gewählt sind. Die weiteren 299 Mandate bis zur Regelgröße werden mit Kandidaten besetzt, die auf den Listenplätzen der Parteien entsprechend dem Zweitstimmenergebnis, das die Stimmenanteile der Parteien wiedergibt, zum Zuge kommen.

Die Besonderheit ist, dass in manchen Bundesländern mehr Abgeordnete einen Wahlkreis direkt gewinnen, als ihrer Partei nach dem Zweitstimmenergebnis Mandate zustehen. Diese überzähligen Direktmandate, genannt Überhangmandate, sind nach geltendem Wahlrecht unantastbar. Das soll sich nun ändern. Die Ampel will, dass es künftig keine Überhangmandate mehr gibt. Das könnte dazu führen, dass manche Wahlkreissieger um den Einzugs ins Parlament bangen müssen, dann nämlich, wenn ihre Partei mehr Direktmandate errungen hat als ihrem Zweitstimmenergebnis entsprechen. In diesem Fall sollen die Wahlkreissieger mit den schlechtesten Erststimmenergebnissen nach dem Willen der Koalition leer ausgehen.

Entbehrlich 34 Überhangmandate gab es nach der Bundestagswahl 2021. Zwölf entfielen auf die CDU in Baden-Württemberg, elf auf die CSU in Bayern, zehn auf die SPD, verteilt auf sechs Bundesländer, und eines auf die AfD in Sachsen. Da diese 34 Überhangmandate das Zweitstimmenergebnis verzerrten, mussten den Parteien weitere Listenmandate zugestanden werden, um den korrekten Proporz im Parlament wieder herzustellen. Zu den 34 Überhangmandaten kamen also 104 Ausgleichsmandate hinzu, was zur Rekordgröße des Bundestages von 736 Abgeordneten führte. Auch diese Ausgleichsmandate sind nach dem Ampelvorschlag entbehrlich, sodass es künftig bei 598 Abgeordneten bliebe. Zustimmung zum Ampelmodell signalisierte die AfD, sieht sie sich doch als eigentlichen Urheber des Modells, das sie bereits 2020 in einem eigenen Gesetzent-

wurf vorgeschlagen habe. Linken-Chefin Janine Wissler nannte es dagegen problematisch, dass nach dem Ampel-Vorschlag ganze Regionen nicht mehr im Parlament vertreten sein könnten. Widerstand formiert sich vor allem bei der Union, übertreffen doch die CDU im Südwesten und vor allem die CSU mit gewonnenen Wahlkreisen häufig ihr Zweitstimmenergebnis. Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) nannte den Ampelvorschlag „inakzeptabel“. Wahlkreise, die gewonnen worden seien, müssten auch dazu führen, dass die Bewerber das Mandat übertragen bekommen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte, der Gesetzentwurf der Koalition sei „verfassungswidrig“ und

„nicht zustimmungsfähig“. Für den Fall, dass die Koalition ihr Modell im Bundestag mit ihrer Mehrheit verabschieden sollte, kündigte er die Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes an: Ein Gesetz, das „so krass den Wählerwillen missachtet“, müsse am Schluss vor dem Verfassungsgericht landen“, sagte er.

Gegenvorschlag Stattdessen schlägt die Union eine Reduzierung der Zahl der Wahlkreise von 299 auf beispielsweise 270 vor, wie Fraktionskreise am Freitag bestätigten. „Denkbar“ sei auch, dass bis zu 15 Überhangmandate unausgeglichen bleiben, heißt es in einem Schreiben der Fraktionspitze an die Unions-Abgeordneten. Ändern will sie zudem die sogenannte Grundmandatsklausel, von der zuletzt Die Linke bei der Bundestagswahl von 2021 profitierte. Sie besagt, dass eine Partei auch dann entsprechend ihrem Zweitstimmenergebnis in den Bundestag einzieht, wenn sie zwar unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben ist, aber mindestens drei Direktmandate gewonnen hat. Diese Schwelle will die Union auf fünf Direktmandate anheben. Ihre Vorschläge wurden indes aus den Reihen der Ampel-Koalitionäre entschieden zurückgewiesen. Nach deren Willen soll übrigens das Zweitstimmenergebnis künftig „Hauptstimme“ heißen und die Erststimme die Bezeichnung „Wahlkreisstimme“ erhalten. Die Wahlrechtsänderung kann vom Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Mit dem Ampelmodell würde dann auch die noch von der großen Koalition beschlossene Reduzierung der Zahl der Wahlkreise auf 280 hinfällig. *Volker Müller*

KOMPAKT

Die Reformpläne zum Wahlrecht

> Ampel Nach dem Vorschlag der Koalition soll es wie bisher 299 Wahlkreise geben, aber nicht mehr Überhang- und Ausgleichsmandate. Das kann dazu führen, dass Wahlkreiskandidaten mit den meisten Erststimmen keinen Sitz im dann auf 598 Mitglieder begrenzten Bundestag erhalten.

> Union Die CDU/CSU-Fraktion schlägt stattdessen vor, die Zahl der Wahlkreise auf beispielsweise 270 zu reduzieren. Auch hält sie es für „denkbar“, dass künftig bis zu 15 Überhangmandate unausgeglichen bleiben, um so die Zahl der Bundestagsmandate zu begrenzen.

Kontroverse Debatte über brutale Krawalle

INNERES Fraktionen verurteilen Silvester-Randale

In der entschiedenen Verurteilung der Silvesterkrawalle, bei denen es in einer Reihe deutscher Städte zu Angriffen auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst gekommen ist, waren sich Regierungskoalition und Opposition vergangene Woche im Bundestag ebenso einig wie im Ruf nach einer entsprechenden Bestrafung der Täter. Zugleich kam es in der von der CDU/CSU beantragten Debatte zu einer harten Kontroverse über die Ursachen und weiteren Konsequenzen der Attacken auf die Einsatzkräfte. Zuvor hatte sich bereits der Innenausschuss mit den Ausschreitungen vom Jahreswechsel befasst, bei denen Sicherheits- und Rettungskräfte unter anderem mit Feuerwerkskörpern beschossen worden waren.

„Unrühmliche Spitze“ Alexander Throm (CDU) unterstrich in der stark vom Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus geprägten Debatte, dass der Gewaltausbruch an Silvester die Respektlosigkeit zeige, die in Teilen der Gesellschaft gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten bestehe. Dazu sei es in vielen Städten und vor allem Groß-

»Wir müssen die Täter nach ihren Taten beurteilen und nicht nach den Vornamen.«

Staatsministerin Reem Alabali-Radovan (SPD)

städten gekommen, doch habe Berlin eine „unrühmliche Spitze“ ausgemacht. Bei den Tätern handele es sich überwiegend um junge Männer mit Migrationsgeschichte, weshalb man auch über das Thema Integration sprechen müsse. Dabei dürfe man nicht nur die „millionenfach gelungenen Integrationen in Deutschland“ loben, sondern müsse auch die Probleme ansprechen, um die Ursachen angehen zu können, mahnte Throm. Jan-Marco Luczak (CDU) warb für eine Strafschärfung in Fällen, in denen etwa Helfer in einen Hinterhalt gelockt werden, da man bei erhöhten Mindeststrafen Personen eher in Untersuchungshaft nehmen und auch schneller verurteilen könne.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan (SPD), betonte, die Täter müssten nach ihren Taten beurteilt werden „und nicht nach ihren Vornamen“. Wer echte Problemlösungen wolle, müsse an die Ursachen von Jugendgewalt, Ethnie, Herkunft oder Religion erklären nichts, sondern die sozialen Verhältnisse, in denen Menschen leben, fügte die Staatsministerin hinzu. Bei Integration gehe es nicht nur um geografische Herkunft oder Einwanderungsgeschichten, sondern auch um Chancen, Teilhabe und Perspektiven sowie um den „Respekt vor unserer Werteordnung“ und den Vertretern des Staates. Gottfried Curio (AfD) sagte, die Silvesternacht zeige die „grundsätzliche Verachtung mancher Migranten gegenüber dem deutschen Staat“. Wer das Problem an der Wur-

zel packen wolle, müsse angesichts der „hohen Kriminalitätsrate migrantischer Gruppen endlich dementsprechend handeln“, geplante „Einwanderungspakete“ ad acta legen, ein Aktionsprogramm gegen Ausländerkriminalität auflegen, Straftäter mit abgelehntem Asylantrag dauerhaft abschieben und „nicht immer weitere Hochrisikogruppen ins Land holen“. Bundesjugendministerin Lisa Paus (Grüne) warb dafür, das vom Bundesinnenministerium angekündigte Lagebild abzuwarten und dann die Tatsachen zu bewerten. Vorschnele Bewertungen und Vorverurteilungen spalteten die Gesellschaft. Der Rechtsstaat sei deshalb stark, weil er individuelle Schuld aufarbeite und „nicht pauschal vorverurteilt nach Aussehen oder wie jemand mit Vornamen heißt“.

Gökay Akbulut (Linke) warf der Union vor, die Ausschreitungen für „Stimmungsmache“ gegen Migranten zu instrumentalisieren. Dass es in den meisten Städten mit vielen Migranten weitestgehend ruhig geblieben sei, interessiere die Union nicht. Ohne jedes Fachwissen wolle sie einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität konstruieren.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) mahnte, der Rechtsstaat müsse zeigen, dass er wehrhaft sei. Wer Sachbeschädigung begehe, andere Menschen verletze oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte leiste, den könne man „für mehrere Jahre ins Gefängnis stecken“. Hier gebe es kein Gesetzgebungsdefizit. „Wenn es ein Defizit gibt, dann ist es ein Gesetz-

durchsetzungsdefizit“, betonte der Ressortchef. Auch Stephan Thome (FDP) wandte sich gegen Strafschärfungen. Zugleich wies er die „furchtbare Vereinfachung“ zurück, dass „Migration und Kriminalität sozusagen ein- und dasselbe“ seien. Dies sei das Geschäftsmodell der AfD.

Uli Grötsch (SPD) sagte, bei den Verdächtigen in Berlin handele es sich überwiegend um junge Männer mit Migrationshintergrund, doch dürfe man nicht die 1,4 Millionen Berliner mit Migrationshintergrund über einen Kamm scheren.

»Auf beiden Seiten« Lamya Kaddor (Grüne) kritisierte, die Union habe bald nach der Silvesternacht die Vornamen der Täter wissen wollen, weil ihr die Auskunftei nicht ausgehört habe, dass es sich um junge, alkoholisierte Männer gehandelt habe. Die CDU/CSU zeige mit dem Finger auf Menschen mit Migrationshintergrund, ohne zu merken, dass mindestens jede vierte Person in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte habe. Auch verkenne die Union, dass während der Silvesterkrawalle auf beiden Seiten Männer mit Migrationshintergrund gestanden hätten. *Helmut Stoltenberg*



Feuerwehrleute löschen in der Silvesternacht in Berlin unter einer Durchfahrt einen von Unbekannten angesteckten Bus.

»Die widerlichste und unerträglichste Provokation, die vorstellbar ist«

KULTUR Anträge der AfD zur Restitution und zur grundsätzlichen Neuausrichtung der deutschen Kulturpolitik stoßen auf klare Ablehnung bei den anderen Fraktionen

Kurz vor Weihnachten war es so weit: Außenministerin Annalena Baerbock und Kulturstaatsministerin Claudia Roth (beide Grüne) gaben in Nigerias Hauptstadt Abuja 20 der in der Kolonialzeit geraubten kostbaren Benin-Bronzen zurück. Weitere 1.140 Bronzen befinden sich noch in deutschen Museen und sollen ebenfalls restituiert werden. Die AfD will die Bronzen dagegen nur in zeitlich befristeten Ausstellungen als Leihobjekte in Nigeria zeigen. Ein entsprechender Antrag (20/705) traf im Bundestag vergangene Woche aber ebenso auf klare Ablehnung wie die Forderung nach Einrichtung einer Kommission, die Empfehlungen zum Umgang mit Rückgabeforderungen zu Kulturgütern aus kolonialen Kontexten aussprechen soll (20/3696). Keine Aussicht auf Erfolg hat wohl auch der erstmals beraterische AfD-Antrag zur Neuausrichtung der deutschen Kulturpolitik (20/5226).

Den letztgenannten Antrag begründete Marc Jongen (AfD) während der Debatte damit, dass die Bundesregierung „mit besonderem Eifer und ideologischer Verbortheit“ die deutsche Identität untergra-

be und abschaffen wolle. Seit Jahrzehnten sei zu beobachten, das Deutschland von offizieller Seite immer mehr auf „schuldig sein und sich schämen müssen“ reduziert werde. Selbstverständlich, so der AfD-Ab-

geordnete, brauche es Erinnerungen an die dunklen Zeiten deutscher Geschichte „zur Mahnung vor Fanatismus und Totalitarismus jeglicher Art“. Keine Nation könne aber mit einem ausschließlich negativen Selbstbild auf Dauer überleben. Helge Lindh (SPD) kritisierte den AfD-Vorschlag, die Restitution über eine Kommission laufen zu lassen, in der Museen das Vorschlagsrecht haben – also diejenigen, die Kunst abgeben sollen. „Dies soll letztlich eine Nicht-Rückgabe-Kommission sein“, konstatierte er. Namensgeber der Kommission solle laut AfD Gustav Nachtigal sein, der als Reichskommissar im Deutschen Kaiserreich mit der Errichtung von Kolonien beauftragt gewesen sei. Das sei die widerlichste und unerträglichste Provokation, die vorstellbar sei, urteilte Lindh. Ansgar Heveling (CDU) forderte, man muss sich ohne Zorn und Eifer über die wichtigen Fragen im Zusammenhang mit

Kulturgütern aus kolonialen Kontexten verständigen. Es gelte eine Antwort zu finden, wie man sich als Gesellschaft mit musealen Objekten verhalten solle, die aus heutiger Sicht innerhalb eines Unrechtskontextes erworben worden seien, „für deren Rückgabe es aber rechtlich unklare Ansprüche gibt“. Das sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, „bei der wir in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen sind“, sagte Heveling.

Staatsbürgernation Aus Sicht von Awet Tesfayesus (Grüne) steckt in den Anträgen der AfD-Fraktion „etwas Gefährliches, was benannt werden muss“. Der AfD missfalle, dass Kultur und Kulturpolitik der Ausdruck einer offenen und vielfältigen Gesellschaft sei. „Ihnen missfällt, dass wir heute eine Staatsbürgernation sind.“ Der Zusammenhalt der Bevölkerung hänge nicht vom Grad ihrer Homogenität ab, nicht von Her-

kunft, Religion oder geteilten Traditionen und auch nicht davon, „ob unsere Vorfahren in grauer Vorzeit bei der Schlacht im Teuteburger Wald gekämpft haben“, unterstrich Tesfayesus.

Bei der AfD verkomme die Kultur zu einer armseligen, biederen und völkischen Sache, befand Janine Wissler (Linke). Kultur solle aus Sicht der Partei vor allem nach außen abgrenzen und dürfe sich nicht entwickeln. „Das ist ein Verständnis von Kultur, das statisch, monolithisch und faschistoide ist“, sagte sie. Verstaubt und absurd nannte Aniko Glogowski-Merten (FDP) die Einordnungen der AfD zur deutschen Identität und der Kulturpolitik. Die von der Fraktion vorgelegten Anträge seien ein pauschaler Rundumschlag gegen alles, was im Sinne einer liberalen, offenen Gesellschaft als selbstverständlich und gerecht gelte, betonte die FDP-Abgeordnete. *Götz Hausding*



Kulturstaatsministerin Claudia Roth (l.) und Außenministerin Annalena Baerbock im vergangenen Dezember bei der Übergabe der Benin-Bronzen



Wenn Apotheker dieser Tage nach bestimmten Arzneimitteln gefragt werden, müssen sie die Kunden oft ver-rösten. Viele Medikamente, auch für Kinder, sind derzeit nicht vorrätig.

© picture-alliance/imageBROKER/Rolf Fischer

Not in den Notaufnahmen

GESUNDHEIT Experten aus der Praxis haben im Gesundheitsausschuss über die Not in Notaufnahmen berichtet. Sie forderten vergangene Woche vor allem eine verbesserte Patientensteuerung. Daniel Labes von der „Aktion: Notaufnahmen retten“ schilderte die Probleme aus der Praxis in Berlin. Im Dezember 2022 habe das System kurz vor dem Zusammenbruch gestanden. Viele Notaufnahmen hätten sich wegen Überlastung abgemeldet, an manchen Tagen sei ein Viertel der Notfallstrukturen geschlossen worden, weil die Einrichtungen an ihre Kapazitätsgrenze gekommen seien. Er forderte eine verbindliche Personalbemessung, die sich an den Patientenkontakten orientieren müsse. Auch Martin Pin von der Deutschen Gesellschaft für interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin (DGINA) sprach von einer Überlastung der Notaufnahmen, weil es keinen verbindlichen Personalschlüssel gebe. Er warnte, die Überlastung führe zu einer Gefährdung der Patientensicherheit. Henriette Neumeyer von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) berichtete von Personalengpässen im pflegerischen und ärztlichen Bereich. In der Pflege sei die Lage teilweise dramatisch. Sie kritisierte die Patientensteuerung. So kämen rund 74 Prozent der Patienten zu Fuß in die Notaufnahme, ohne zuvor einen Notruf gewählt oder eine Einweisung bekommen zu haben.

Rettungseinsätze Wulf-Dietrich Leber vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) rügte, es gebe keinen bundesweiten Überblick über Rettungseinsätze. Sinnvoll wäre ein Echtzeit-Monitoring. Das Rettungswesen brauche zudem bundeseinheitliche Regeln. Nach Ansicht Lebers gibt es kein Finanzierungsproblem, sondern ein Standardisierungsproblem. Nicht jeder Notruf dürfe dazu führen, dass der Patient auf einer Krankenhausstation lande. Dazu sei an verschiedenen Stellen ein rechtssicheres Steuerungsverfahren nötig. Der Gesundheitsforscher Ferdinand Gerlach forderte eine qualifizierte, strukturierte, digital unterstützte, einheitliche Ersteinschätzung von Patienten. Möglich sei eine telefonische Beratung durch Ärzte in einer Leitstelle. Internationale Erfahrungen zeigten, dass auf die Weise rund 30 Prozent der Fälle in guter Qualität erledigt werden könnten. Diese Patienten landeten dann nicht in der Rettungsstelle. Gerlach sagte, es gehe nicht nur um mehr Geld oder Personal, sondern um eine bedarfsgerechte Steuerung der Patienten, kürzere Wartezeiten und eine bessere Versorgung. **pk**

Griff in leere Schränke

ARZNEIMITTEL Lieferengpässe sollen mit neuen Regelungen möglichst verhindert werden

Lieferengpässe für zahlreiche Arzneimittel machen Ärzten und Apothekern spätestens seit der ungewöhnlich heftigen Infektionswelle im Herbst 2022 große Sorgen. Eltern sind verzweifelt, weil sie für ihre kranken Kinder keine Medikamente bekommen, weil sie ausverkauft sind. Kinderarzneimittel wie Fiebersäfte, Zäpfchen oder Hustensaft sind in manchen Regionen schwer zu bekommen, aber auch Medikamente zur Behandlung von Krebserkrankungen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) listet derzeit 389 offene Lieferengpassmeldungen auf.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kündigte im Dezember 2022 sofortige Regeländerungen an und legte nach Empfehlungen des BfArM ein Eckpunktepapier vor. Lauterbach wollte, dass die Krankenkassen für Kinderarzneimittel 50 Prozent mehr bezahlen dürfen als den Festbetrag. Das sollte die Geschäfte mit Kindermedizin, die mitunter nur schmale Margen abwirft, wieder attraktiver machen und das Angebot stärken.

Festbeträge Die Kassen machten allerdings zunächst rechtliche Bedenken geltend, weshalb die Regelung nicht sofort umgesetzt werden konnte. Anfang des Jahres beschloss der GKV-Spitzenverband dann in Absprache mit Lauterbach, die

Festbeträge für 180 Kinderarzneimittel ab dem 1. Februar 2023 für drei Monate aussetzen. Dies betreffe Fertigarzneimittel aus zehn Festbetragsgruppen, darunter Ibuprofen-Säfte, Paracetamol-Zäpfchen und Antibiotika-Suspensionen, teilte der Verband mit. Damit würden angesichts der angespannten Versorgungslage bei Kinderarzneimitteln kurzfristig Aufzahlungen vermieden.

Strukturprobleme Der Verband machte zugleich deutlich, dass die temporäre Aufhebung der Festbeträge nur als Ausnahme-regelung zu verstehen sei und eine langfristige Lösung noch gefunden werden müsse. Alle Beteiligten hätten Zeit gewonnen. Der Gesetzgeber müsse Vorgaben schaffen, um die Lieferprobleme strukturell anzugehen, forderte der Verband. Die Pharmaindustrie erhalte Zeit, die Produktions- und Lieferprobleme in den Griff zu bekommen. Die Aussetzung der Festbeträge sei „kein Freifahrtschein für Gewinnmaximierung“.

Krankenkassen sollen künftig außerdem einen Teil der Arzneimittel wieder aus Europa beziehen. Um das zu erreichen, soll bei wichtigen Medikamenten neben dem günstigsten Anbieter außerhalb Europas jeweils auch der günstigste Hersteller aus der EU zum Zuge kommen. Die Bundesregierung sprach Anfang Januar 2023 in ihrer Antwort (20/5041) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion von An-

reizen für den Erhalt oder den Ausbau von Wirkstoffherstellungsstätten in der EU und Initiativen zur Diversifizierung der Lieferketten. Ferner werde die EU-Kommission darin unterstützt, die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung zu verbessern.

Gegenseitige Vorwürfe Die aktuellen Lieferengpässe sorgten vergangene Woche im Bundestag für eine heftige Kontroverse zwischen Regierung und Opposition. Die Union warf der Bundesregierung am Freitag vor, das Problem nicht energisch genug anzugehen. Rednerinnen von SPD, Grünen und Linken hielten der Union im Gegenzug vor, das Problem in der Vergangenheit jahrelang nicht konsequent angegangen zu sein und auch jetzt keine Vorschläge zu präsentieren. Ein von der Union vorgelegter Antrag (20/5216) mit der Forderung nach einem Beschaffungsgipfel wurde an die Ausschüsse überwiesen.

Tino Sorge (CDU) erneuerte seinen Vorwurf an Lauterbach, nicht schnell genug zu handeln. Es sei ein eklatantes Problem, wenn Antibiotika, Fiebersäfte oder Krebsmedikamente nicht ausreichend verfügbar seien. In dieser kritischen Lage stehe die Koalition seit Monaten an der Seitenlinie, die Untätigkeit sei ein Skandal. Die Probleme würden nicht angepackt. „Das ist Chaos mit Ansage.“ Sorge forderte die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Union sei gesprächsbereit. Martina Stamm-Fibich (SPD) wies die Kritik der Union scharf zurück. Der Antrag der Union sei „blinder Aktionismus ohne Substanz“. Statt das Problem an der Wurzel zu bekämpfen, wolle die Union einen weiteren Gesprächskreis gründen. Das sei völ-

lig unnötig, zumal beim BfArM ein Fachgremium zur Arzneimittelversorgung bereits bestehe und längst beraten habe. Auf die wichtigen ausländischen Produktionsstätten für Arzneimittel wies Jörg Schneider (AfD) hin, der zu dem Schluss kam: „Lieferengpässe im Arzneimittelbereich sind eine Bedrohung für unser Gesundheitssystem.“ Schneider verwies auf die Gesundheitskrise in China, wo eine massive Infektionswelle zu beobachten sei. „Das Beschaffungsproblem heißt im Moment China“, von dort erhalte Deutschland normalerweise mehr als 90 Prozent der Antibiotika. Derzeit komme von dort nicht mehr viel hier an.

> STICHWORT

Arzneimittelausgaben 2021

> **Ausgaben:** Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat 2021 rund 46,6 Milliarden Euro für Arzneimittel ausgegeben, 7,7 Prozent mehr als 2020.

> **Rabatte:** Die verschiedenen Abschläge und Zuschläge für Arzneimittel lagen 2021 bei rund 10,4 Milliarden Euro. Das waren 1,7 Prozent mehr als 2020.

> **Indikationen:** Hohe Ausgabenzuwächse gab es 2021 bei Immunsuppressiva, blutstillenden Mitteln, Antineoplastischen Mitteln (Krebstherapie) und Mitteln für den Respirationstrakt (Atmung).

Quellen: GKV, IGES

Paula Piechotta (Grüne) empfahl ebenfalls einen Blick über den nationalen Tellerrand und erklärte, knappe Arzneimittel seien kein exklusives deutsches Problem. Sie forderte, die Probleme an der Wurzel zu packen und die diversen Ursachen der Mangelage zu beachten: eine erhöhte Nachfrage international, der Ausfall von Produktionsstätten, niedrige Margen und weniger Hersteller.

Selbst gemixt Kathrin Vogler (Linke) erinnerte daran, dass seit vielen Jahren über Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln gesprochen werde. „Das Problem wird immer größer, aber kein Gesundheitsminister hat sich ernsthaft darum gekümmert, es zu lösen.“ Verzweifelte Eltern hätten zuletzt mit Medikamenten für Erwachsene versucht, selbst Fiebersäfte für Kinder herzustellen oder seien in Nachbarländer gefahren, um Arzneimittel zu besorgen. Vogler kritisierte überdies die aus ihrer Sicht dominante Pharmabranche und forderte: „Wir brauchen sanktionsbewehrte Verpflichtungen für die Unternehmen zur Vorratshaltung bei unerzetzlichen Medikamenten.“ Lars Lindemann (FDP) nahm die Industrie hingegen in Schutz. Es gehe im Kern um die richtigen Rahmenbedingungen, damit in Deutschland wieder mehr Arzneimittel hergestellt werden. Deutschland sollte sich zum Ziel setzen, wieder die „Apotheke der Welt“ zu werden. Lindemann zeigte sich überzeugt, bei einem Pakt für Deutschland, der sicherstelle, dass hier produziert und geforscht werde, müsse künftig über Lieferprobleme bei Arzneimitteln nicht mehr gesprochen werden. **Claus Peter Kosfeld**

KURZ NOTIERT

Linken-Antrag zu geplanter EU-Verordnung abgelehnt

Die Linksfraktion ist mit ihrer Forderung gescheitert, eine Stellungnahme des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zur geplanten EU-Verordnung zur Festlegung von Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu erwirken. Gegen einen entsprechenden Antrag (20/2336) stimmten vergangene Woche alle übrigen Fraktionen. In der Vorlage wandte sich Die Linke gegen im Verordnungsentwurf beschriebene Methoden der Chatkontrolle. **sto**

Ohne Hoffnung

NEUROLOGIE Gesundheitspolitiker fordern mehr Hilfe für Patienten mit der Diagnose ME/CFS

Während für die meisten Menschen die Corona-Pandemie inzwischen ihren Schrecken verloren haben dürfte, ist für viele Betroffene von Long-Covid eine der größten Gesundheitskrisen aller Zeiten mitmitten vorbei. Wie sich in der Pandemie gezeigt hat, leidet eine nicht eben kleine Gruppe von Menschen seit geraumer Zeit an schweren Nachwirkungen einer Corona-Infektion. Dabei erinnern die typischen Symptome von Long-Covid und Post-Covid an eine Krankheit, die es schon lange gibt und für die keine Therapie verfügbar ist.

Rätselhafte Krankheit Die Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) ist eine schwere Erkrankung, deren Wirkungsweise noch immer nicht gut verstanden wird. Spezialisierte Mediziner vermuten, dass die schwerste Form von Long-Covid nichts anderes ist als ME/CFS.

Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für ME/CFS können die typischen Symptome wie schwere Erschöpfung, mangelnde Belastbarkeit, Kopf- und Muskelschmerzen sowie kognitive Einschränkungen nach einer Infektionskrankheit einsetzen. Als Auslöser bekannt sind zum Beispiel das Epstein-Barr-Virus (EBV) und Influenza. Offenkundig kann auch eine In-

fektion mit Sars-Cov-2 eine ME/CFS auslösen. Befürchtet wird, dass eine Subgruppe der von Long-Covid betroffenen Menschen das Krankheitsbild ME/CFS entwickelt. Die Bundesregierung hat sich laut Koalitionsvertrag vorgenommen, die Langzeitfolgen von Covid-19 und ME/CFS intensiver zu erforschen, die Versorgung der Betroffenen zu verbessern und dazu ein Netzwerk von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen zu schaffen.

Die Unionsfraktion legte mit einem Antrag (20/4886) zu dem Thema nach, der vergangene Woche erstmals beraten wurde. Die Versorgungslage der betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen sei von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit geprägt, heißt es in dem Antrag.

Millionen Betroffene Die Zahl der weltweit Erkrankten werde auf 17 bis 24 Millionen geschätzt. ME/CFS schränke die Lebensqualität der Betroffenen stark ein. Oft seien die Patienten auf Pflege durch Angehörige angewiesen. Über 60 Prozent der Betroffenen seien arbeitsunfähig, rund 25 Prozent könnten das Haus krankheitsbedingt nicht mehr verlassen oder seien sogar bettlägerig. Nach Ansicht der Abgeordneten muss Betroffenen der Zugang zu Gesundheits- und Sozialsystemen erleichtert

werden. In der Aussprache waren sich die Abgeordneten einig, dass den Menschen, die unter ME/CFS leiden, effektiver geholfen werden muss. Redner aller Fraktionen äußerten sich betroffen über die Schwere der Erkrankung und das harte Schicksal der Betroffenen und ihrer Angehörigen.

Schwierige Diagnose Ein Kernproblem ist die Diagnose, darauf ging auch Sepp Müller (CDU) ein, der von einem Fall berichtete, bei dem ein Mann eine „Ärzte-Odyssee“ hinter sich gebracht habe. Anfangs habe es geheißen, der Mann sei müde, am Ende habe der Vorwurf gelaftet, er sei faul. „Genau gegen diese Stigmatisierung und Diskriminierung wollen wir vorgehen.“ Nötig sei eine Aufklärungskampagne für die Bevölkerung, aber auch für Ärzte.

Aus ihrem Umfeld kennt Martina Stamm-Fibich (SPD) seit Jahren Patienten mit dieser Krankheit. Sie mahnte, ME/CFS müsse als eigenständige Erkrankung wahrgenommen werden, es handle sich nicht um eine Subgruppe von Long-Covid. Sie räumte ein: „Wir können hier alle nicht zaubern.“ Aber die Ampel-Koalition werde sich einmal daran messen lassen müssen, was sie für die geschätzte 250.000 Betroffenen in Deutschland und ihre Angehörigen konkret erreicht habe.

Linda Heitmann (Grüne) sprach von einer „tückischen Krankheit“ und einer „niederschmetternden Diagnose“. Gleichwohl seien Betroffene dankbar, endlich zu wissen, dass die Erkrankung einen Namen habe. Jetzt, wo ME/CFS immer häufiger auch als Folge von Covid-Infektionen aufträte, würden die Betroffenen sichtbar.

Stilles Leiden Ates Gürpınar (Linke) versprach den Patienten: „Wir tun alles, damit sich für Sie in Ihrem Leben etwas zum Positiven verändert.“ Er wies darauf hin, dass viele junge Leute betroffen sind und viele Frauen. Um den Menschen zu helfen, müsse die Pflegepolitik geändert und in die Forschung investiert werden. Christina Baum (AfD) merkte an, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ME/CFS schon 1969 als neurologische Erkrankung anerkannt habe. Es gebe aber immer noch keinen Biomarker, sodass eine Diagnose nur über den Ausschluss anderer Erkrankungen gestellt werden könne. Patienten würden oft als Simulanten abgetan oder falsch behandelt. Lars Lindemann (FDP) sprach von einem „stillen Leiden“, weil Betroffene schwer krank zu Hause an das Bett gefesselt lägen und keine Lobby hätten. Die Folge dieser Hoffnungslosigkeit sei nicht selten der Weg in den Suizid. **pk**



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2023

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2023 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 6. März 2023
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38629



Dass es in Deutschland bei der Umsetzung großer Infrastrukturprojekte hapert, ist allgemein bekannt. Ob Flughäfen, Schienen oder Stromtrassen – meist verzögert sich die Fertigstellung der Vorhaben und teurer wird es auch noch. Ein Grund für die Misere: Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Das will die Ampel-Koalition – wie auch schon die Vorgängerregierungen – ändern. Von einem „neuen Deutschland-Tempo“ sprach Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) jüngst anlässlich der Eröffnung eines LNG-Terminals in Lubmin. Mit den Terminals soll der Wegfall der russischen Gaslieferungen nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine kompensiert werden. Sie entstanden quasi in Rekordzeit. Für Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) ist die rasante Umsetzung des Terminalvorhabens das neue Maß. „Das Tempo bei LNG muss die neue Richtgeschwindigkeit in Deutschland für Planung und Genehmigung sein“, forderte der Minister anlässlich der ersten Lesung eines Gesetzentwurfes aus seinem Haus, mit dem die Bundesregierung einen „ersten Schritt“ in diese Richtung gehen will. Das Ziel des Entwurfes (20/5165) ist es, Verwaltungsgerichtsverfahren zu bedeutsamen Infrastrukturverfahren zügiger über die Bühne zu bringen. Denn die komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren landen meist vor den Verwaltungsgerichten, häufig geht es dabei um die Berücksichtigung umwelt- oder naturschutzrechtlicher Belange. Diese Verfahren sollen künftig, so führte Thorsten Lieb für die FDP-Fraktion aus, „deutlich agiler, schneller und straffer“ gestaltet werden. „Wir als Bundesrepublik Deutschland wollen endlich Highperformer werden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren“, so Lieb.

Dazu soll laut Entwurf bei fast allen Vorhaben, bei denen laut Verwaltungsgerichtsordnung die Oberverwaltungsgerichte beziehungsweise das Bundesverwaltungsgericht direkt zuständig sind, ein Vorrangs- und Beschleunigungsgebot greifen. Das gilt dann beispielsweise für den Bau von Stromleitungen, Eisenbahnstrecken, Autobahnen oder Windkraftanlagen. Vorgesehen ist, dass in diesen Verfahren bereits zwei Monate nach Klageerweiterung ein Erörterungstermin stattfinden soll. Eingeschränkt werden soll zudem die Möglichkeit, nach Fristablauf noch weitere Erklärungen und Beweise vorzubringen (innerprozessuale Präklusion). Auch sollen die Vorhaben im Eilrechtsschutz nicht komplett gestoppt werden müssen, bis das Gericht im Sinne des Klägers entscheidet. Die Gerichte sollen dabei zudem die Möglichkeit erhalten, bestimmte Fehler in den angegriffenen Verwaltungsakten außer Acht lassen zu können, wenn sie davon ausgehen, dass sie zeitnah behoben werden. Tempo wird auch von der öffentlichen Hand gefordert: Im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz soll festgeschrieben werden, dass die Beklagten innerhalb von zehn Wochen ihre Klageerweiterung vorlegen müssen.

Streit um Prioritäten An dem Entwurf meldeten die Rednerinnen und Redner aller Fraktionen noch größeren Diskussionsbedarf an. Das überrascht wenig, hatten die Koalitionäre in den vergangenen Wochen

Deutschland soll Tempo machen

RECHT Die Koalition will Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Ein Baustein dafür: Straffere Verfahren vor den Verwaltungsgerichten



Die schwimmenden LNG-Terminals – wie hier bei Wilhelmshaven – sind in Rekordzeit errichtet worden. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sieht das als neue „Richtgeschwindigkeit“ für bedeutsame Infrastrukturvorhaben im Land. © picture-alliance/Hauke-Christian Dittrich

doch relativ öffentlich darüber gestritten, welche Vorhaben beschleunigt werden sollten und welche nicht. Das klang auch in der Debatte an. „Überholspuren sind gut, aber wenn am Ende alle links fahren, dann ist trotzdem Stau auf der Autobahn“, sagte Sozialdemokrat Kaweh Mansoori. Ähnlich äußerte sich für die Grünen-Fraktion Lukas Benner: „Wer alles priorisiert, beschleunigt gar nichts.“ Mansoori bescheinigte dem Justizminister, einen mutigen, wenn auch streitbaren Entwurf vorgelegt zu haben. Schnellere Gerichtsverfahren könnten die Probleme mit den Großvorhaben allerdings nicht allein lösen. Dafür benötige es „leicht handhabbare Gesetze, Entschärfung von Verwaltungsverfahren, mehr Personal für Verwaltungen und für Gerichte“, sagte Mansoori. Grünen-Abgeordneter Benner wand sich dagegen, das LNG-Vorhaben als Maßstab

heranzuziehen. Denn sinngemäß hieß diese Forderung: „Wenn wir beim Umweltschutz halblang machen, haben wir alle Probleme gelöst.“ Der Abgeordnete sprach sich zudem für die Klageerweiterungsfrist im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz aus.

»Bummeltempo« Kritischer sah dies Stephan Mayer (CSU) für die Unionsfraktion. Er wies auf die Herausforderungen hin, wenn Behörden innerhalb dieser Frist auf alle Punkte des Klägers substanziiert erwidern müssten. Täte sie es nicht, würden diese Punkte als zugestanden gelten, „was dann im Umkehrschluss bedeutet, dass eine Planegenehmigung oder ein Planfeststellungsverfahren zumindest in Teilen rechtswidrig ist“, kritisierte Mayer. Der Christsoziale zeigte sich auch skeptisch, ob ein früherer Erörterungstermin tatsächlich zur Beschleunigung führe. Er fürchte mit Blick auf den Entwurf,

dass das neue Deutschland-Tempo zum „Bummeltempo“ werde. Ähnlich äußerte sich Tobias Matthias Peterka (AfD). Der frühe Erörterungstermin werde bei komplexen Verfahren definitiv zu mehr Aufwand und Verzögerung führen. „Personelle Aufstockungen der Gerichte auf allen Ebenen wären der Schlüssel zu echter Beschleunigung“, meinte der AfD-Abgeordnete.

Für die Fraktion Linke warnte Susanne Henning-Wellsow davor, auch Autobahnen, fossile Infrastrukturen oder Flughäfen zu beschleunigen. „Schneller die Klimakrise zu befeuern, kann nicht in unserem Sinne sein und vor allem nicht im Sinne der nächsten Generation“, sagte die Abgeordnete. Das weitere parlamentarische Verfahren dürfte also spannend werden. Eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf findet bereits am heutigen Montag statt. *Sören Christian Reimer* ■

Betriebsrat per Online-Wahl

ARBEIT Union fordert mehr digitale Möglichkeiten

Wenn die mobile Arbeit boomt, muss das auch für die Arbeit der Betriebsräte gelten, findet die Unionsfraktion. Sie hat deshalb einen Antrag (20/4335) formuliert, in dem sie verlangt, mehr Möglichkeiten für digitale Betriebsratsarbeit zu schaffen. Über diesen Antrag hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals beraten und fand dort ein geteiltes Echo.

Zu den Forderungen der Union gehören unter anderem eine erleichterte Wahl von Betriebsräten auch online, bisher muss sie nach dem Betriebsverfassungsrecht zwingend durch Urnen- und Briefwahl stattfinden. Ergänzend zu Präsenzversammlungen sollten ferner optional Video-Betriebsversammlungen und die Beratung von Einstellungsstellen als Video-Sitzung möglich sein. Betriebsräte müssten in Anlehnung an das analoge „Schwarze Brett“ der vordigitalen Arbeitswelt ein gesetzlich garantiertes Zugangsrecht zu den digitalen Informationskanälen erhalten, heißt es in dem Antrag weiter.

Axel Knoerig (CDU) führte in der Debatte aus, dass es derzeit die „paradoxe“ Situation gebe, dass Betriebsräte zwar mitentscheiden, wie mobile Arbeit in den Unternehmen aussehen kann. „Ihre eigenen digitalen Möglichkeiten sind aber einge-

schränkt. Die betriebliche Mitbestimmung wird so aus unserer Sicht ausgebremst.“

Jan Dieren (SPD) warf der Union vor: „Ihnen geht es darum, der Mitbestimmung das Etikett ‚digital‘ draufzusteampeln und gut ist. Uns geht es darum, Betriebsräte wirklich zu stärken. Ich bin sehr gespannt, ob Sie uns auch dabei unterstützen.“

Jürgen Pohl (AfD) sagte, „die Akzeptanz einer Wahl wird durch eine steigende Wahlbeteiligung erhöht werden und das wollen wir alle.“ Es dürfe aber keine Benachteiligung von Beschäftigten geben, die weniger internetaffin sind.

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) betonte: „Wir Grüne und auch die Ampel insgesamt sind bei dem Thema gut aufgestellt, auch ohne den Antrag der Union. Wir haben einen konkreten Plan für mehr Digitalisierung bei der Mitbestimmung.“

Susanne Ferschl (Die Linke) kritisierte, der Antrag gehe leider auf eine echte Stärkung der Mitbestimmung gar nicht ein. „Betriebsratsarbeit muss der digitalen Zeit angepasst werden. Aber nicht alles, was digital ist, ist auch sinnvoll.“ Carl-Julius Cronenberg (FDP) lobte den Antrag der Unionsfraktion und betonte, moderne Betriebe bräuchten moderne Betriebsräte, genau hier setze die Koalition an. *che* ■

Gerechtigkeitslücken bleiben bestehen

RENTE Scharfe Kritik am geplanten Härtefallfonds

Die Debatte ist so alt wie die Überleitung der DDR-Renten ins bundesdeutsche Rentensystem, denn sie begann sofort danach, nämlich 1991. Ursache war, dass nicht bei allen Rentnern die in der DDR erworbenen Ansprüche anerkannt worden sind, viele Versorgungssysteme für bestimmte Berufsgruppen blieben unberücksichtigt. Heute wird das von allen Fraktionen des Bundestages zwar als ungerecht bewertet, aber die Lösung des Problems entzweit die Fraktionen nach wie vor. Dabei hatten bereits Union und SPD in der Großen Koalition einen Härtefallfonds für diese Betroffenen, sowie für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler beschlossen, diesen aber noch nicht mit Leben gefüllt. Die Art und Weise, wie dies nun die Ampel-Regierung tut, empört jedoch die Oppositionsfraktionen.

Das zeigte sich am Freitag, als der Bundestag zwei Anträge der Unionsfraktion und der Fraktion Die Linke zu diesem Thema diskutierte. Die Linke forderte in ihrem Antrag (20/4922) einen „Gerechtigkeitsfonds“, der finanziell deutlich besser ausgestattet ist als der derzeit 500-Millionen Euro starke Härtefallfonds und eine Entschädigung für alle betroffenen 17 Personen- und Berufsgruppen der DDR.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert in ihrem Antrag (20/4049), den Fonds finanziell so auszustatten, wie es ursprünglich geplant war. Die Ampel-Koalition habe den vorgesehenen Bundesanteil (eine Milliarde Euro) um die Hälfte gekürzt, kritisiert die Fraktion.

Sören Pellmann (Die Linke) stellte fest, der Härtefallfonds korrigiere die Ungerechtigkeiten mitnichten, denn 90 Prozent der betroffenen Rentner erhielten keinen Cent. Der Bund müsse nicht mit dem Finger auf die Länder zeigen, denn er sei in der Pflicht. Ottilie Klein (CDU) nannte die Regelung der Ampel-Regierung ein Armutszeugnis, mit dem die SPD das Thema lustlos versuche, abzuräumen. Rasha Nasr (SPD) appellierte an die Bundesländer, sich an der Stiftung doch noch zu beteiligen, um so die Zahlungen für die Betroffenen zu erhöhen. Anja Schulz (FDP) sagte, sie könne die Enttäuschung vieler verstehen und gab den Ball ebenfalls an die Länder ab. Markus Kurth (Grüne) griff die Union scharf an. Sie versuche spalterisch, die Ostdeutschen in eine Opferrolle zu drängen. Eugen Schmidt (AfD) forderte eine deutlich höhere Einmalzahlung (bisher 2.500 Euro) und eine Rücknahme der Rentenkürzungen von Spätaussiedlern. *che* ■

Brötchen, aber keine Verkäuferin

ARBEIT Die Opposition kritisiert die Fachkräftestrategie der Bundesregierung als verfehlt

Der Bäckermeister, der zu Silvester nicht mehr seine traditionellen Köstlichkeiten anbieten kann, die Jugendherberge, die mittelt, nicht wie verabredet, Halbpension anzubieten: Das sind nur einige Beispiele aus dem Alltag, die mittlerweile mit fehlenden Arbeitskräften begründet werden. Ganz zu schweigen von den gravierenden Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die industrielle Produktion. Erst vor rund einer Woche untermauerte eine Statistik den nicht neuen, aber mittlerweile bedrohlichen Trend: Eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) kam zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen Schwierigkeiten hat, offene Stellen zu besetzen. 22.000 Unternehmen wurden dafür von der DIHK befragt. „Wir gehen davon aus, dass in Deutschland rund zwei Millionen Arbeitsplätze vakant bleiben. Das entspricht einem entgangenen Wertschöpfungspotenzial von fast 100 Milliarden Euro“, sagte der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks am 12. Januar in Berlin bei der Vorstellung der Studie.

Die Bundesregierung hat ihre Strategie zur Lösung des Problems in eine Unterrichtsverordnung (20/3990) gegossen, über die der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat. Darin schreibt die Regierung: „Die gute Fachkräftebasis in Deutschland zu sichern und zu erweitern, ist entscheidend für die Innovations- und Leistungsfähigkeit auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.“ Sie erläutert in der Strategie nicht nur die Ursachen des Fachkräftemangels, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges. Sie gibt auch einen Ausblick auf den Fachkräftebedarf bis 2026. Dazu schreibt sie unter anderem: „Ver-



Dieser Bäcker in Frankfurt musste den „Stutzweck“, ein Traditionsgebäck zum Jahreswechsel, wegen Personalmangels aus dem Sortiment nehmen. © picture-alliance/dpa

gleich man alle Arbeitsplätze, die voraussichtlich bis 2026 erstmalig oder neu zu besetzen sind, mit allen Arbeitskräften, die dem Arbeitsmarkt neu zutreten oder den Arbeitsplatz wechseln, so zeigt sich, dass nach aktuellen Ergebnissen des Fachkräftemonitorings etwa 240.000 Arbeitsplätze mehr neu zu besetzen sind, als Arbeitskräfte verfügbar sein werden. Das damit einhergehende Fachkräfteparadox, also die zunehmende Gleichzeitigkeit von Fachkräftemangel in einigen Branchen und Regionen und der Arbeitsplatzabbau in anderen Branchen und Regionen, wird in Zukunft weiter zunehmen.“

Als prioritäre Handlungsfelder nennt die Regierung eine zeitgemäße Ausbildung, gezielte Weiterbildung, Hebung der Arbeitspotenziale, Verbesserung der Arbeitsquali-

tät und eine moderne Einwanderungspolitik mit einer Reduzierung der Abwanderung. **Alle Register ziehen** Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) erklärte vor den Abgeordneten: „Das Wichtigste ist, dass wir die inländischen Potenziale nutzen.“ Er verwies auf die hohe Zahl von Menschen, die auch mit Ende 20 noch keine Berufsausbildung haben. „Da müssen wir ran. Wenn wir nicht alle Register ziehen, wird der Fachkräftemangel zur dauerhaften Wachstumsbremse.“ Wenn alle inländischen Register gezogen seien, wozu auch mehr Weiterbildung und Frauenerwerbstätigkeit gehörten, dann brauche das Land zusätzlich qualifizierte, unbürokratische Zuwanderung. Michael Kellner (Grü-

ne), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, stellte klar, dass sich dafür auch der Blick auf zugewanderte Menschen ändern müsse. Denn es gebe zu viele Fachkräfte, die Deutschland wieder verlassen. Es müsse deutlicher werden, dass sie willkommen seien, so Kellner.

Marc Biadacz (CDU) kritisierte, die Fachkräftestrategie sei von einem Durcheinander an Maßnahmen geprägt, die das Problem nicht lösten. Seine Fraktion fordere eine zentrale Einwanderungsbehörde, um Zuwanderung zu erleichtern, denn wenn Verfahren der Berufsanerkennung, wie derzeit, mehrere Monate dauern, dann brauche man auch kein Punktesystem und keine Chancenkarte, sagte er. René Springer (AfD) warf der Regierung vor, sich einseitig auf das Thema Zuwanderung zu konzentrieren. Die Innovationskraft Deutschlands habe sie dagegen nicht auf dem Schirm. Dabei sei es die politische Verantwortung der Bundesregierung, einheimische Fachkräfte hier zu halten.

Lukas Köhler (FDP) betonte, wer Zuwanderung ablehne, müsse den Wählern ehrlicherweise sagen, dass dann eben an der Renten-Schraube gedreht und länger gearbeitet werden müsse. Susanne Ferschl (Die Linke) sagte: „Jahrelang galt die Devise, Arbeit muss so billig wie möglich sein. Das Ergebnis ist ein in weiten Teilen hausgemachter Fachkräftemangel.“ Deshalb müsse die Regierung auch ein Programm für gute Arbeit, zum Eindämmen prekärer Beschäftigung auflegen, forderte sie. Hakan Demir (SPD) rechnete vor, dass selbst wenn jetzt alle Schüler einen Abschluss machen und alle Arbeitslosen mit Jobs versorgt seien, trotzdem noch sieben Millionen Menschen bis 2037 auf dem Arbeitsmarkt fehlen würden. *Claudia Heine* ■

Eine Frage der Umsetzung

BILDUNG Personalmangel als zentrale Herausforderung

Bildungserfolg ist in Deutschland weiterhin stark an die sozioökonomische Herkunft gekoppelt. Dies ist eine der Kernaussagen des neunten Nationalen Bildungsberichts vom Juni 2022 (20/4980). Alle zwei Jahre prüft ein unabhängiges Expertenteam die Bildungslandschaft in Deutschland, blickt zurück, aber auch auf künftige Herausforderungen. Vergangenen Mittwoch debattierte der Bundestag über die Ergebnisse

Bereits im Grundschulalter würden sich abhängig vom Elternhaus große Unterschiede bei der Les- und Rechenkompetenz zeigen, heißt es in dem Bericht. Diesen Befund nahm Bundesbildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) zum Anlass, um zu betonen, dass das „Aufstiegsversprechen“ erneuert werden müsse: „Kinder mit der wenigsten Hilfe zu Hause brauchen die meiste Unterstützung in unserem Land“. Bildungsauf-

stieg dürfe nicht von Zufällen abhängen. Statt auf das Prinzip Gießkanne setze Stark-Watzinger mit dem geplanten Startchancen-Programm auf gezielte Förderung. Für bessere Lernbedingungen braucht es laut Katrin Zschau (SPD) außerdem „moderne Raumlösungen, geeignete Ausstattung, ausreichend Digitalisierung“ und vor allem mehr und gutes Personal.

Fehlende Fachkräfte „Bildungspersonal“ ist das Schwerpunktthema des aktuellen Bildungsberichts. Zwar habe sich die Anzahl der Mitarbeitenden in allen Bildungsbereichen seit 2010 merklich erhöht, jedoch nehme der Bedarf an Personal deutlich zu: Allein in Kitas werden laut Bericht im Jahr 2025 bis zu 72.500 Fachkräfte fehlen. In Schulen werde das Defizit bis 2030 bei rund 30.000 Lehrkräften liegen. Durch attraktivere Arbeitsbedingungen und einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern will Grünen-Politikerin Nina Stahr mehr gut ausgebildetes und motiviertes pädagogisches Personal gewinnen.

Die Opposition kritisierte, dass die Bundesregierung bisher wenig Handfestes vorzuweisen hätte. „Kommen Sie raus aus diesem Ankündigungsmodus, kommen Sie rein in den Umsetzungsmodus“, forderte Daniela Ludwig (CSU). Nicole Gohlke (Die Linke) kritisierte außerdem, dass einzelne Programme und Pakte die strukturellen Probleme nicht lösen würden: „Die Gebäude bleiben marode, die Fachkräfte fehlen und soziale Brennpunkte bleiben soziale Brennpunkte“. Auch die angekündigte zusätzliche eine Milliarde Euro für Bildung werde bei einem geschätzten Sanierungsstau bei Schulgebäuden von etwa 40 Milliarden Euro wenig bewirken, sagte Götz Frömming (AfD). *Denise Schwarz* ■



Bis 2030 werden zehntausende Erzieher und Erzieherinnen sowie Lehrkräfte fehlen. © picture-alliance/dpa | Fabian Strauch

Votum für »Borchert«

AGRAR Für die Pläne der Bundesregierung zur Einführung einer verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung (20/4822) haben Experten Änderungsbedarf angemeldet. Während einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am vergangenen Montag sprach sich die Mehrheit der Sachverständigen dafür aus, die Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung, der Borchert-Kommission, umzusetzen. Mit dem Tierhaltungskennzeichen sollen Verbraucher sofort erkennen, woher das Schweinefleisch stammt und wie die Tiere gehalten wurden. Der Entwurf wurde im Herbst ins Kabinett gebracht, seitdem reißt die Kritik nicht ab. Das Gesetz nehme keinen Bezug auf die aktuelle Krise der Landwirte, auf die Verbraucher und die Tierschutzaspekte in der Nutztierhaltung.

Ähnliche Einwände wurden in der Anhörung genannt. Alexander Hinrichs, Geschäftsführer der Initiative Tierwohl, kritisierte, dass die Gastronomie, verarbeitete Fleischwaren sowie die Tieraufzucht nicht berücksichtigt würden. Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung habe hingegen Empfehlungen zum Umbau der Tierhaltung erarbeitet. „Im Vergleich dazu bietet der Gesetzentwurf nur eine Kennzeichnung mit Stufendefinitionen an“, sagte Hinrichs. Dem schlossen sich Bernhard Krüskens, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, und Nora Hammer, Geschäftsführerin Bundesverband Rind und Schwein, an. Krüskens bemängelte, der Entwurf weise gravierende Schwachstellen auf, mit denen die angestrebte Lenkungswirkung nicht nur verfehlt, sondern auch konkretisiert werde. Das sei unverständlich, weil die Borchert-Kommission „vor Jahren unter etlichen anderen Punkten eine Kennzeichnungsregelung gefordert hat“. Für Nora Hammer lässt der Entwurf „ein Gesamtkonzept zum Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland vermissen“.

Auch Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Neuland-Schweinehalter in Niedersachsen, wunderte sich darüber, warum bei den angestrebten Tierkennzeichen nicht auf die Borchert-Vorschläge zurückgegriffen wurde. „Dort sind die Kriterien für die Sauenhaltung und Ferkelaufzucht doch weitestgehend erarbeitet“, sagte Schulz. Den Vertretern der ökologischen Landwirtschaft, Anne Hamester, Fachreferentin für Tiere in der Landwirtschaft des Vereins ProVieh, und Peter Röhrig, Geschäftsführender Vorstand beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, fehlte eine „zügige Perspektive“ beim Umbau der Nutztierhaltung. Bereits 2015 habe der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztierhaltung in Deutschland als „nicht zukunftsfähig“ beschrieben. Hamester kritisierte, die Kennzeichnung müsse über die Haltung des kompletten Lebens der Tiere informieren und den Verlauf von der Geburt bis zur Schlachtung abbilden.

Für die Betrachtung der gesamten Lebensphase sprach sich auch Professor Lars Schrader, Leiter des Instituts für Tierschutz und Tierhaltung am Friedlich-Loeffler-Institut für Tiergesundheit, aus.

Dirk Hesse, Sprecher der Initiative Schweinehaltung Deutschland (ISD), machte darauf aufmerksam, dass steigende Produktionskosten eine weitere Reduzierung der Schweinehalter zur Folge haben werde. Bereits heute stammten fast 30 Prozent des verzehrten Schweinefleisches aus Importen. 2022 hätten zehn Prozent der Schweinehalter ihre Betriebe geschlossen. nki



Ein Schwerpunktthema der Internationalen Grünen Woche ist die Zukunft der Nutztierhaltung, nach Plänen der Bundesregierung soll die Landwirtschaft grundlegend verändert werden.

© picture-alliance/dpa/Fabian Sommer

Streit um das Tierwohl

GRÜNE WOCHE Bundestag debattiert über Nahrungsmittelsicherheit. Unions-Antrag umstritten

Pünktlich zum Start der Internationalen Grünen Woche, die nach zwei Jahren Corona-Pause in Berlin eröffnet wurde und als Schwerpunkte Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit und Klimaschutz im Programm hat, hat auch der Bundestag am vergangenen Mittwoch über Ernährungssicherheit debattiert. Ein von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegter Antrag (20/5215) mit dem Titel „Nahrungsmittelversorgung sicherstellen. Selbstversorgungsgrad in Deutschland und Europa erhalten“ zeigte erneut, wie unterschiedlich die Pläne der Bundesregierung und der größten Oppositionsfraktion zur Agrarpolitik ausfallen.

Reduzierung Während Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) in seinem ersten Amtsjahr deutlich gemacht hat, dass er die Tierbestände reduzieren will und eine Erhöhung des Anteils pflanzlicher Ernährung anstrebt, warnen die Abgeordneten der Union davor, diese Vorschläge umzusetzen. Es gebe erste Anzeichen, dass es bei bestimmten Lebensmitteln zu Mangelsituationen kommen könnte, vor allem bei der Versorgung mit Fleisch, heißt es in dem Antrag. Um die Versorgung mit Nahrungsmitteln in

Deutschland auch weiterhin sicherzustellen, fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass der Green Deal der Europäischen Union „neu gedacht wird“. Fragen wie Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie der Resilienz der Ernährungssysteme sollten in den Vordergrund rücken. Zudem müsse der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln überdacht und die Novellierung des europäischen Gentechnikrechtes vorangebracht werden. Die Reform der Nutztierhaltung müsse auf Grundlage der Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung, der Borchert-Kommission, „unverzüglich“ umgesetzt werden. Steffen Bilger (CDU) adressierte seine Kritik direkt an Minister Cem Özdemir, der die Debatte im Plenum verfolgte. Bilger sagte, ihn störe der Umgang der Bundes-

regierung mit Landwirten. In der aktuellen Debatte höre man immer nur „Krise, Krise, Krise, das ist zu negativ“, so Bilger. Gute Politik brauche keinen ständigen Krisenmodus, sondern tragfähige Konzepte, „die bleibt diese Regierung auch in der Landwirtschaftspolitik schuldig“. Bei allen Problemen, die es in der Landwirtschaft gebe, sollte die Bundesregierung stärker über die Chancen sprechen, forderte der Politiker. Die Bundesregierung müsse auf-

hören, in der Landwirtschaft „die Ursache für alle aktuellen Probleme zu suchen“. Sylvia Lehmann (SPD) warf der Union „Beliebigkeit“ vor, der Antrag sei offenbar nur eingebracht worden, weil die Internationale Grüne Woche eröffnet werde. „Dieses Vorgehen ist für die Landwirtschaftspolitik nicht von Vorteil“, sagte Lehmann. Wer sich die Selbstversorgung mit Lebensmitteln – den Schwerpunkt des Antrags – genauer anschau, der stelle fest, dass der Selbstversorgungsgrad hierzulande bei rund 87 Prozent liege. Je nach Produktgruppe falle er zwar unterschiedlich aus, bei Kartoffeln, Schweinefleisch, Milch, Käse und Zucker liege er aber bei über 100 Prozent. Lehmann rechnete vor: Um rein theoretisch eine 100-prozentige Selbstversorgung in Deutschland erreichen zu wollen, müsste nach Ansicht der EAT-Lancet-Kommission der hiesige Durchschnittsesser drei Viertel weniger Fleisch, vier Fünftel weniger Eier und ein Viertel weniger Milchprodukte zu sich nehmen. Stattdessen sollten Vollkorngetreide, Obst, Gemüse, Nüsse und Hülsenfrüchte auf dem Speiseplan stehen. „Dazu wäre ein deutlicher Abbau der Tierbestände nötig“, sagte Lehmann.

Für Karl Bär (Grüne) ist „dieser Antrag ein Lehrstück in Sachen Ideologie, er präsentiert uns die Interessen der Agrarindustrie ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit“. Die Behauptung, dass Pestizide notwendig seien, um die Ernährungssicherheit zu erreichen, „ist nicht nur falsch, sondern gefährlich“, so Bär. Das Gegenteil sei der Fall: „Das Ernährungssystem bricht zusammen, wenn es nicht gelingt, die Zerstörung der Biodiversität aufzuhalten“, warnte er. Der Umbau der Tierhaltung sei der wohl wichtigste Beitrag zur Steigerung der Ernährungssicherung. Zurzeit sei der Versorgungsgrad der gesamten EU trotz einer hochproduktiven Landwirtschaft negativ, „weil wir zu viele Futtermittel für Tiere importieren. Wir verfüttern mehr, als wir essen“, sagte Bär.

»Ein deutlicher Abbau der Tierbestände in Deutschland und in der EU ist nötig.«
Sylvia Lehmann (SPD)

Innovation Gero Hocker (FDP) warnte davor, Fehler, die in der Energiepolitik zu einseitigen Abhängigkeiten geführt hätten, im Agrarbereich zu wiederholen. „Wir sind gehalten, die Fehler der letzten anderthalb Jahrzehnte nicht zu wiederholen.“ In Zeiten immer weiter steigender Bevölkerungszahlen und immer weniger verfügbarer landwirtschaftlicher Flächen, „führt kein Weg daran vorbei, moderne Technologien einzusetzen“, sagte Hocker. Um Nachhaltigkeits- und Biodiversitätszielen gerecht werden zu können, brauche es den Einsatz „innovativer Züchtungsmethoden, künstlicher Intelligenz im Ackerbau und in der Tierhaltung“.

Franck Rink (AfD) forderte „konservative Politik in diesem Haus umzusetzen“, dafür müsse damit „aufgehört werden, grüne, woke Klimapolitik zu unterstützen“. Rink richtete seine Kritik sowohl an die Fraktionen der Bundesregierung als auch an die CDU/CSU-Fraktion. „Unsere Worte finden sich im Titel und im Antrag der Union, genauso wie viele AfD-Forderungen, die wir hier eingebracht haben. Alles wurde abgelehnt“, sagte Rink.

Für Ina Latendorf (Die Linke) „liest sich der Antrag wie eine Aufzählung gescheiterter Anträge der Vergangenheit“. Wer Ernährungssouveränität für die einheimische Bevölkerung wolle, der müsse sich für „die Eindämmung und Aufhebung der Marktmacht der großen Lebensmittelkonzerne einsetzen“, forderte Latendorf. Darüber hinaus brauche es kostendeckende Preise für die Produzenten, ein Ende der Spekulation mit Lebensmitteln und eine Umstellung der Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit sowie regionale Wirtschaftskreisläufe in der landwirtschaftlichen Produktion. Renate Künast (Grüne), frühere Bundeslandwirtschaftsministerin, war die letzte Rednerin in der Debatte und kündigte an: „Der Umbau der Tierhaltung wird kommen. Ihre Verantwortung ist nicht, zu meckern, sondern Zukunft herzustellen.“ Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. Nina Jeglinski

Umweltministerin bittet zur Kasse

VERSCHMUTZUNG Einwegplastik-Hersteller sollen Müllbeseitigung mitfinanzieren

Einwegbecher und Plastiktüten quellen aus dem Abfallimer, am Boden liegen etliche Zigarettenstummel. Ein Anblick, der seltener werden soll – geht es nach Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne). Um Plastikmüll zu verringern, will sie künftig die Hersteller von Einwegplastik- und Tabakprodukten an den Kosten der Beseitigung in Parks und Straßen beteiligen. Nach dem von ihr geplanten Einwegkunststoff-Fondsgesetz (20/5164), über das der Bundestag vergangene Woche zusammen mit einem Antrag der Linksfraktion für eine Kunststoffsteuer (20/5227) erstmals beriet, sollen Unternehmen ab 2025 eine jährliche Abgabe in einen Fonds einzahlen, der vom Umweltbundesamt (UBA) verwaltet wird. Daraus sollen Kommunen die Kosten erstattet bekommen, die ihnen durch Reinigung und Entsorgung entstehen.

Mitverantwortung „Wir nehmen die Hersteller von Wegwerfprodukten in die Mitverantwortung“, erklärte Ministerin Lemke im Plenum. Damit packe die Bundesregierung das Problem der Umweltverschmutzung „an der Wurzel“ und setze die „Impulse für ein nachhaltigeres Wirtschaften“. Doch es regt sich Kritik: Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Naturschützer monierten bereits die Ausgestaltung des ge-

planten Gesetzes. Während die Herstellerverbände neben der zentralen Rolle des UBA auch die Einführung der Sonderabgabe ausgerechnet in Krisenzeiten bemängeln, kritisiert der Nabu vor allem die fehlende Lenkungswirkung in Richtung Mehrweg. Argumente, die auch die Opposition im Bundestag vorbrachte: So räumte Anja Weisgerber (Union) zwar ein, dass eine Abgabe von Herstellern nicht-recyclingfähiger Plastikprodukte sinnvoll sei. Doch die Kos-



Rekord-Verbrauch an Plastikverpackungen: 2020 lag er bei 78 Kilo pro Kopf.

tenanstaltung müsse „korrekt und fair“ berechnet werden – nicht anhand der Menge des produzierten Einwegplastiks, sondern der Menge des entsorgten Plastikmülls. Falsch sei auch, die Wirtschaft auszuschließen und das UBA „zum alleinigen Entscheider“ über die Höhe der Abgabe zu machen.

Für gänzlich „ungeeignet“ hielt Andreas Bleck (AfD) die Abgabe – schließlich seien nicht die Hersteller dafür verantwortlich, dass Verbraucher Abfälle illegal entsorgten, so der Abgeordnete. Ralph Lenkert (Linke) bezeichnete das Gesetz als reine „Show“, die Regierung traue sich nicht wirklich, Hersteller in die Pflicht zu nehmen, damit diese ihre Produktion umweltfreundlich umstellen. Jan-Niclas Gesenhues (Grüne) und Michael Thews (SPD) wiederum verteidigten den Gesetzentwurf als „ausgewogen“. Man habe „mehr machen können“, dennoch könne er die Kreislaufwirtschaft stärken, meine Gesenhues. Thews kündigte gleichwohl schon mal Änderungsbedarf an. Ein ähnliches Anliegen signalisierte auch Judith Skudelyny (FDP): Weil die Umsetzung „verfassungsrechtlich herausfordernd“ sei, werde man die Gesetzesentstehung „sorgsam und aufmerksam auch in den kleinsten Details begleiten“. sas

Nachhaltigkeitsziele gefährdet

AGENDA 2030 Die Union wirft der Ampel vor, Zeit vergeudet zu haben

Die Zeit verrinnt und nichts passiert. Oder doch? 17 Nachhaltigkeitsziele beinhaltet die UN-Agenda 2030. An ihnen orientiert sich auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Ob und unter welchen Bedingungen eine Zielerreichung bis 2030 noch möglich ist, war vergangene Woche Thema im Bundestag, als der Grundsatzbeschluss 2022 der Bundesregierung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (20/4810) beraten wurde. Optimistisch zeigte sich Tessa Ganserer (Grüne). „Wir können die UN-Nachhaltigkeitsziele noch erreichen, müssen dafür aber unsere Kräfteanstrengungen intensivieren“, sagte sie. Sämtliches Regierungshandeln müsse sich an der Nachhaltigkeitsstrategie orientieren, forderte Ganserer. Zudem gelte es, im Parlament die Nachhaltigkeitspolitik zu stärken, der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung müsse „mehr Aufgaben und mehr Kompetenzen bekommen“. Sarah Ryglewski (SPD), Staatsministerin beim Bundeskanzler und Leiterin des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung, sah die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Anders als die Vorgängerregierung verstehe sie Nachhaltigkeit tatsächlich im besten Sinne als Querschnittsthema, „was sich letztendlich auch

durch das tägliche Regierungshandeln zieht, ohne dass man den Begriff ständig überall draufstempeln muss“. Das sei im Übrigen der Unterschied zwischen reiner Schaufensterpolitik und konkretem Handeln, sagte die Staatsministerin.

Tempolimit Laut Jakob Blankenburg (SPD) zeigt der „Ausbau der Erneuerbaren“, wie eine schnelle und konsequente Zielumsetzung aussieht. Ein solches Tempo und eine solche Entschlossenheit wünsche er sich auch im Sektor Verkehr. „Statt ellenlangen Debatten darüber, was nicht geht, wie die Umsetzung eines Tempolimits oder auch der Ausbau der Bahninfrastruktur, brauchen wir mehr Pragmatismus“, sagte Blankenburg. Nach 13 Monaten Ampel-Regierung sei es in Sachen Nachhaltigkeit „keinen Millimeter weitergegangen“, konstatierte indes Felix Schreiner (CDU). Am sichtbarsten werde das bei „Ziel 8“. „Ihre Politik ist das Gegenteil von einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik“, sagte der Unionsabgeordnete. Außerdem werde das angekündigte Klimaschutz-Sofortprogramm immer wieder verschoben, weil sich Wirtschaftsminister und Verkehrsminister nicht einigen könnten. „Die Uhr tickt. Nehmen Sie das zur Kenntnis“, sagte Schreiner.

Rainer Kraft (AfD) warf der Koalition vor, Zielkonflikte „geistig zu verdrängen“. Solarzellen etwa würden in China unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt. „Das heißt, die Wunschträume des woken Westens basieren auf Ausbeutung, Entbehrungen und Gefährdung der Gesundheit der Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern“, sagte er. Statt die Armut zu senken, lasse man zu, dass sie weiter ansteigt, kritisierte Bernd Riexinger (Die Linke). Dabei müsse es doch eigentlich selbstverständlich sein, „dass es in einem reichen Land keine Armut und keine Kinderarmut geben darf“. Als „völligen Irrsinn“ bezeichnete er es, dass angesichts von mehr als 800 Millionen hungerleidenden Menschen, weltweit 2,1 Billionen Dollar für Aufrüstung ausgegeben würden.

Muhanad Al-Halak (FDP) ging auf das Nachhaltigkeitsziel Bildung ein. „Wir brauchen vor allem Möglichkeiten zur Teilhabe an Bildung und am Arbeitsmarkt, damit wir als Land attraktiver werden, damit Qualifizierte aus aller Welt überhaupt bei uns leben und arbeiten wollen“, sagte er. Was es hingegen nicht brauche, sei ein Oppositionsführer in Deutschland, der ganze Teile der Bevölkerung als „kleine Paschas“ diffamiere. Götz Hausding

Spätestens seit dem in den vergangenen Monaten mit Hochdruck vorangebrachten Ausbau von LNG-Terminals und der öffentlich breit debattierten Beteiligung eines chinesischen Investors am Hamburger Hafen sind Häfen ein Thema in der Politik. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden Versuchen, Deutschland in der Energie- und Rohstoffversorgung unabhängiger zu machen, rücken die deutschen Seehäfen nun vollends in den Blick. Dass es beim Infrastrukturausbau jener Häfen stocke, befand nun die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/5218) und setzte das Thema in der vergangenen Woche auf die Tagesordnung des Bundestags.

Klimaschutz per Schiff „Damit die deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen, resiliente und effiziente Energie- und Rohstoffdrehkreuze entstehen und Abhängigkeiten von anderen Staaten reduziert werden, müssen neben der Entwicklung einer langfristig angelegten Nationalen Hafenstrategie umgehend Maßnahmen ergriffen werden“, heißt es in dem Antrag. Für die Unionsfraktion hob Christoph Ploß (CDU) in der Debatte hervor, dass ein stärkerer Ausbau der Seehäfen auch dem Klimaschutz zugute komme, denn Seeschiffe verzeichneten pro Tonne die niedrigsten CO₂-Emissionen unter den Transportmitteln: „Investitionen in die Seeschifffahrt sind also nicht nur für den Wirtschaftsstandort Deutschland wichtig, sondern auch, damit wir die Klimaschutzziele erreichen“, so Ploß.

Aus Sicht seiner Fraktion braucht es beim Ausbau der Hafenstandorte mehr Tempo bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren: „Wir müssen über eine schnellere Realisierung sprechen“, so der Christdemokrat und nannte den Ausbau von Autobahnen und Schienennetzen oder die Elbvertiefung: „Das dauert häufig Jahrzehnte.“ Der neu ernannte Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft und Tourismus, der Grüne Dieter Janeczek, stimmte in dem Punkt, dass leistungsfähige Häfen Standortfaktoren seien, zu. Es sei wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen zu steigern, ein Überarbeiten der Nationalen Hafenstrategie sei bereits zugesagt. Janeczek nannte den beschleunigten Ausbau der LNG-Terminals als ein Beispiel dafür, „wie es gehen kann“. Dabei sei das erst der Anfang; Häfen sollen zu „Transformationszentren für die Energiewende“ werden, kündigte der Grüne an.

Seine Parteikollegin Susanne Menge rückte den einzigen Tiefwasserhafen Deutschlands, den JadeWeserPort in Wilhelmshaven, in den Blickpunkt: „Hier müssen wir das Potenzial heben“. Denn das Thema Vertiefungen sei vertrackt und habe sich beispielsweise in der Elbe als unlösbares Problem herausgestellt.

Mehr Digitalisierung Für den Koalitionspartner SPD warnte Uwe Schmidt davor, dass man in Deutschland nicht von der Ressourcenabhängigkeit in eine Transportabhängigkeit rutschen dürfe, deshalb sei es auch wichtig, dass die Häfen stärker als bislang zusammenarbeiten. Zudem müsse das Potenzial der Digitalisierung stärker ausgebaut und die Arbeitsplätze „auf den Schiffen und an den Kaimauern“ attraktiver und mehr wertgeschätzt werden.

In Richtung der antragstellenden Unionsfraktion sagte Schmidt, dass er sich deren Vorschläge schon in der Zeit der Großen Koalition gewünscht hätte: „Aber Ihre

Vom Schiff auf die Schiene

HAFENSTANDORTE Die CDU/CSU-Fraktion fordert den schnelleren Ausbau von Hinterlandanbindungen



Wie gehts von hier aus weiter? Das Containerterminal des Hamburger Hafens

© picture-alliance/ZB/euroluftbild.de/Martin Elsen

CSU-Minister haben mit Salzwasser wohl nicht so viel am Hut“, so Schmidt. Auf die vorangegangene Koalition bezog sich in seinem Debattenbeitrag auch Michael Kruse (FDP): „Ein Großteil der Probleme, die Sie in ihrem Antrag ansprechen, wurde ja von Ihnen verursacht.“ Das Thema Sedimentmanagement, also die Beseitigung von Schlamm in den Wasserstraßen, tauche erstmalig im Koalitionsvertrag der Ampel auf, so Kruse.

Was hingegen der Ausbau des Schienennetzes für die Hinterlandanbindungen der Häfen angehe, dazu verliere die Union in ihrem Antrag nur „einen Nebensatz“, sagte der Liberale. Es müsse nun auch darum gehen, bestehende Engpässe auf der Schiene, die sich teilweise bis in den Süden Deutschlands zögen, zu beheben. Die AfD-Fraktion bezog sich in ihrem Beitrag mehr-

heitlich auf die Elbschleusen. So dauerten die Planungen für die Kanäle zu lang, die Elblotsen forderten längst überfällige Vertiefungen und die Schleusen seien marode, berichtete René Bochmann und schloss: „Die Vernachlässigung unserer See- und Binnenhäfen steht sinnbildlich für die Vernachlässigung der Infrastruktur.“

Arbeit und Klima Auf den fehlenden Fokus auf die Arbeitnehmerrechte wies Bernd Riexinger (Die Linke) hin: „Wie so oft schafft es die Union ein Thema zu behandeln, dass viel mit Arbeitsbedingungen und Klimawandel zu tun hat, ohne diese Themen anzusprechen.“ Im Anschluss an die vierzigminütige Debatte wurde der Antrag zur federführenden Beratung in den Verkehrsausschuss überwiesen. *Elena Müller*

Schnecken und Einhörner

START-UPS Die Ampel will Gründungen erleichtern. Der Union fehlt das Tempo

Die Europäische Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der „Einhörner“ - so werden Start-ups mit einer Marktbewertung von mindestens einer Milliarde US-Dollar bezeichnet - in Europa bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Dieses Ansinnen begrüßt die Bundesregierung, wie aus der „Start-up-Strategie“ (20/3063) der Ampelkoalition hervorgeht.

In Deutschland habe es Anfang 2022 insgesamt 25 dieser „Einhörner“ gegeben - diese Zahl soll auch in Deutschland noch steigen. Dafür sollen die Bedingungen für Gründerinnen und Gründer verbessert werden. Die Bundesregierung will dafür unter anderem die Finanzierung von Start-ups stärken, Gründungen aus der Wissenschaft erleichtern, die Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Start-ups verbessern und Kompetenzen für öffentliche Aufträge mobilisieren.

Mitarbeiter beteiligen Dass eine spezielle Förderung nötig ist, darauf verwies Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) in der Debatte zur Unterrichtung zur Start-up-Strategie: „Die Bereitschaft zur Gründung ist im Jahr 2022 deutlich gesunken - um 18 Prozent gegenüber 2021“, sagte Habeck am vergangenen Mittwoch im Plenum. Auch seien die Investitionsvolumen um 43 Prozent zurückgegangen und der Mangel an Fachkräften setze auch der Start-up-Szene zu. Alleine dort seien momentan 137.000 Stellen unbesetzt. Habeck sprach unter anderem das Thema

Mitarbeiterkapitalbeteiligung an, mit deren Hilfe Deutschland als Standort attraktiver werden könne, da hierzulande kaum mit den „teilweise exorbitant hohen Löhnen an anderen Stellen der Welt, wie im Silicon Valley“ mithalten werden könne. „Ich habe selbst ein Unternehmen gegründet. Ich weiß, wie schwierig es ist, Programmierer und andere Mitarbeiter der Stunde null zu überzeugen, für und mit einem an einer Idee zu arbeiten; denn am Anfang gibt es nicht das beste Gehalt, die beste Jobperspektive und auch nicht das schönste Büro“, sagte Verena Hubertz (SPD) und warb deshalb wie der Minister für die schnelle Umsetzung der Mitarbeiterkapital-



„Einhörner“ sind die Start-up-Stars.

© picture-alliance/digital Jochem Iack

STICHWORT

Häfen in Deutschland

> Standortvorteil Die nach Angaben des Wirtschaftsministeriums drei erfolgreichsten Häfen in Deutschland - Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven - sind alle an der Nordsee gelegen.

> Hotspot Hamburg Etwa 126,3 Millionen Tonnen Güter wurden im Jahr 2020 allein im Hafen Hamburg umgeschlagen, das sind 39,6 Prozent des gesamten Seegüterumschlags Deutschlands.

> Arbeitgeber Von den rund 45 Millionen Erwerbstätigen sind 1,5 Millionen von der Hafenwirtschaft abhängig.

Zumeist friedlich

LÜTZERATH Fraktionen verurteilen Gewalt von Extremisten

Redner aller Fraktionen haben die Gewalt bei Demonstrationen gegen den Abriss des Dorfes Lützerath für den Braunkohleabbau im rheinischen Revier verurteilt. Zugleich wurde in einer von der AfD beantragten Aktuelle Stunde des Bundestages am Freitag deutlich gemacht, dass sich die meisten Teilnehmer an den Demonstrationen friedlich verhalten und von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht hätten.

Verharmlosung Karsten Hilde (AfD) bezeichnete gewalttätige Demonstranten mit „Molotow-Cocktails“ als „verabscheuungswürdige Gestalten“. „Diese potenziellen Mörder als Aktivisten zu verharmlosen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Einsatzkräfte“, sagte Hilde. Die meisten würden friedlich demonstrieren, aber diejenigen, denen schwerste Verletzungen oder der Tod von Polizisten egal seien, seien „potenzielle Mörder“. Grünen-Politikern warf Hilde vor, im Bundestag für den Abriss der letzten Häuser gestimmt zu haben und dann zu den Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen gefahren zu sein. Das sei „pure Heuchelei“. Den „Klima-Extremisten“ warf er vor, keinen Kompromiss zu wollen. Sebastian Fiedler (SPD) bescheinigte der Polizei, in Lützerath gute Arbeit geleistet zu haben. Er verurteilte die Gewaltausbrüche. Es gebe ernstzunehmende Hinweise, dass man auch auf den Linksextremismus schauen müsse. Linksextremisten würden versuchen, diese Proteste zu unterwandern. „Und das ist durchaus ein Problem, und das muss deswegen angesprochen werden, weil es die guten Bemühungen der Klima-Aktivisten diskreditiert“, so Fiedler. Wilfried Oellers (CDU) erinnerte an die von Bundesregierung, Landesregierung Nordrhein-Westfalen und RWE geschlossene Vereinbarung, nach der mehrere Dörfer erhalten blieben, aber Lützerath weichen müsse. „Natürlich kann man diese Vereinbarung kritisieren und dagegen demonstrieren, aber bitte im Rahmen des rechtlich

Erlaubten“, forderte Oellers. Der Rechtsstaat müsse sich gegen die Gewalt zur Wehr setzen.

Für Lukas Benner (Grüne) ist Braunkohle der „absolute Klimakiller“. Daher sei es ein Erfolg, dass der Ausstieg aus der Braunkohle auf 2030 vorgezogen werde. Man könne das kritisieren, „aber für unsere Region ist das ein Schlusstrich für die Verstromung von Braunkohle in der rheinischen Region“. Aber die Erfolge würden nicht für das 1,5-Grad-Ziel reichen. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse beschleunigt werden, damit „die Kohle unter Lützerath nicht verfeuert wird“. Zu den Protesten sagte er, dass ein Großteil der Menschen absolut friedlich gegen Braunkohle demonstriert habe.

„Wer die Grenze zur täglichen Gewalt überschreitet, verliert unser aller Solidarität“, sagte Benner.

»Wer die Grenze zur Gewalt überschreitet, verliert unsere Solidarität.«

Lukas Benner (Grüne)

Janine Wissler (Linke) sagte, angesichts der Bedrohungen durch die Klimakrise bleibe nur noch wenig Zeit zum Umsteuern. Darum gehe es, und das müsse man sich vor Augen halten, wenn jetzt ein Dorf und ein Windpark abgerissen werden würden, um dort Kohle zu fördern, die für die Versorgungssicherheit nicht gebraucht werden. Grüne Politiker hätten den Kompromiss mit RWE ausgehandelt. „Wenn es ernst wird, zeigen die Grünen ein Rückgrat wie ein Wackelpudding“, kritisierte Wissler. Die Bezeichnung „Klima-Terroristen“ wies sie zurück. Jeder könne für seine Überzeugung auf die Strafe gehen, sagte Manuel Höferlin (FDP). Aber es müsse schließlich Kompromisse geben, mit denen am Ende alle leben müssten. Auch nach den Entscheidungen könne jeder noch demonstrieren. Aber inzwischen stehe nicht mehr der Konsens im Mittelpunkt, sondern der eigene Standpunkt. „Die eigene Meinung wird absolut gesetzt, und dann passieren die Grenzüberschreitungen wie jetzt in Lützerath“, beklagte Höferlin. Der Grundkonsens der Gesellschaft zur friedlichen Konfliktlösung dürfe nicht überschritten werden. *hle*

»Fels der Aufklärung«

STEUERN Bekenntnis zu den Öffentlich-Rechtlichen

An der steuerlichen Behandlung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird sich nichts ändern. Der Bundestag wies am Donnerstag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen einen Antrag der AfD-Fraktion (20/4667, 20/4993) zurück, die bei nicht-hoheitlichen Tätigkeiten der Sender eine steuerliche Bevorzugung gegenüber privaten Sendern erkannt haben wollte. Daher sollte die Besteuerung der Gewinne öffentlich-rechtlicher Sender geändert und unter anderem die Pauschale von 16 Prozent der Werbeeinnahmen bei der Körperschaftsteuer um mindestens 2,5 Prozentpunkte angehoben werden.

Von Rednern aller anderen Fraktionen wurde kritisiert, dass die AfD in Wirklichkeit andere Motive als die Herstellung von Steuergerechtigkeit habe. Was hier als Neujustierung zum Wohle des Medienstandorts daherkomme, sei ein weiterer Versuch zur Diskreditierung der Öffentlich-Rechtlichen, kritisierte Thomas Hacker (FDP). Es gehe der AfD darum, über das Vehikel des Steuerrechts ihre Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen loszuwerden, erklärte Fritz Güntzler (CDU) zu dem Antrag. Güntzler

bezeichnete den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als wichtige Säule der Meinungsbildung und der Demokratie. Die AfD wolle den öffentlich-rechtlichen Rundfunk marginalisieren, in die Ecke drängen und seiner Finanzierungsgrundlagen berauben, erklärte Parsa Marvi (SPD). Für die AfD sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk der „absolute Lieblingsfeind“, so Petra Sitta (Linke). Für den Antrag habe die AfD tief in die Mottenkiste gegriffen und einen sieben Jahre alten Bundesrechnungshofbericht hervorgeholt.

Für Sandra Detzer (Grüne) steht fest, dass die AfD nur Wind machen wolle gegen die öffentlich-rechtlichen Sender, die sich gerade in Zeiten von Pandemie und Krieg in Europa als „Fels demokratischer Aufklärung in einer Brandung populistischer Propaganda“ erwiesen hätten.

Dagegen kritisierte Jörn König (AfD) „Prunk und Luxus“ bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Offenbar reiche das Gebührenaufkommen von 8,4 Milliarden Euro nicht aus. Zudem bekämen die Sender noch Wettbewerbsvorteile durch unzulässige Steuervorteile. *hle*

Weniger Schulden

ETAT Bund benötigte 2022 weniger Kredite als geplant

Die Neuverschuldung des Bundes ist im vergangenen Jahr deutlich geringer ausgefallen als geplant. Laut vorläufigem Haushaltsabschluss 2022 lag die Nettokreditaufnahme mit 115,4 Milliarden Euro um 23,5 Milliarden Euro oder rund 17 Prozent unter dem Soll für das Jahr. 2021 hatte die Neuverschuldung noch bei 215,4 Milliarden Euro gelegen. Für dieses Jahr wird mit 45,6 Milliarden Euro gerechnet. Die Steuereinnahmen fielen höher als erwartet aus. Die verbuchten 337,2 Milliarden Euro liegen 8,7 Milliarden Euro über dem Soll. 2021 hatte der Bund Steuereinnahmen in Höhe von 313,5 Milliarden Euro erzielt. Für 2023 rechnet das Bundesfinanzministerium mit 358,1 Milliarden Euro. Bei den Verwaltungs- und Münzeinnahmen beträgt die Differenz zwischen Ist (28,7 Milliarden Euro) und Soll (28,4 Milliarden Euro) rund 300 Millionen Euro. 2021 waren es 28,2 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben betragen nach vorläufigem Haushaltsabschluss 2022 481,3 Milliarden Euro und liegen damit 14,5 Milliarden Euro unter dem Soll für das ver-

gangene Jahr. 2021 hatte der Bund noch 557,1 Milliarden Euro verausgabt. 2023 sollen es 476,29 Milliarden Euro sein. Geringer als geplant fielen die Ausgaben für Investitionen aus. Sie betragen nach Angaben des Finanzministeriums 46,2 Milliarden Euro und lagen damit 5,3 Milliarden Euro unter dem Soll. 2022 wurden Ausgaben in Höhe von 45,8 Milliarden Euro als Investitionen verbucht. 2023 sind - auch aufgrund von Sondereffekten - 71,5 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Mit Blick auf den Abfluss der Investitionsmittel sprach sich Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) für eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aus: „Jedenfalls mangelt es nicht an Kapital im Haushalt für die Zukunftsgestaltung, sondern aufgrund bürokratischer Bremsen an Tempo“, sagte Lindner (siehe auch Seite 6). Grundsätzlich zeige der Haushaltsabschluss, „dass wir nicht auf Biegen und Brechen alle rechtlichen Möglichkeiten der Kreditaufnahme ausschöpfen, sondern nur soweit wie nötig“, so der Bundesfinanzminister. *scr*

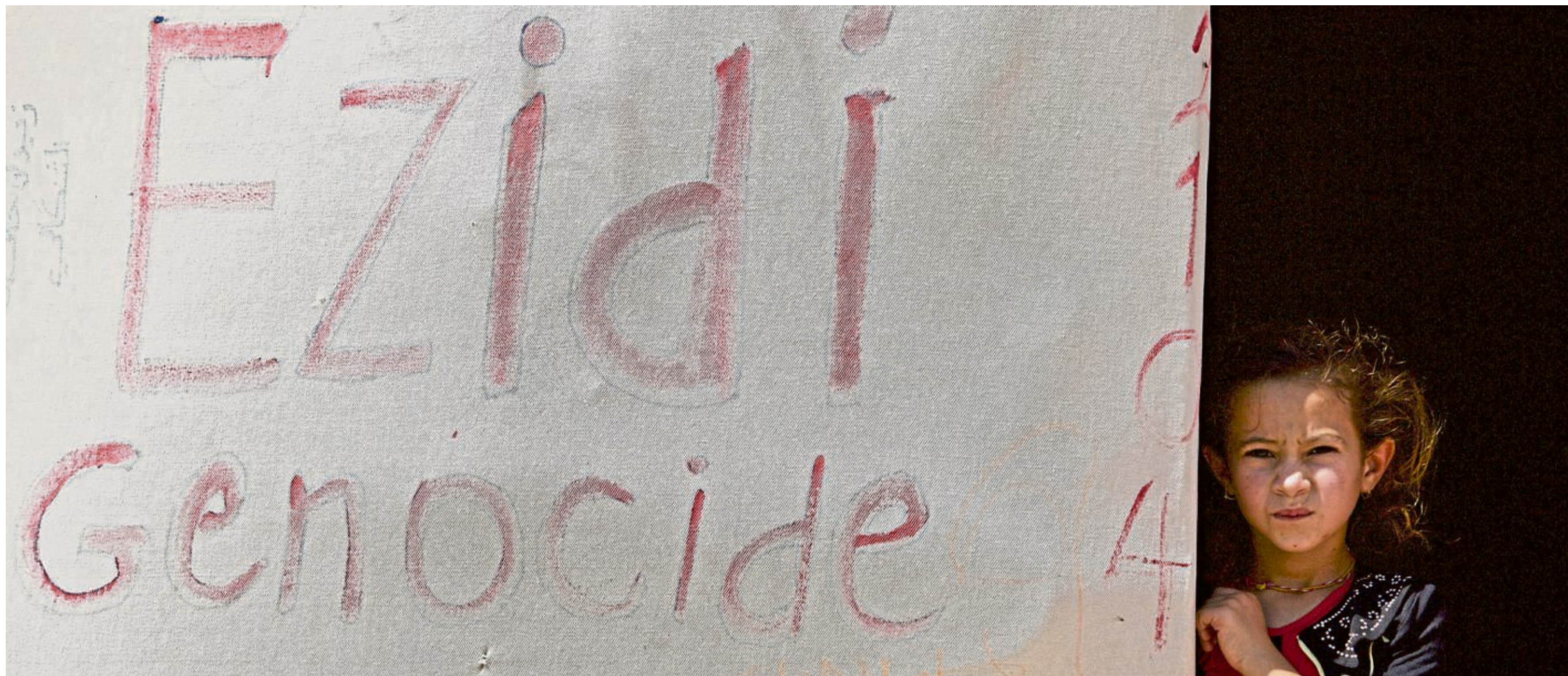
KURZ NOTIERT

Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie

Im zweiten Anlauf hat der Bundestag am vergangenen Freitag einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Umwandlungsrichtlinie beschlossen. Mit der Richtlinie werden gesellschaftsrechtliche Aspekte grenzüberschreitender Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen geregelt. Die Vorlage war im Dezember an den Rechtsausschuss zurücküberwiesen worden, da der Bundesrat einer Fristverkürzung nicht zugestimmt hatte. Der nun beschlossene Entwurf in der Ausschussfassung (20/3822) sieht entsprechend angepasste Regelungen zum Inkrafttreten vor. Hinzu kommen diverse sachfremde Gesetzesänderungen, unter anderem im Handelsgesetzbuch sowie dem Versicherungsvertragsgesetz. Eine im Dezember noch vorgesehene Änderung im Lobbyregistergesetz, die die Anwendung einer Offenlegungsregel verschoben hätte, wurde wieder gestrichen. *scr*

Antrag zur Unterstützung der Schausteller abgelehnt

Der Bundestag hat am späten Donnerstagabend den Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Neustart für Schaustellergewerbe, Marktauklaufe und Zirkusse in Deutschland“ (20/4885) mehrheitlich abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, dafür die Unions- und die AfD-Fraktion, die Linke enthielt sich. *emu*



Dem IS entkommen, aber die Heimat verloren: ein jesidisches Mädchen, aufgenommen in einem Flüchtlingslager nahe der irakischen Stadt Dohuk im Juli 2016.

© picture-alliance/NurPhoto/Noe Falk Nielsen

Warten auf den Neuanfang

IRAK Nach der Vertreibung durch den IS hoffen viele Jesiden auf Rückkehr in ihre Heimat, doch die ist unsicher

Baugerüste stehen überall, an jeder Ecke wird gehämmert, geputzt und verschönert: Lalisch, das Heiligtum der Jesiden mit seinen kegelförmigen Türmen, wird gerade von Grund auf renoviert, auch neue Unterkünfte für Pilger entstehen hier, gut 60 Kilometer entfernt von Mossul im Nordosten des Iraks. Für die Jesiden, eine ethnisch-religiöse Gruppe mit weltweit gut einer Million Mitgliedern, ist Lalisch der heiligste Ort und Zentrum der Schöpfung. Während der schlimmsten Zeit ihrer jüngeren Geschichte, der Verfolgung durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS), suchten hier Tausende Zuflucht und Trost.

Systematische Verfolgung Seit Jahrhunderten sind Jesiden immer wieder Verfolgungen ausgesetzt, doch der IS-Terror übertraf fast alles: 2014 hatte die Miliz das Hauptsiedlungsgebiet der Jesiden in Sinjar überfallen und systematisch entvölkert. Das Gebiet liegt in der Provinz Ninewa, gut 200 Kilometer westlich der Kurdenmetropole Erbil, nahe der Grenze zu Syrien. Von dort kamen die Dschihadisten im Morgengrauen des 3. August und überfielen die Stadt Sinjar und umliegende Dörfer. Laut den Vereinten Nationen (VN) wurden in den Jahren des IS-Kalifats von

2014 bis 2017 bis zu 5.000 Menschen ermordet, 7.000 verschleppt und verklavt. Hunderttausende wurden aus der Heimat vertrieben. Verbrechen, die der Bundestag nun als Völkermord anerkannt hat (siehe auch Text unten).

Zehntausenden aus dem Distrikt Sinjar gelang damals zwar die Flucht ins Gebirge, dort wurden sie jedoch von IS-Kämpfern eingekesselt. Tagelang harrten die Menschen dort aus, ohne Wasser und Nahrung. Einige, vor allem ältere, starben. Am 8. August griffen die USA in das Geschehen ein, bombardierten Stellungen der Dschihadisten und schickten über eine Luftbrücke Wasser und Nahrung. Der kurdischen Miliz YPG, eine Schwesterorganisation der PKK, gelang es schließlich, die Eingeschlossenen zu befreien. Die Kämpfer bahnten einen Weg über die Berge nach Syrien und in die kurdischen Autonomiegebiete nahe der Stadt Dohuk. Lager wurden errichtet, um die völlig ausgezehnten Menschen aufzunehmen. Doch nach der Rückeroberung Sinjars im November 2015 bot sich ein Bild des Schreckens: Ein Massengrab mit

den Leichen von 78 jesidischen Frauen wurde gefunden. Medien berichteten Wochen später von mindestens neun Massengräbern mit jesidischen Opfern in der Region. Der Bürgermeister Sinjars sprach von 10.000 Menschen, von denen jede Spur fehle. Bis heute gelten noch mehr als 3.000 Jesiden als vermisst.

Tausende Jesidinnen und Jesiden wurden vom IS ermordet, verschleppt und verklavt.

Lalisch, etwa 180 Kilometer nordöstlich von Sinjar, blieb unversehrt. Doch die Zerstörung ihres Heiligtums von Anfang an das Ziel der Dschihadisten war, darin sind sich die Jesiden einig. Dass Lalisch bald schon wieder in neuen Glanz erstrahlen soll, macht vielen von ihnen Hoffnung – so wie einer Familie, die heute in Deutschland wohnt, aber zurückgekommen ist, um den Tempel zu besuchen: „Wir brauchen jetzt einen Neuanfang, nach all dem, was geschehen ist“, sagt der Vater.

Leben in Camps Auf einen Neuanfang warten viele Jesiden im Irak. Der IS gilt zwar als militärisch besiegt. Aber noch immer, mehr als acht Jahre nach der Invasion der Terrormiliz, leben rund 300.000 Jesi-

den als Binnenflüchtlinge in Camps in der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Iraks. In ihre Heimat Sinjar können sie bis heute nicht einfach zurück, ganze Dörfer sind zerstört, die Situation ist weiterhin unsicher.

„Die Lage in Sinjar ist unendlich kompliziert“, sagt Dawood Shamoo. Er ist Jeside und stammt ursprünglich aus Dohuk. Heute arbeitet er in Bagdad, doch hat er noch immer gute Kontakte nach Sinjar, wo auch viele seiner Familienmitglieder leben, bis der IS sie bedrohte und umbrachte. Manche Familien, berichtet Shamoo, seien aus den Flüchtlingslagern in die Heimat zurückgekommen. „Doch viele haben immer noch Angst“. Der Grund: Es gäbe zu viele Machtspiele um die Kontrolle der einstigen Jesidenstadt. Die irakischen Sicherheitskräfte kämpften gegen die kurdische Autonomieregierung in Erbil – und die Volksbefreiungskräfte, zu denen auch jesidische Milizionäre gehörten, arbeiteten zusammen mit der kurdischen YPG, die wiederum der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bekämpft. „In diesem Chaos woll-

Acht Jahre nach dem Überfall leben noch rund 300.000 Geflüchtete in Camps.

te sich die irakische Armee positionieren und Stärke zeigen.“

Anfang Juni 2022 startete sie eine Militäroperation. Die Folge allerdings: Viele der zurückgekehrten Jesiden seien erneut geflüchtet, „weil sie fürchteten, zwischen die Mühlen der unterschiedlichen Kräfte zu geraten“, sagt Shamoo. Nicht zu Unrecht: Im November bombardierte die türkische Armee mehrere Ziele im Irak, darunter auch Sinjar, wo sie die YPG vermutete. Ankara sieht die YPG als Terrororganisation an und macht sie für den jüngsten Anschlag Anfang November in Istanbul verantwortlich. Unter diesen Umständen sei es schwierig, Fuß zu fassen und sich eine neue Existenz aufzubauen, sagt auch Ali Simoqy, der selbst aus Sinjar stammt und dort lange für die Vereinten Nationen gearbeitet hat. Anfang 2021 habe das irakische Parlament in Bagdad ein Gesetz verabschiedet, das die Gräueltaten des IS an den Jesiden als Völkermord anerkennt und ihnen – sowie auch anderen Minderheiten wie den ebenso verfolgten Christen – Schutz und Unterstützung zusagt, erzählt er. Aber die Umsetzung stehe

noch ganz am Anfang. Ein erstes Büro, eine Anlaufstelle für Opfer, sei in Mossul eröffnet worden. Über ein Online-Portal könnten Überlebende Schadensersatz beantragen, weiß Simoqy. Von gezahlten Zuwendungen habe er allerdings noch nicht gehört.

Erlaubnis zum Landbesitz Neue Hoffnung bringt ein Ende Dezember verabschiedetes Gesetz der irakischen Regierung über den Besitz von Immobilien in Sinjar. Tausende Jesiden bekommen damit das Recht, Land zu besitzen, was ihnen seit 1975 verwehrt war. Auch unter dem Regime von Saddam Hussein wurden sie diskriminiert und ihrer Rechte beraubt. Das neue Gesetz sei ein klares Zeichen der irakischen Regierung zum Schutz „unserer geschätzten jesidischen Gemeinschaft in Sinjar und der Provinz Ninewa“, erklärte Premierminister Mohammed Shia al-Sudani zur Entscheidung des Parlaments. Die Umsetzung soll zusammen mit Habitat, dem Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen, erfolgen. Doch ob sie gelingt, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob die Machtkämpfe in der Region befriedet werden können. *Birgit Svensson*

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus dem Irak.

FÜNF FRAGEN ZUR: AUFARBEITUNG DES GENOZIDS



Frau Dlovani, der Bundestag hat die Verbrechen des IS an den Jesiden als Völkermord eingestuft. Was bedeutet diese Anerkennung?
Sie ist ein enorm starkes, wichtiges Zeichen für die Jesiden in Deutschland. Dass das Parlament den Genozid anerkennt, gibt den Opfern Genugtuung und hilft ihnen, das Erlebte psychisch zu verarbeiten. Aber es spielt auch für die Strafverfolgung eine Rolle.

In Deutschland gab es seit 2021 noch zwei weitere Urteile. In Koblenz hat gerade ein Prozess gegen eine mutmaßliche IS-Anhängerin begonnen. Gibt es solche Fälle auch in anderen Ländern? Die Möglichkeit der Verhandlung vor dem Internationalen Strafgerichtshof existiert nicht, weil der Irak dessen Gründungsstatut nicht ratifiziert hat.
Ja, leider. Politisch haben einige Staaten den Völkermord inzwischen anerkannt, in Europa etwa Großbritannien, die Niederlande oder Belgien. Auch die USA, Kanada und Australien sind diesen Schritt gegangen. Rechtlich sieht die Lage anders aus: Abgesehen von den Prozessen in Deutschland sind mir keine weiteren bekannt. Die Anwendung des Weltrechtsprinzips durch das Frankfurter Gericht in einem solchen Fall war ein echtes Novum.

Rund 300.000 geflüchtete Jesiden leben noch immer in Camps. Was braucht es für die Rückkehr in die Heimat?
Die Bedingungen, unter denen die Menschen dort seit über acht Jahren leben, sind nicht hinnehmbar. Die meisten wollen zurück, können aber nicht, weil die Situation zu unsicher ist. Es braucht mehr Hilfe und internationalen Druck auf den Irak, den Wiederaufbau zu unterstützen. Ohne diesen ist Aufarbeitung nicht möglich.

Das Gespräch führte Sandra Schmid.

Zemfira Dlovani ist Anwältin und Vorsitzende des Zentralrates der Jesiden in Deutschland.

„Es braucht mehr internationalen Druck auf den Irak.“

Inwiefern? 2021 hat das Oberlandesgericht Frankfurt doch bereits als erstes Gericht weltweit einen IS-Anhänger wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.
Richtig. Damit wurden die juristischen Voraussetzungen anerkannt und der Völkermord rechtlich bestätigt. Die politische Anerkennung könnte aber dazu beitragen, die hohen Hürden für eine Anklageerhebung zu senken. Gerichten könnte dann schon der Nachweis einer IS-Mitgliedschaft reichen, um eine Klage zuzulassen.

Wie kommt die Aufarbeitung im Irak voran?
Nur sehr schleppend. Zwar helfen einzelne NGO mit speziellen Programmen und seit 2021

»Verbrechen waren ein Völkermord«

JESIDEN Bundestag verabschiedet Resolution, Baerbock: Gerechtigkeit schaffen

Der Bundestag hat die Verbrechen des IS an den Jesiden als Völkermord anerkannt. Das Parlament stimmte vergangenen Donnerstag für einen gemeinsamen Antrag (20/5228) von Ampel und Union, die gefordert hatten, die 2014 von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf irakischem Territorium begangenen Gewalttaten gemäß der Kriterien der Vereinten Nationen als Genozid einzustufen. Tausende Angehörige der ethnisch-religiösen Minderheit waren damals durch den IS verschleppt, verklavt und ermordet worden. Der Parlamentsbeschluss stehe stellvertretend für das ganze Land, betonte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Deutschland erkenne den Völkermord an den Jesiden an. Im Bemühen, Gerechtigkeit zu schaffen, werde man nicht nachlassen, versprach Baerbock.

Breite Unterstützung In der Debatte hatten Redner wie Peter Heide (FDP) und Max Lucks (Grüne) zuvor auch Versäumnisse eingeräumt: Deutschland sei dem eigenen Anspruch, aufgrund der NS-Vergangenheit eine Vorreiterrolle bei der Aufarbeitung von Menschheitsverbrechen zu übernehmen, lange nicht gerecht geworden, so Heide. Mit der Resolution breche das Parlament nun „das Schweigen“. Auch Lucks sah die deutsche Politik durch frühere Untätigkeit in der Schuld der Jesiden. Die Anerkennung des Völkermordes sei daher mehr

als ein „Akt für die Geschichtsbücher“. Er sei ein „Akt des Handelns“, unterstrich der Abgeordnete. Deutschland nehme sich dem Schutz des jesidischen Lebens an. Die Befriedung der Sinjar-Region werde „Priorität deutscher Irak-Politik“. Heide forderte zudem, die strafrechtliche Aufarbeitung im Irak durch Hilfe beim Aufbau entsprechender Strukturen zu unterstützen. Der Bundestag verurteile nicht nur das „barbarische Wüten“ des IS, er gehe zudem die Verpflichtung ein, den Opfern des Ge-

> STICHWORT

- Jesiden**
- > Bevölkerung** Weltweit gibt es etwa eine Million Jesiden. Ihre Hauptsiedlungsgebiete liegen im Nordirak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei.
- > Glaube** Das Jesidentum ist eine monotheistische Religion, deren Wurzeln bis 2.000 Jahre v. Chr. zurückreichen. Jeside wird man nur durch Geburt. Beide Eltern müssen jesischer Herkunft sein.
- > Sprache** Die meisten Jesiden sehen sich ethnisch als Kurden und sprechen auch das Kurdische „Kurmanci“.

nozids „auf Dauer“ zur Seite zu stehen, erklärte Michael Brand (CDU). Deutschland mit der weltweit größten jesidischen Diaspora komme eine besondere Bedeutung zu. Die Unterstützung für die Jesiden und den Wiederaufbau ihrer Dörfer und Städte müsse verstärkt werden, so Brand. Die rund 300.000 geflüchteten Jesiden, die acht Jahre nach ihrer Vertreibung noch immer in Camps lebten, bräuchten eine Rückkehrperspektive. Man werde helfen, das „kollektive Trauma zu verarbeiten, versprach auch Derya Türk-Nachbaur (SPD). Vollständige Gerechtigkeit lasse sich wohl nie schaffen, aber mit der Anerkennung könne Deutschland den Opfern „Würde, Identität und Sicherheit“ zurückgeben.

Widerspruch Trotz Zustimmung zum Antrag – Kritik kam von AfD und Linken: Den „schönen Worten“ müssten „konkrete Taten“ folgen, forderte Martin Sichert (AfD). Täter gelte es konsequent zu verfolgen, hier hätten alle Bundesregierungen bislang versagt. Hinweise auf Kriegsverbrechen unter „Asylbewerbern“ seien sogar ignoriert worden, so sein Vorwurf. Sevim Dagdelen (Linke) hielt den Antragstellern vor, die Mitverantwortung Deutschlands für das Erstarken des IS zu verschweigen und die Angriffe des Nato-Partners Türkei auf die einstigen Befreier der Jesiden, die kurdische YPG-Miliz, in der Sinjar-Region mit keiner Silbe zu erwähnen. **sas**

Nur acht, mit der Schreibmaschine eher luftig beschriebene Seiten umfasst das Dokument. Getippt auf französischem Vertragpapier entstand es in einem zum Sekretariat umfunktionierten Badezimmer des schicken Pariser Hotels „Bristol“, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Amtssitz des französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Erst kurz zuvor hatten der General und Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) sich entschlossen, die Ergebnisse ihrer Verhandlungen über die künftigen deutsch-französischen Beziehungen in einem rechtlich stärker bindenden Staatsvertrag festzuschreiben. Das führte am Morgen des 22. Januar 1963 unter anderem dazu, dass ein junges Mitglied der deutschen Delegation ziemlich ratlos durch die noble Rue du Faubourg Saint-Honoré lief, um eine dem Protokoll einigermaßen entsprechende Mappe für das für die Bundesrepublik Deutschland bestimmte Vertragsexemplar zu finden. Der Mitarbeiter fand schließlich eine hellblaue Ledermappe, und nachdem in Paris eiligst auch noch Siegelstempel angefertigt worden waren, unterschrieben Adenauer und de Gaulle den Vertrag schließlich zusammen mit einer Gemeinsamen Erklärung am selben Tag im Salon Murat des Elysée-Palastes.

Neue Ära Der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, kurz Elysée-Vertrag (siehe Stichwort), markierte 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Ära in der Aussöhnung beider Staaten. Er verpflichtete beide zu Freundschaft und enger Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen. In der Bundestagsdebatte zum 60. Jubiläum des Vertrages würdigten vergangenen Donnerstag alle Fraktionen die große Bedeutung des Dokuments. Von einer „politischen Revolution“ sprach Armin Laschet (CDU), Andrej Hunko (Die Linke) nannte den Vertrag eine „historische Errungenschaft, ein wunderbares Ereignis und vielleicht auch ein Stück weit ein Vorbild für andere Regionen in der Welt“. Viele Abgeordnete verbanden diese Anerkennung aber auch mit der Mahnung, das deutsch-französische Verhältnis weiter gut zu pflegen und trotz zahlreicher Differenzen zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Gerade jetzt sei mit Blick auf den Krieg in der Ukraine und die Klimakrise eine enge Abstimmung zwischen beiden Ländern „bitternötig“, betonte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Die Grünen-Abgeordnete Chantal Kopf verwies darauf, dass die europäische Integration immer dann vorangeschritten sei, „wenn Deutschland und Frankreich sich trotz unterschiedlicher Perspektiven einig wurden“. Sie verband dies mit einem Appell an die eigene Regierung, mehr Initiative zu zeigen. Frankreichs Präsident Macron, so Kopf, habe zahlreiche europäische Debatten und Projekte angestoßen, etwa für eine gemeinsame industriepolitische Strategie. „Man muss das nicht alles richtig finden, aber es ist eine große Aufgabe, all diese Themen gemeinsam zu diskutieren, eigene Vorschläge einzubringen und dann gesamt-europäische Lösungen zu finden.“ Noch deutlicher wurden Andrej Hunko und Armin Laschet: Sie warfen der Bundesregierung vor, den wichtigsten Partner in jüngster Zeit zu oft vor den Kopf zu stoßen. Weder die 200 Milliarden Euro schweren Energiehilfen noch die Bestellung von US-amerikanischen F35-Kampfflugzeugen oder seine China-Reise habe der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit Macron abgestimmt. Das im Vertrag vereinbarte gemeinsame Handeln „fehlt mir in den letzten Jahren“, kritisierte Laschet. Die Deutsch-Französin Sandra Weeser (FDP)

Große Aufgaben

ELYSÉE-VERTRAG Zum 60. Jahrestag des Freundschaftsvertrages hoffen viele Abgeordnete auf neue Impulse und mehr Gemeinsamkeiten im deutsch-französischen Verhältnis



Bundeskanzler Konrad Adenauer (li.) und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 bei der Vertragsunterschrift im Elysée-Palast. © picture-alliance/akg-images

mahte ebenfalls: Wenn Deutschland ein verlässlicher Partner für die EU-Nachbarn sein wolle, müsse es „dringend unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern, offen für pragmatische Lösungen sein, zum Beispiel Atomkraftwerke weiterlaufen lassen, und Schiefergas weiter fördern.“ Weeser legte damit in den Finger in einige der tiefsten Wunden im deutsch-französischen Verhältnis. **Bekannt Konflikte** Während die Ministerpräsidentin des Saarlands, Anke Relinger (SPD), sich dagegen wandte, das Verhältnis „schlechtzureden“, nannte es ihr Parteikollege Nils Schmid „normal“, dass Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich heute offener zutage träten. So ließen sich „seit Jahrzehnten bestehende Unterschiede in Fragen der Energiepolitik“ in der aktuellen Situation nicht mehr beiseiteschieben. Auch der im Januar 2019 zwischen Macron und der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geschlossene neue Freundschaftsvertrag („Aachener Vertrag“) mit sei-

nen konkreten Projekten – unter anderem die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfflugzeugs – führe dazu, dass Interessenkonflikte sichtbar würden. In substantiellen Fragen habe es aber große Fortschritte gegeben. So seien beide Staaten jetzt dafür, „dass die EU große Projekte anschiebt, wie die Batterieherstellung und die Unterstützung der künstlichen Intelligenz“. Für die AfD geht die Aachener Vereinbarung zu weit. Der Vertrag von 1963 sei eine „großartige Leistung der Brüderlichkeit“ gewesen, ein Dokument mit „wenig Text und viel Esprit“, betonte Norbert Kleinwächter. Demgegenüber manifestiere der Vertrag von Aachen genau das, wovor der frühere französische Außenminister und Wegbereiter des Elysée-Vertrages, Robert Schuman, gewarnt habe: einen „Superstaat EU“ und die Bevormundung von Bürgern und anderen Staaten. In der Pariser Sorbonne-Universität haben die Spitzen beider Staaten gestern den 60. Jahrestag des Elysée-Vertrages mit einem großen Festakt gefeiert. *Johanna Metz* ■

> STICHWORT
Deutsch-Französische Verträge
> Elysée-Vertrag Geschlossen am 22. Januar 1963 verpflichteten sich beide Regierungen darin zu regelmäßigen Zusammenkünften und enger Abstimmung in der Außen und Verteidigungspolitik. Der Sprachunterricht soll gefördert, Hochschultitel und -prüfungen sollen gleichwertig anerkannt werden.
> Aachener Vertrag Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben darin am 22. Januar 2019 vereinbart, gemeinsam Antworten auf Herausforderungen in Politik, Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft und Technologie zu finden. Damit verbunden sind 15 prioritäre Vorhaben, unter anderem auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Kooperation bei den Vereinten Nationen.

Mord und Erpressung

AFGHANISTAN Untersuchungsausschuss befragt Ortskräfte

Er habe ihre Erpressungsversuche und Drohungen nie ernstgenommen. Bis es todesernst wurde. Der 47-jährige ehemalige Mitarbeiter der deutschen Entwicklungsagentur Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) schildert den Mitgliedern des 1. Untersuchungsausschusses Afghanistan mit erstaunlich fester Stimme, wie er in Kabul auf offener Straße niedergeschossen wurde. Am 2. September 2021, zwei Wochen nach dem Einmarsch der Taliban in die afghanische Hauptstadt, habe ihm ein Auto Weg versperrt. „Erst dachte ich, sie wollten mit mir reden, aber die Männer haben sofort das Feuer eröffnet“, berichtet der Zeuge. Die Angreifer hätten ihn für tot gehalten und auf der Straße liegen lassen. Weil die von Passanten zur Hilfe gerufenen Rettungswagen sich geweigert hätten, auszuruken, sei er schließlich von Familienangehörigen zum Krankenhaus gefahren worden.

»Mein Bankkonto wurde eingefroren, weil ich für die GIZ gearbeitet habe.«

Mitarbeiter der GIZ (47) aus Kabul

Bankkonto eingefroren Der Zeuge ist sich sicher, dass die Angreifer Taliban waren. „Denn kurz darauf wurden meine Wohnung und mein Büro durchsucht und mein Bankkonto eingefroren, mit der Begründung, dass ich für die GIZ gearbeitet habe“, berichtete die ehemalige Ortskraft in der 20. Sitzung des Ausschusses am Donnerstag vergangener Woche. Er habe jahrelang für deutsche und andere internationale Organisationen Studien erstellt oder Umfragen durchgeführt. Des-

halb hätten die Taliban immer wieder telefonisch versucht, von ihm Geld zu erpressen. Er habe sich jedoch nicht vorstellen können, dass sie versuchen würden, ihn umzubringen. Schon in der ersten Woche nach Kabuls Fall habe er, mit Unterstützung seiner Bekannten aus Deutschland, mehrmals versucht, sich nach Deutschland abzusetzen. Diese Versuche seien gescheitert, weil der Flughafen Kabul unsicher gewesen sei. Auch habe die GIZ nicht auf seine Kontaktversuche reagiert. Schließlich seien es ihm bekannte deutschen Hochschuldozenten und Journalisten gewesen, die ihm und seiner Familie die Flucht über den Landweg organisiert hätten. Die Geschichte der nächsten Zeugin, einer ehemaligen Mitarbeiterin des Goethe-Instituts, hört sich im Vergleich dazu wie ein „Best-Practice“-Fall an. Sie habe sich umgehend zum Flughafen Kabul begeben, berichtet die Zeugin vor dem Ausschuss. Ihre guten Deutschkenntnisse und das US-Visum in ihrem Pass hätten ihr geholfen, durch die Kontrollen zu kommen. Sie sei zunächst nach Taschkent und später nach Frankfurt geflogen worden. Aber das Goethe-Institut habe ohnehin sehr gut gearbeitet und alle ihre Kolleginnen und Kollegen zügig aus dem Land geholt. Im letzten, nicht-öffentlichen Teil der Sitzung vernahm der Ausschuss einen BND-Mitarbeiter, der vor Ort für Informationsbeschaffung zuständig gewesen war. *Cem Sey* ■

Soziale Netze

ENTWICKLUNG Ministerin will Absicherung erhöhen

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) will die Länder des globalen Südens dabei unterstützen, soziale Sicherungssysteme aufzubauen und menschenwürdige Arbeit zu fördern. Gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und der Weltbank solle die Zahl der Menschen, die sozial abgesichert sind, bis 2025 um eine Milliarde erhöht werden, sagte die Ministerin vergangene Woche in der Regierungsbefragung im Bundestag sowie im Entwicklungsausschuss. Menschliche Sicherheit weltweit zu stärken, formulierte Schulze als Ziel ihrer Entwicklungspolitik. Die Gesellschaften würden weniger anfällig für Schocks, die Ausbreitung globaler Krisen könne dadurch abgemildert werden. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung habe keinen Zugang zu sozialer Sicherung, vier Milliarden Menschen müssten die Folgen von Naturkatastrophen, Arbeitsunfällen oder Krankheiten allein schultern.

»Mehr als die Hälfte der Menschheit hat keinen Zugang zu sozialer Sicherung.«

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD)

Male Ernährungssicherung. Geplant seien Länderdialoge, um zu einer nachhaltigen Transformation der Ernährungssysteme zu kommen. Mit Blick auf die schlimmste Dürre seit Jahren am Horn von Afrika betonte die Ministerin, dass die von Hunger und Mangelernährung bedrohten Länder weniger abhängig von einem Lebensmittellieferanten werden müssten. Statt Weizen, Reis, Mais und Kartoffeln zu importieren, sollten klimaanpassungsfähige lokale Produkte wie Maniok, Gerste oder Hirse zur Resilienz beitragen. Die ökologische Landwirtschaft vor Ort müsse gestärkt werden, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Zudem müssten aus Sicht der Ministerin Frauen und Mädchen gezielt gefördert werden. Als Trägerinnen des Know-hows bräuchten sie die Landwirtschaft voran, hin zu eigener Lebensmittelproduktion. Frauen müssten daher auch in den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle spielen. Schulze kündigte an, dazu im März eine Strategie vorzulegen. Den Wiederaufbau der Ukraine bezeichnete sie als „Mammutaufgabe über viele Jahre“. Geplant sei, in diesem Jahr eine Plattform für die Vernetzung und Koordinierung aller Ukraine-Helfer, auch der nicht-staatlichen, einzurichten. *Volker Müller* ■

Härte gegen die Revolutionswächter

IRAN Union kritisiert »sanktionspolitisches Minimum« der Bundesregierung

Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung zu einer entschlosseneren Sanktionierung des Regimes im Iran auf. „Es muss Ziel europäischer Politik sein, dem iranischen Regime die Unterdrückung des eigenen Volkes so weit wie möglich zu erschweren“, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (20/5214), über den der Bundestag vergangene Donnerstag erstmals beraten hat. Davon sei die EU in der Sanktionspolitik immer noch weit entfernt. „Statt öffentlicher Empörung auf Twitter muss die Bundesregierung endlich eine entschlossene Vorreiterrolle innerhalb der EU einnehmen“, heißt es im Antrag, mit dem die Union insbesondere die sogenannten Iranischen Revolutionsgarden in den Sanktions-Fokus genommen sehen will. Norbert Röttgen (CDU) warf der Bundesregierung „Halbherzigkeit“ und „rhetorische Bekundungen“ vor, sie ringe sich im Auftreten gegenüber dem iranischen Regime nur zu einem „sanktionspolitischen Minimum“ und zu Prüfaufträgen durch. Noch immer seien die islamischen Revolutionsgarden – „Rückgrat der Macht und der Ausbeutung, der Korruption und der Wirtschaft“ im Iran – nicht auf die EU-Terrorliste gesetzt worden, bemängelte Röttgen. „Ist das Verständnis feministischer Außenpolitik, sich wegzuducken und nicht klar zu sein?“

Derya Türk-Nachbaur (SPD) hielt ihrem Vorredner entgegen, dass die Proteste im Iran nicht „Testfall einer feministischen Außenpolitik“ seien, „dort geht es um konkrete Menschenleben, die das Regime knallhart auslöscht“. Der Union warf sie doppeltes Spiel vor: „Wenn die Menschen, die Sie doch so sehr unterstützen wollen, vor dem Terrorregime nach Deutschland flüchten, wollen Sie sie vielleicht dann plötzlich gar nicht mehr so doll schützen.“ Jürgen Trittin (Grüne) verwies auf das nunmehr vierte Sanktionspaket, das auf Drängen von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) verhängt werde, die „offensichtlich doch ein bisschen mehr tut, als nur zu prüfen“. Er verwies auf die hohen Hürden, die es für eine Listung der Revolutionsgarden gebe, darunter Einstimmigkeit in der EU. Es nütze überhaupt nichts, „sich hier als Feminist zu kostümieren, um mit großer Geste durch offene Türen zu rennen“. Eugen Schmidt (AfD) wandte sich gegen eine „selbstgefällige Politik“, die auf den Regierungswechsel im Iran abziele. „Erinnern Sie sich an den sogenannten Arabischen Frühling! Libyen, Ägypten, Syrien und viele weitere Länder werden durch westliche Interventionspolitik ins Chaos gestürzt.“ Nötig sei das Gespräch – sowohl mit der iranischen Führung als auch mit der Opposition.

Janine Wissler (Die Linke) hob hervor, dass viele Abgeordnete Patenschaften für Inhaftierte übernommen hätten: „Um Öffentlichkeit herzustellen, um den Druck zu erhöhen, um Solidarität zu zeigen.“ Abschiebungen in den Iran seien zwar ausgesetzt worden, aber es gebe keinen Abschiebestopp. „Deswegen leben viele Iranerinnen und Iraner ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland in permanenter Angst.“ Ulrich Lechte (FDP) sprach von einem „symbolischen Wert“ einer Listung der Revolutionsgarden. Diese „unterhalten als Organisation unter diesem Namen ja keine Girokonten bei der Kreissparkasse Osnabrück oder bei der Volksbank Bergstraße, die wir einfrieren könnten. Wenn überhaupt, dann haben Einzelpersonen Vermögenswerte in der EU, die wir mit Sanktionen einfrieren können, genau das machen wir ja bereits.“ **Forderung aus Straßburg** Zu mehr Sanktionen gegen den Iran hatte vergangene Woche auch das Europäische Parlament aufgerufen, darunter gegen Präsident Ebrahim Raisi und Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei. Die Revolutionsgarden sollten samt ihrer Hilfstruppen vom Rat und den Mitgliedsstaaten auf die EU-Terrorliste gesetzt werden, forderte die Abgeordneten in Straßburg. *Ahe* ■

Heftige Vorwürfe in Richtung SPD

MENSCHENRECHTE CDU-Politiker Brand bezeichnet Kanzler Scholz als »Putin-Versteher«

Aus Sicht von Michael Brand (CDU) sind der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mütze-nich sowie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) „Putin-Versteher“. Sie machten sich mitschuldig, „nicht nur am Tod und der Zerstörung der Ukraine“ sondern auch an der Deportation hunderttausender ukrainischer Kinder und Mütter, sagte Brand während der Debatte zum 15. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik (20/4865) in der vergangenen Woche. Kinder und Mütter würden „in einem staatlich geplanten und industriellen Maßstab nach Russland deportiert, damit sie zwangsweise zu Russen gemacht werden“, sagte der CDU-Politiker. Die Männer würden an den „Filterungsstellen“ ermordet. „Das ist laut der UN-Konvention von 1948 Völkermord“, betonte Brand und forderte: „Wir müssen endlich alles tun, damit das gestoppt wird.“ Wer weiter nur zuschauen werde mitschuldig. Frank Schwabe (SPD) wies ausdrücklich den Vorwurf zurück, die SPD-Fraktion und ihre maßgeblichen Akteure seien „eine Fraktion von Putin-Verstehern“. Man ringe um den richtigen Weg – auch bei der Frage der Waffenlieferungen, so Schwabe. Die bei diesem Ringen vorhandene Gemeinsamkeit in einem großen Teil des Bundes-

tages dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, sagte Schwabe und bewertete die Vorwürfe seines Vorredners als niveaulos. Mit Blick auf den Menschenrechtsbericht sagte der SPD-Abgeordnete, der damit verfolgte Ansatz richte sich nach außen, aber auch nach innen. Im Bereich des Antisemitismus, der Islamophobie, des Antiziganismus, und der Queer-Feindlichkeit gebe es auch in Deutschland viel zu diskutieren. Der Bericht sei verlogen, inszeniert und falsch, befand Jürgen Braun (AfD). Zu den Corona-Maßnahmen finde sich dort kaum ein Wort. Ausgangssperren, Reiseverbote, Versammlungverbote, ein indirekter Impfwahl und die Zensur im Internet seien „totalitäre Grundrechtseinschränkungen“ nach erklärtem Vorbild des kommunistischen China. Nichts davon werde auf den fast 300 Seiten erwähnt.

und für deren Menschenrechte kämpfen“, forderte die FDP-Abgeordnete. Daher sei es wichtig, dass die Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten weitere Maßnahmen gegen das Mullah-Regime beschließen. Kinderarmut und Wohnungslosigkeit in Deutschland thematisierte Zaklin Nastic (Linke). Noch immer lebe jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut – Tendenz steigend. Gleichzeitig plane die Ampel, eine Kindergrundsicherung erst 2025 einzuführen. „Das ist wirklich skandalös“, urteilte Nastic. Eine menschenrechtliche Katastrophe mitten in Deutschland ergebe sich auch aus dem Wohnungsmangel. Daher fordere ihre Fraktion, das Menschenrecht auf Wohnen umgehend umzusetzen, sagte die Linken-Abgeordnete. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg (Grüne), regte an, das humanitäre System effizienter zu machen, mehr in die vorausschauende humanitäre Hilfe zu investieren, Mittel zu flexibilisieren „und dort, wo es Sinn macht, Grenzen zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aufzulösen“. Deutschland, so Amtsberg, werde weiterhin als zweitgrößter humanitärer Geber und starker Akteur in der Resilienzförderung benötigt. *Götz Hausding* ■

KURZ REZENSIIERT

Viktor Funk:

Wir verstehen nicht, was geschieht. Roman

Verbrecher Verlag, Berlin 2022; 156 S., 20 €

Wie überleben Menschen ein Lager? Welche Kraft ziehen sie dafür aus sich selbst, aus der Hoffnung auf eine Zukunft? Aus den Verbindungen zu den Menschen, die ihr Schicksal teilen und denen, die in Freiheit um sie bangen? In seinem Roman „Wir verstehen nicht, was geschieht“ beschäftigt sich der Journalist und Autor Viktor Funk mit dem Leben von Lew und Svetlana, die 14 Jahre darauf warten müssen, endlich zusammen sein zu können. Lew Mischenko gerät nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – er war 1941 in Deutschland in Kriegsgefangenschaft gekommen – direkt in die Fänge des nächsten Regimes: Nach seiner Rückkehr wird er in der Sowjetunion unter Stalin nicht etwa als Vaterlandsverteidiger empfangen, sondern als Verräter verurteilt. Acht Jahre lang muss Mischenko wieder ums Überleben kämpfen, diesmal im Gulag Petschora im Norden des heutigen Russland.

Um zu ergründen, wie es dem Mann gelungen ist, dieses Martyrium zu überstehen, reist der Historiker Alexander List mit dem mittlerweile betagten Mischenko per Zug nach Petschora. Mischenko will noch einmal den Ort besuchen, der ihm so viele Lebensjahre geraubt hat, es aber nicht geschafft hat, ihn zu brechen. Aus dem, was List in den vielen Gesprächen auf der stundenlangen Zugfahrt und aus persönlichen Briefen, die ihm der alte Mann überlässt, erfährt, setzt er das Bild eines Lebens zusammen. Ein Leben, das noch eine gute Wendung nahm.

Die Figur des Historikers List und seine Reise nach Petschora ist angelehnt an die Person des Autors selbst: Viktor Funk zeichnet die Geschichte von Lew Mischenko und seiner Frau nach, die sie ihm im Winter 2004/2005 in Moskau persönlich erzählt haben. Kaum ist anzunehmen, dass die Spurensuche in einem ehemaligen Gulag genug Raum lassen könnte für eine so fein erzählte Geschichte von Liebe und Freundschaft. Funk ist es gelungen. *Elena Müller*

Gwendolyn Sasse:

Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse, Folgen

C.H. Beck Verlag, München 2022; 128 S., 12 €

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat in den vergangenen zwölf Monaten die Anzahl der Buchpublikationen zum Konflikt der beiden europäischen Nationen sprunghaft ansteigen lassen. Wer eine schnelle, aber fundierte Einstiegslektüre in seine Hintergründe und seinen Verlauf informieren möchte, dem sei die Darstellung von Gwendolyn Sasse aus der C.H. Beck-Wissen-Reihe empfohlen. Die Direktorin des Zentrums für Osteuropa und internationale Studien stellt klar, dass der Ukraine-Krieg nicht mit dem großangelegten militärischen Angriff Russlands am 24. Februar 2022 auf die Ukraine in ihrer Gesamtheit begann, sondern mit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014. Die zweite Phase des Krieges habe der „von Moskau kontrollierte Krieg im Donbas“ dargestellt, der etwa 14.000 Tote kostete und etwa 1,5 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen machte und eine weitere Million Menschen nach Russland vertrieb. Sasse erteilt dem Begriff Ukraine-Krieg für diese Phase des Krieges eine Absage, weil er suggeriere, es gehe ausschließlich um einen rein inner-ukrainischen Konflikt. Selbst der Begriff „Ukraine-Krieg“ sei problematisch. Eine klare Benennung sei „essentiell“: „Russland führt in der Ukraine Krieg gegen die Ukraine.“ Wladimir Putin gehe es um nicht weniger als „die Vernichtung des unabhängigen ukrainischen Staates und der ukrainischen Nation“.

Sasse hat ihr Buch im Sommer 2022 vollendet. Insofern konnte sie auch die bemerkenswerten Rückeroberungen der Ukraine im Osten und Süden des Landes nicht berücksichtigen. Trotz des ungewissen Ausgangs scheut sie sich nicht, zumindest einen Ausblick auf die Folgen des Krieges auf die Ukraine, Russland, die Nachbarstaaten und die internationale Ordnung insgesamt zu geben. Abschließende Antworten kann Sasse naturgemäß dazu nicht geben, aber sie benennt und skizziert die entscheidenden Themen. *Alexander Weinlein*



Gedenkstätte Babyn Jar in der Ukraine: Sie erinnert an die Ermordung von mehr als 33.000 ukrainischen Juden durch die deutschen Besatzer im September 1941.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Michael Brochstein

»Vorgeschichte des Holocaust«

OSTEUROPA Jeffrey Veidlingers beeindruckende Arbeit über die Pogrome von 1918 bis 1921

Über Gewalttaten gegen Juden in der Ukraine berichtet bereits die „Chronik der vergangenen Jahre“ des Mönchs Nestor von Kiew aus dem frühen 12. Jahrhundert. Sie ist eine der wenigen historischen Quellen über die Entstehung der Kiewer Rus im 9. Jahrhundert. Juden besiedelten das Gebiet, wenig später wurden sie ausgeraubt und ermordet. Massenmorde an Juden wurden auch 1648 während des Bogdan Chmelnizkyj-Aufstandes gegen Polen-Litauen verübt. Jüdische und ukrainische Historiker nennen religiös motivierten Antisemitismus, aber auch „soziale Ursachen“ als Gründe für die Pogrome, die zur Auslöschung ganzer jüdischer Gemeinden führte. Schätzungsweise 20.000 Juden wurden getötet. 1881, 1903 und vor allem 1905 erschütterten weitere Pogromwellen die jüdischen Gemeinden in den westlichen Provinzen des zaristischen Russlands. Heute liegen diese Gebiete in Polen und in der Ukraine. Die über Jahrhunderte andauernde Judenverfolgung in Osteuropa unterscheidet sich nicht von den Pogromen im sogenannten „zivilisierten Europa“. Allerdings wurden sie kaum dokumentiert, Historiker und Regierungen verschwiegen oder vertuschten die Massaker. Dies gilt vor allem für Osteu-

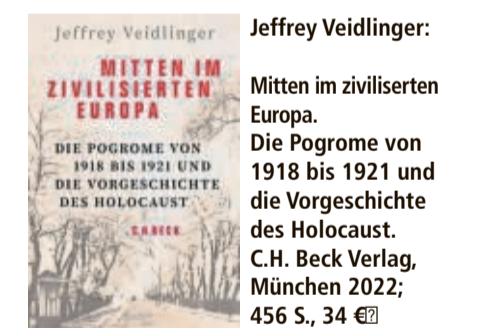
ropa und die Sowjetunion während des Kalten Krieges, damals war die Erforschung der Judenverfolgung aus ideologischen Gründen verboten: Der Antisemitismus im eignen Land sollte nicht auf die gleiche Stufe mit dem nationalsozialistischen Rassenhass gestellt und in die Nähe des Holocaust gerückt werden. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Hegemonie über Osteuropa arbeiten polnische und ukrainische Historiker diese dunklen Kapitel auf und veröffentlichten bereits zahlreiche Studien dazu. Während des russischen Bürgerkrieges nach dem Ersten Weltkrieg wurden in Russland, in der Ukraine und im Osten Polens an mehr als 500 Orten Pogrome registriert. Schätzungen ergaben weit über 100.000 Opfer: Etwa 40.000 Juden wurden ermordet, weitere 70.000 starben an ihren Verletzungen oder verhungerten. Schätzungsweise 600.000 Juden gelang zwar die Flucht in andere Staaten, doch auch dort waren sie oftmals nicht sicher vor Verfolgung. Unter den Tätern befanden sich Rotarmisten, Weißgardisten, ukraini-

sche Nationalisten, Soldaten der Symon-Petljura-Armee, kriminelle Banden, aber auch einfache Zivilisten. Sie wollten sich entweder bereichern oder waren Anhänger des traditionellen christlichen Antijudaismus beziehungsweise des modernen Antisemitismus. Aus Sicht der ukrainischen Nationalisten waren die Bolschewiken ohnehin allesamt Juden, die allein deshalb getötet werden mussten. Die Geschichte der Pogrome zwischen 1918 und 1921 an den Juden in der Ukraine und in Polen kann man jetzt bei dem amerikanischen Historiker Jeffrey Veidling nachlesen. Der Professor für Geschichte und Judaistik an der University of Michigan forscht über die neuere jüdische Geschichte, Russland und Osteuropa sowie über den Holocaust. Veidlingers Bücher wurden unter anderem mit dem National Jewish Book Award ausgezeichnet. Sein jüdischer Vater aus Budapest hatte einst den Holocaust überlebt. Veidling analysiert die Judenverfolgungen nach dem Ersten Weltkrieg nicht losgelöst von den Verbrechen in Nazi-Deutsch-

land, vielmehr betrachtet er die Ermordung der Juden in Osteuropa als „Vorgeschichte des Holocaust“. Damit läuft Veidling durchaus Gefahr, auf die Kritik zu stoßen, er wolle die deutschen Verbrechen relativieren, zumal er explizit von dem „anderen Holocaust“ spricht. **Vergessener Völkermord** Dessen ungeachtet ist Veidling ein großer Wurf gelungen. Er hat Hunderte Chroniken der osteuropäischen jüdischen Gemeinden und weitere Quellenbestände analysiert und einen vergessenen Völkermord wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Pogrome zwischen 1918 und 1921 seien heute überschattet von den Schrecken des Holocaust, schreibt Veidling. Er kritisiert die Erzählung, Hitler sei „aus dem Nichts“ gekommen und es habe „keinen Hinweis auf die kommende Apokalypse“ gegeben. Tatsächlich aber könnten die Pogrome die nächste Welle antijüdischer Gewalt erklären helfen. Veidling kann gut belegen, dass die wahnhaftige Idee von der Vernichtung einer „Rasse“ schon dieser Zeit kursierte. So schrieb im September 1919 Josef Seff, der Präsident der Föderation ukrainischer Juden in Amerika: „Die Tatsache, dass man den sechs Millionen Juden in der Ukraine und Polen durch Taten und Worte

verkündet hat, dass sie völlig ausgerottet werden sollen – diese Tatsache steht gegenwärtig als zentrale Angelegenheit vor der ganzen Welt.“ Nur selten haben Historiker „die Wurzel des Holocaust in der genozidalen Gewalt gesucht, die in derselben Region gegen Juden begangen wurde, in der nur zwei Jahrzehnte später die ‚Endlösung‘ begann“, schreibt Veidling. So scheut er sich denn auch nicht, auf die Mitwirkung polnischer und ukrainischer Hilfspolizisten am Holocaust nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Sommer 1941 einzugehen. Seine Einblicke in die dunkelsten Stunden „Mitten im zivilisierten Europa“ ist in jedem Fall eine empfehlenswerte Lektüre. *Aschot Manutscharjan*

Unter den Tätern befanden sich Rotarmisten, Weißgardisten und ukrainische Nationalisten.



Verbindende Brückenideologien

RECHTSEXTREMISMUS Die Autoritarismus-Studie gibt nur teilweise Entwarnung

Die Großsrazia gegen die Reichsbürgerszene hat die Gefahren, die von antidemokratischen Einstellungen ausgehen, nachdrücklich verdeutlicht. Angesichts von Pandemie, Krieg, Energiekrise und Inflation sind fundierte Daten zur gesellschaftlichen Stimmungslage wichtiger denn je. Schon seit zwei Jahrzehnten forscht dazu ein wissenschaftliches Team an der Universität Leipzig. Bekannt wurde das 2002 gestartete Projekt als Mitte-Studien, seit 2018 trägt es den Namen Autoritarismus Studien. Alle zwei Jahre werden die Ergebnisse repräsentativer Befragungen veröffentlicht. Gerade ist die elfte Auflage der Forschungsreihe in dem Sammelband „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten“ erschienen. Ein positiver Befund sticht heraus: Die explizite Bejahung rechtsextremer Aussagen hat im Vergleich zu 2020 abgenommen, besonders stark in Ostdeutschland. Wurden dort einst Werte von bis zu zehn Prozent gemessen, liegt der Anteil jetzt bei nur noch zwei Prozent. Auch sozialdarwinistische Deutungen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus treffen auf weniger Sympathie. Die aktuellen Krisen hätten „erstaunlicherweise zu einer breiteren Akzeptanz des demokratischen Systems geführt“, resümiert der Sozialpsychologe Oliver Decker, einer der Projektleiter und Di-

rektor des federführenden Else-Frenkel-Brunswik-Instituts. Die verfassungsgemäße Ordnung sei noch nie so positiv bewertet worden wie derzeit; auch in Ostdeutschland liegt der Grad der Zustimmung inzwischen stabil über 90 Prozent. Einstellungen wie Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit aber blieben dort unverändert hoch. Die Werte seien sogar leicht gestiegen, auf über 30 Prozent. Auch Sexismus und Antifeminismus hätten zugenommen, die Identifikation mit gewaltbereiten Männlichkeitsidealen sei gewachsen.

Verschwörungstheorien Keine Entwarnung gibt das Forschungsteam auch beim Hass auf Muslime, Sinti und Roma. Dieser sei „konstant hoch“, man müsse eher von

„einer Objektverschiebung der antidemokratischen Einstellung“ sprechen als von einem Rückgang. Zwar habe die „Neo-NS-Ideologie“ an Bedeutung verloren, an ihre Stelle seien jedoch neue Vorurteile getreten. Als „Grundlage einer breiteren Mobilisierung“ dienen der Studie zufolge vor allem Verschwörungserzählungen. Sie würden nicht nur von organisierten Rechtsextremen genutzt. Der Glaube an anonyme Mächte im Hintergrund fungiere als „Brückenideologie“ zwischen den heterogenen antidemokratischen Milieus. Ein besonders lesenswerter Beitrag des Buches beschreibt die erstmals erhobenen „Konfliktbilder von Lohnabhängigen“. Johannes Kiess, Andre Schmidt und Sophie Bose aktualisierten in einer Detailbefragung frühere Erkenntnisse zum Arbeiterbewusstsein. Für abhängig Beschäftigte seien ökonomische Interessengegensätze nach wie vor maßgeblich. Gesellschaftliche Kontroversen, die sich „auf Religion, unterschiedliche Herkunft oder Geschlecht zurückführen lassen“, würden als „weniger prägend für unser Zusammenleben angesehen“. Soziologische Kategorien wie Schicht oder Klasse bleiben also trotz anderslautender Behauptungen aus der sogenannten Identitätspolitik ein zentrales Forschungsfeld. *Thomas Gesterkamp*



»Enzyklopädisches Standardwerk der Politikwissenschaft«

Anna Vogel, S+F 3/2019, 164, zur Voraufgabe

Jahrbuch Extremismus & Demokratie
34. Jahrgang 2022
Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes, Prof. Dr. Alexander Gallus, Prof. Dr. Eckhard Jesse und Prof. Dr. Tom Thieme
1. Auflage 2023, 527 S., gebunden, 119,- €
ISBN 978-3-7560-0304-4
E-Book 978-3-7489-3693-0

Das Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ fördert die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkreis des politischen Extremismus in seinen verschiedenen Ausprägungen. Es versteht sich als Diskussionsforum, Nachschlagewerk und Orientierungshilfe zugleich. Der 34. Band dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung im Berichtsjahr 2021.

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

AUFGEKEHRT

Fake it till you make it!

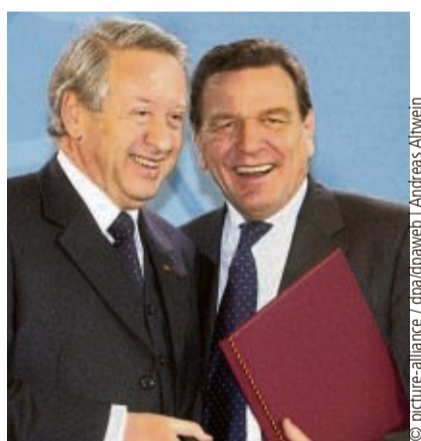
Es ist ja nicht so, als ob George Santos nicht schon genug Imageprobleme hat. Jetzt soll er auch noch einen krebserkrankten Hund betrogen haben. Aber der Reihe nach: Der 34-jährige Santos wurde vergangenen November für die Republikaner ins US-Repräsentantenhaus gewählt. Seine Wahl war ein wichtiger Sieg für die Konservativen im Rennen um die Mehrheit in der Kongresskammer, war der Wahlbezirk doch davor eine feste Bank für die Demokraten. Doch kurz nach der Wahl fiel den Medien auf, dass es Santos mit seinen biographischen Angaben nicht ganz so genau genommen hatte – um es freundlich auszudrücken. Seine Hochschulabschlüsse? Hat er nicht. Seine Tätigkeit für große Investitionsfirmen? Davon wissen die Firmen gar nichts. Seine angeblich jüdische Herkunft? Wohl mehr Fantasie denn Realität. Seine Angaben zum Immobilienbesitz seiner Familie? Fake News. Ach ja, in Brasilien läuft noch ein Verfahren wegen Scheckbetrugs gegen Santos und bei seiner Wahlkampffinanzierung werden auch Ungereimtheiten vermutet. Auch zu dem von ihm angeblich gegründeten Wohltätigkeitsverein für Tiere in Not finden sich wohl keine behördlichen Angaben. Womit wir beim Hund sind: Eine der jüngsten Enthüllungen in der Santos-Saga betrifft den krebserkrankten Hund eines obdachlosen Veteranen. Demnach soll Santos für die Operation des Hundes eine Spendenkampagne ins Leben gerufen haben. 3.000 Dollar sollen zusammengekommen sein, den Hund und seinen Besitzer haben sie allerdings nie erreicht – so zumindest die Vorwürfe, die Santos zurückweist.

Konsequenzen braucht Santos bisher nicht zu fürchten. Einen Rücktritt lehnt er ab, die Republikaner im Kongress scheinen einen Rauswurf nicht forcieren zu wollen. Und mit Betrügen, Blendern und Bullshit hatte es einst Donald Trump ins Weiße Haus geschafft. In dem Sinne: Fake it till you make it, George! *Sören Christian Reimer* |

VOR 20 JAHREN...

Ein Zeichen der Hoffnung

27.1.2003: Zentralrat der Juden und Bundesregierung unterzeichnen Vertrag. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sprach von einem „historischen Tag für das Judentum in Deutschland“. Am 27. Januar 2003, dem 58. Jahrestag der



Der Präsident des Zentralrats der Juden (l.) spricht von einem „historischen Tag“

Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz, unterzeichneten er und Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einen Vertrag, der erstmals die Beziehung zwischen Zentralrat und Bundesregierung zueinander regelt – nach Vorbild der Vereinbarungen, die es mit den christlichen Kirchen bereits gab. Der Vertrag sah unter anderem vor, die Bundesmittel für die sozialen und religiösen Belange des Zentralrats auf drei Millionen Euro pro Jahr zu verdreifachen. Außerdem sollte der Erhalt des jüdischen Kulturerbes in Deutschland unterstützt werden. Im Mittelpunkt stand allerdings die Integration jüdischer Einwanderer aus dem Osten: Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten die jüdischen Gemeinschaften in Deutschland vor allem Zulauf aus der ehemaligen Sowjetunion. Seitdem hatte sich die Zahl der Gemeindeglieder auf rund 100.000 erhöht. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 lebten nur noch 15.000 Juden in Deutschland. Schröder wertete den Vertrag als ein „bedeutendes Zeichen des Vertrauens“ der Juden „in unsere Demokratie“. Er sei Signal und Ermutigung für religiöses und kulturelles Leben in Deutschland. Für Spiegel stand die Bundesrepublik vor einer möglichen Renaissance des Judentums. Er warnte zwar vor Antisemitismus, der immer „offener und enthemmter“ aufträte, sagte aber auch: „Der Vertrag ist ein Zeichen der Hoffnung, dass sich die Geschichte nicht zwangsläufig wiederholen muss.“ *Benjamin Stahl* |

ORTSTERMIN: GEDENKSTÄTTE FÜR OPFER DER NS-„EUTHANASIE“ BERNBURG



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) bei ihrem Besuch der Gedenkstätte in Bernburg an der Saale. Dort ließen rund 14.000 Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlinge aus den Konzentrationslagern ihr Leben. Eine davon war Mary Pünjer, deren Biographie in der Gedenkstunde am 27. Januar vorgestellt werden soll. © DBT/Henning Schacht

»Den Opfern ein Gesicht geben«

Der Boden ist schwarz-weiß gekachelte, die Wände weiß gefliest. An der Decke finden sich Leitungen zu „Duschköpfen“, durch die Kohlenstoffmonoxid strömte. Sie sind mit dem Nachbarraum verbunden, in dem das Gas aufbewahrt wurde. „15 Flaschen brauchte es für eine Gaskammer“, erzählt die Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg an der Saale, Ute Hoffmann, als sie Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) Mitte Januar durch die historischen Kellerräume der seit 1989 zugänglichen Gedenkstätte führt. Die als Duschraum getarnte Gaskammer in der Gedenkstätte, die sich auf dem Gelände eines psychiatrischen Krankenhauses befindet, ist erschreckend gut erhalten. 1940 ging sie in Betrieb. Hier ist bis heute zu sehen, mit welchen einfachen baulichen Mitteln eine Mordaktion, mit der vermutlich zwischen 50 und 60 Menschen gleichzeitig getötet werden konnten, realisiert wurde. Hoffmann führt auch durch den Sammelraum, in dem das Personal Kleidung und persönliche Dinge sortierte, durch

den Sektionsraum, in dem Gehirne einzelner Opfer entnommen wurden und den Leichenraum hin zum Krematorium mit den Öfen, das heute ein stiller Gedenkort ist. Hier gedachte Bas der zwischen 1940 und 1943 rund 14.000 in Bernburg ermordeten Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlingen aus den Konzentrationslagern. Denn: Die Gedenkstunde des Bundestags am 27. Januar steht im Zeichen der Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität im Nationalsozialismus verfolgt wurden. „Es ist für mich wichtig, an dem Ort zu sein, an dem eine Protagonistin ermordet wurde“, sagte Bas mit Blick auf Mary Pünjer (1904-1942), deren Biographie in der Gedenkstunde vorgestellt werden soll. Es sei spät und habe lange gebraucht, bis sich das Parlament diesem wichtigen Thema gewidmet habe, aber es sei nicht zu spät, betonte Bas. Pünjer wurde 1940 als verheiratete Frau unter dem Vorwand der „Asozialität“ als „Lesbierin“ verhaftet und nach ihrer Verurteilung im KZ Ravensbrück interniert. Dort

wurde sie Anfang 1942 aufgrund der ihr unterstellten lesbischen Neigung und ihrer jüdischen Herkunft für die Mordaktion „Aktion 14f13“ selektiert. Am 28. Mai 1942 wurde sie in Bernburg ermordet. Von vielen Opfern ist jedoch kaum mehr als ihr Geburtsdatum bekannt. Um ihnen ein Gesicht zu geben, ist in der Gedenkstätte eine Foto-Wand errichtet worden. Auch Mary Pünjer hat seit dem Besuch der Bundestagspräsidentin ein eigenes Foto. Angefangen habe es mit Bildern aus Krankenakten, dann kamen private Bilder von Angehörigen hinzu. 92 Prozent der Opfer seien erfasst, nach einigen suche sie immer noch, berichtet Hoffmann. Um auch den Angehörigen etwas mitzugeben, schafft die Künstlerin Mareen Alburg Duncker in Bernburg zudem Gedenkschmuck für einige Opfer. Ihr Ziel: Durch die Beschäftigung mit den Lebensläufen die Persönlichkeiten über Schmuckstücke sichtbar zu machen. „Ich möchte den Opfern ein Gesicht geben und so ein Stück ihrer Würde zurückzugeben“, sagt sie. *Lisa Brübler* |

Ausstellung zu 70 Jahren Yad Vashem

BUNDESTAG 16 Exponate von Holocaust-Verfolgten im Paul-Löbe-Haus zu sehen

Mit neun Kerzen bestückt steht der Chanukka-Leuchter der Rabbiner-Familie Posner auf dem Fensterbrett. Im Hintergrund das Kieler Rathaus, an dem eine Flagge mit Hakenkreuz angebracht ist. 1931 ist dieses Foto entstanden, zwei Jahre vor der Machtübergabe der Nationalsozialisten. Im Gegensatz zu vielen anderen, ist Familie Posner damals die Flucht aus Nazi-Deutschland gelungen. Ihren Chanukka-Leuchter konnten sie mitnehmen und haben ihn später der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem übergeben.

Stumme Zeugen Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar wird der Chanukka-Leuchter wieder nach Deutschland

reisen. Zusammen mit 15 weiteren Gegenständen bildet er die Ausstellung „Sechzehn Objekte - siebenzig Jahre Yad Vashem“ im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. Koffer, Handtuch, Poesiealbum: Auf den ersten Blick sind die Exponate nichts weiter als Alltagsgegenstände. Doch sie alle eint, dass sie jüdischen Personen gehörten, die in Deutschland lebten und von den Nazis verfolgt wurden. Jedes Exponat erzählt die Geschichte seiner Besitzer, die aus dem gesamten Bundesgebiet stammten. Die Ausstellung zeigt auch, dass der nationalsozialistische Wahn überall in Deutschland jüdisches Leben zerstört und das Land dadurch einen Teil seiner Geschichte und Identität verloren hat.

Am Dienstag in dieser Woche wird die Ausstellung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und dem Vorsitzenden von Yad Vashem, Dani Dayan, eröffnet werden. Außerdem wird es ein Zeitzeugengespräch mit der Holocaust-Überlebenden Lore Mayerfeld geben. Ihre Puppe Inge ist ebenfalls Teil der Ausstellung. Videos der Eröffnung sind im Anschluss auf bundestag.de zu finden. *des* |

Die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus kann vom 25. Januar bis zum 17. Februar nach vorheriger Anmeldung montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besucht werden. Anmeldungen sind per E-Mail an ausstellungen@bundestag.de oder online auf bundestag.de möglich.

Die Gewinner stehen fest

AUFLÖSUNG Unter allen korrekten Einsendungen wurden die Gewinner des Weihnachtsrätsels 2022 gezogen. Wir danken uns für die rege Beteiligung. Die richtigen Antworten lauten:

- 1.) 13. Dezember 1972
- 2.) Konstantin von Notz
- 3.) Peter Frank
- 4.) 1972
- 5.) Respiratorisches Synzytial-Virus
- 6.) Zwei
- 7.) Schwein, 2023
- 8.) 27. November bis 5. Dezember
- 9.) Eva Kaili
- 10.) Oberstleutnant Antonio Tejero
- 11.) Dmitry Glukhovskiy
- 12.) Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Die Überraschungspakete für die Gewinner werden in dieser Woche verschickt. *DP* |

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 30. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 25. – 27.01.2023

Jahreswirtschaftsbericht (Do)
Stärkung der beruflichen Bildung (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

->Axel Troost † Bundestagsabgeordneter 2005–2017, 2021, Die Linke

Am 6. Januar starb Axel Troost im Alter von 68 Jahren. Der Diplom-Volkswirt aus Bremen gehörte 2004 zum engeren Gründerkreis der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“ und war von 2005 bis 2007 Mitglied des Bundesvorstands. Von 2007 bis 2022 gehörte Troost dem Parteivorstand der „Linken“ an und war von 2012 bis 2022 einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Der finanzpolitische Sprecher und zeitweilige Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion wirkte während seiner Zeit im Bundestag im Finanzausschuss mit.

->Axel Wernitz † Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD

Am 31. Dezember starb Axel Wernitz im Alter von 85 Jahren. Der Diplom-Kaufmann und Akademische Rat aus Nördlingen, SPD-Mitglied seit 1958, war Vorsitzender des Unterbezirks Nordschwaben und gehörte dem Bezirksvorstand Südbayern an. Außerdem gehörte er dem SPD-Bundesparteirat an. Von 1970 bis 1972 war er bayerischer Landtagsabgeordneter. Wernitz engagierte sich im Bundestag von 1972 bis 1987 im Innenausschuss und stand von 1976 bis 1987 an dessen Spitze, so lange wie vor und nach ihm kein Abgeordneter. Danach betätigte er sich im Wahlprüfungs- sowie im Umweltausschuss.

->Monika Brüning † Bundestagsabgeordnete 2002-2009, CDU

Am 12. Dezember 2022 starb Monika Brüning im Alter von 71 Jahren. Die Wirtschaftsinformatikerin aus Wunstorf trat 1980 der CDU bei, gehörte seit 2000 dem Kreisvorstand Hannover-Land an und betätigte sich in der Frauen-Union. Brüning, seit 1981 kommunalpolitisch aktiv, war von 2006 bis 2018 Ratsfrau in Wunstorf und von 2011 bis 2016 stellvertretende Bürgermeisterin. Im Bundestag wirkte sie im Gesundheits- sowie im Verteidigungsausschuss mit.

->Helga Schmedt † Bundestagsabgeordnete 1980-1987, SPD

Am 25. September 2022 starb, wie erst jetzt bekannt wurde, Helga Schmedt im Alter von 93 Jahren. Die Verwaltungsgangestellte aus Lengerich/Kreis Steinfurt schloss sich 1972 der SPD an, engagierte sich seit 1975 als ASF-Vorsitzende im dortigen Kreis und wurde 1977 in den NRW-Landesvorstand der SPD gewählt. Im Bundestag engagierte Schmedt sich im Städtebauausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

->Norbert Königshofen Bundestagsabgeordneter 1994-2009, CDU

Norbert Königshofen wird am 25. Januar 80 Jahre alt. Der Studiendirektor aus Essen trat 1961 der CDU bei, war von 1983 bis 2003 dortiger Kreisvorsitzender und von 1986 bis 2006 stellvertretender Vorsitzender der CDU Ruhr. Von 1975 bis 1994 gehörte er dem Stadtrat in Essen an und amtierte zugleich als Fraktionsvorsitzender. Königshofen wirkte während seiner Zeit als Abgeordneter im Bundestag im Verkehrs- sowie im Haushaltsausschuss mit.

->Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein Bundestagsabgeordneter 1984-1987, 1990-2002, CDU

Am 26. Januar begeht Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein seinen 85. Geburtstag. Der Land- und Forstwirtschaftler aus Gylhum-Bockel/Kreis Rotenburg schloss sich 1975 der CDU an. Von 1972 bis 1992 war er dort Gemeinderat und von 1973 bis 1997 sowie von 2000 bis 2006 Mitglied des Kreistags Rotenburg. Hammerstein arbeitete im Bundestag im Haushalts- sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

->Hans Modrow Bundestagsabgeordneter 1990-1994, PDS

Hans Modrow vollendet am 27. Januar sein 95. Lebensjahr. Der Diplom-Ökonom aus Berlin trat 1949 der SED bei und war von 1967 bis 1989 Mitglied des SED-Zentralkomitees. Von 1973 bis 1989 amtierte Modrow als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Von November 1989 bis April 1990 war er Ministerpräsident der DDR. Während seiner Zeit im Bundestag engagierte Modrow sich im Auswärtigen Ausschuss. Von 1999 bis 2004 saß er im Europäischen Parlament.

->Editha Limbach Bundestagsabgeordnete 1987-1998, CDU

Am 1. Februar begeht Editha Limbach ihren 90. Geburtstag. Die Journalistin aus Bonn trat 1960 der CDU bei und war von 1970 bis 1988 sowie von 1998 bis 2003 stellvertretende Kreisvorsitzende. Von 1975 bis 1990 gehörte sie dem Bonner Stadtrat an. Im Bundestag engagierte sich Limbach im Arbeits-, im Familien- sowie im Gesundheitsausschuss. Von 1998 bis 2010 war sie Vorsitzende der Deutschen Stiftung für die Uno-Flüchtlingshilfe. *bmh* |

SEITENBLICKE



Dr. Johann David Wadephul, CDU:

Deutschland ist der Bremsklotz und nicht der Beschleuniger



Johann David Wadephul (*1963)
Landesliste Schleswig-Holstein

Dies ist die erste verteidigungspolitische bzw. außenpolitische Debatte nach der Vereidigung des neuen Verteidigungsministers, der sich genau zu dieser Zeit mit dem amerikanischen Verteidigungsminister trifft und deswegen nicht hier sein kann.

Ich will zunächst für die CDU/CSU-Fraktion die Gelegenheit nutzen, um trotz aller Differenzen, die wir hatten, Christine Lambrecht für das parlamentarische Miteinander zu danken. Sie hat diesem Haus lange angehört und wertvolle Arbeit für unser demokratisches Gemeinwesen geleistet. Ich möchte vom ersten Tag an sagen: Das ist jetzt unser Verteidigungsminister. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt Boris Pistorius in seiner Amtsführung vollständig. Wir wollen, dass er Erfolg hat. Europa ist im Krieg. Darüber diskutieren wir jetzt miteinander.

Wir wollen, dass die Bundeswehr in einen Zustand versetzt wird, in dem sie ihren Auftrag erfüllen kann. Die Soldatinnen und Soldaten sollen wissen: Der Deutsche Bundestag, jedenfalls die demokratische Mitte, steht hinter ihrem Auftrag und damit auch hinter der Aufgabe und dem Auftrag, den Boris Pistorius hat. Die CDU/CSU-Fraktion wünscht ihm Glück, Erfolg und Gottes Segen.

Meine lieben Kolleginnen und

Kollegen, der Jahrestag des schrecklichen Überfalls Russlands auf die Ukraine jährt sich bald. Der Deutsche Bundestag hat diesem Überfall schon in mehreren Debatten und Beschlüssen Rechnung getragen. Die erste Zusammenkunft dazu war, ehrlich gesagt, die bedeutendste: die Rede des Bundeskanzlers zur Zeitenwende. Aber auch der Bundestag insgesamt hat nach harter Debatte schon im letzten Frühjahr beschlossen, dass schwere Waffen zur Unterstützung der Ukraine geliefert werden sollen.

Die schweren Waffen schlechthin sind Panzer. Bis zum heutigen Tage steht dieses Waffensystem der Ukraine, jedenfalls aus deutschen Beständen oder mit deutscher Zustimmung, nicht zur Verfügung. Wir halten das für einen Fehler. Russland bereitet sich auf eine weitere Großoffensive vor. Wir haben gerade jetzt im Bereich Bachmut und Soledar wieder schreckliche Kampfhandlungen gesehen.

Deswegen sagen wir: Es ist jetzt die Zeit, die Ukraine wirkungsvoll zu unterstützen. Es ist jetzt die Zeit, dass Deutschland endlich grünes Licht für die Lieferung von Kampfpanzern gibt. Das muss jetzt erfolgen, weil die Früh-

jahrsoffensive bevorsteht. Es muss technisch vorbereitet werden, es muss ein Training der Soldaten geben, es muss eine Logistikkette aufgebaut werden.

Die praktischen Möglichkeiten dazu sind vorhanden: In deutschen Beständen – Industriebeständen, noch nicht einmal Bundeswehrbeständen – gibt es fast 200 Leopard-1-Panzer, die sofort zur Verfügung gestellt werden können; der Kollege Faber von der FDP hat sich einen großen Bestand schon im letzten Jahr angesehen. Das ist sofort machbar, ohne Schwächung der Bundeswehr, ohne Inanspruchnahme unserer Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit – das ist vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses

und auch von anderen mehrfach vorgeschlagen worden –, einen Pool derjenigen Leopard-2-Nationen in Europa zu bilden, die bereit sind, zu liefern. Finnland und Polen wollen liefern. Es scheitert alles an Deutschland. Deswegen sage ich, wenn der Kanzler sagt, wir wollen keinen Alleingang: Die Weigerung des Bundeskanzlers und die Nichtlieferung Deutschlands sind ein Alleingang, der falsch ist, der unverantwortlich ist und der die Ukraine in einer entscheidenden Situation im Stich lässt, meine lieben Kolleginnen und Kolle-

Wir sind jetzt gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss Deutschland leisten.

gen. – Das sieht der amerikanische Kongress nicht anders. Die amerikanische Regierung hat, Herr Kollege Weingarten, schon im letzten Jahr und auch in diesen Tagen wiederholt betont: Es ist eine nationale Entscheidung, was geliefert wird. – Heute hat die Administration in Washington noch einmal betont, dass die Nichtlieferung des Abrams allein technische Gründe hat. – Entschuldigung, das ist genau das, was Verteidigungsminister Austin Herrn Pistorius in diesen Minuten erklärt. Das ist genau der Hintergrund. Da können Sie sich erkundigen und nachfragen. Das ist der alleinige Grund. Die Vereinigten Staaten haben das mehrfach betont. Andere Nationen Europas wollen liefern: Spanien will liefern, Finnland will liefern, Polen will liefern. Allein an Deutschland scheitert es zum jetzigen Zeitpunkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Erwartung an das Treffen morgen in Ramstein. Deutschland ist wieder der Getriebene. Deutschland liefert erst dann Schützenpanzer, wenn Frankreich es schon getan hat. Deutschland ist immer an zweiter Stelle. Deutschland ist der Bremsklotz und nicht der Beschleuniger, wenn es darum geht, der Ukraine zur Seite zu stehen. Deswegen die Aufforderung an den Bundeskanzler – insbesondere bei der sozialdemokratischen Fraktion muss man wohl noch Überzeugungsarbeit leisten -: Wir müssen jetzt vorangehen. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, und bestraft wird an der Stelle leider nicht die Bundesregierung, sondern die Ukraine. Wir sind jetzt gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das muss Deutschland leisten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten (SPD): Ihre Aufforderung zur Gemeinsamkeit hat genau vier Minuten gehalten!)

Dietmar Nietan, SPD:

Mehr Ehrlichkeit und Redlichkeit in dieser Debatte



Dietmar Nietan (*1964)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Johann Wadephul hat betont, dass es auch viele Gemeinsamkeiten gibt. Dann frage ich mich natürlich, warum man die nicht herausstellt, sondern seit Monaten das Gleiche erzählt, selbst wenn sich die Welt seitdem schon deutlich verändert hat und andere Waffensysteme geliefert werden. Wir hören von der Union immer wieder die gleiche Schallplatte. Sie müssen sich mal fragen,

ob in dieser existenziellen Situation Parteipolitik oder ein gemeinsames Miteinander auf der Tagesordnung stehen müsste.

Die große Mehrheit in diesem Hohen Hause ist sich ja einig, dass die Ukraine nicht nur ihre eigene, sondern auch unsere europäische Freiheit gegen den russischen Aggressor verteidigt. Wir sind uns einig, dass der russische Angriffskrieg eine neue Realität geschaffen hat, auf die der Bundeskanzler mit seiner Zeitenwenden-Rede für die Koalition richtig reagiert hat. Und wir sind uns eigentlich auch darin einig, dass die Ukraine den russischen Aggressor aus den besetzten Gebieten zurückdrängen, dass sie also den ihr aufgezwungenen Krieg gewinnen muss, und zwar für ihre und für unsere Freiheit. Dafür wird sie auch weitere Kampfpanzer brauchen.

Wenn wir uns also in diesen Zielen einig sind, dann frage ich mich, was Ihr Antrag soll. Ich habe das Gefühl – das ist so mein

Eindruck –, dass hier eine Torchlusspanik herrscht, weil Sie wissen, dass es morgen substantielle Beschlüsse in Ramstein geben wird. Heute müssen Sie wahrscheinlich noch mal Radau machen, damit Sie dann sagen können: Ohne uns hätten das die Amerikaner, die Deutschen und die anderen NATO-Partner nicht beschlossen. – Was für eine parteipolitische, kleinkarierte Vorgehensweise, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie uns also darüber re-

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

den, was uns denn – oft natürlich zum Ärger und auch zu kritischen Diskussionen anstoßgebend – daran hindert, an manchen Stellen schneller und besser zu sein, wie wir das doch in großer Mehrheit wollen. Die Abstimmung mit den Bündnispartnern ist nicht trivial, und sie kostet oft auch Zeit, aber sie ist notwendig. Daher frage ich mich an dieser Stelle, warum in Ihrem Antrag nicht ein einziges Mal darauf verwiesen wird, dass es keine deutschen Alleingänge geben darf.

Wer Ihren Antrag liest, hat das Gefühl: Wenn es nach Ihnen ginge, würde Deutschland alleine voranschreiten. Das wäre auf lange Sicht sogar kontraproduktiv für die Ukraine, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einen weiteren Punkt will ich ausführen. Kann es nicht sein, dass der Zustand der deutschen Rüstungsindustrie auch etwas damit zu tun hat, dass wir nicht so schnell vorankommen, wie wir vorankommen möchten? Kann es sein, dass dies ein Punkt ist, der der Union sehr unangenehm ist? Denn der Zustand der deutschen Rüstungsindustrie hat auch etwas mit 16 Jahren Leitung des BMVg durch Unionspolitikerinnen und -politiker zu tun. – Es ist interessant, wie Sie darauf reagieren. Ich finde, wenn man 16 Jahre lang die Bundeskanzlerin gestellt hat und in dieser Zeit Nord Stream 2 gebaut wird, wenn man 16 Jahre lang die Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister gestellt hat und die Bundeswehr in einem solchen Zustand ist, dann sollte man vielleicht mal in sich gehen, anstatt das einfach wegzuwischen. Das zeigt, wie verantwortungslos Sie sind, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union. Deshalb wundert es mich auch nicht, dass es in Ihrem Antrag kein Wort zum Zustand der Bundeswehr gibt. In der jüngsten Ausgabe des „Spiegel“ können wir in dem Artikel von Herrn Gebauer und Herrn von Hammerstein nachlesen – ich zitiere -: Wer sich auf die Suche nach den Verantwortlichen für die heutige Misere macht, landet schnell bei Karl-Theodor zu Guttenberg und Thomas de Maizière. Warum? Weil diese beiden Minister der Bundeswehr mit ihren Reformen das Rückgrat gebrochen hätten. Darüber sind sich jedenfalls die meisten altgedienten Offiziere einig, die das Drama damals miterlebten.

Ich weiß, dass die Union nicht viel auf den „Spiegel“ gibt, aber ich glaube, er hat an dieser Stelle recht, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ja, wir waren mit dabei, selbstverständlich. Aber ich will

Ihnen was sagen: Wir durchlaufen gerade einen mühsamen Prozess in der SPD. Auch unser Parteivorsitzender sagt öffentlich, dass wir Fehler gemacht haben und dass wir uns ändern müssen. Nennen Sie mir einen auf der rechten Seite, der das bis jetzt gesagt hat. Das ist der Unterschied zwischen uns und der Union.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss doch sehen, dass die Union mit diesem Antrag den Eindruck zu erwecken versucht, als wäre es kein Problem, dass die Industrie ganz schnell viele Panzer auf den neusten Stand bringt und dass die Bundeswehr ganz viele Leopard-Panzer – ob nun 1 oder 2

– aus ihren Beständen zur Verfügung stellt. Angesichts des Zustandes der Bundeswehr müssen wir doch feststellen, dass das nicht der Fall ist. Dann sollte man aber auch nicht einen solchen Eindruck erwecken. Das halte ich für verantwortungslos. Ich will noch einen letzten Punkt betonen. All diejenigen, die hier immer wieder den Eindruck erwecken, es wäre ganz einfach, aus den Beständen der Bundeswehr zu liefern, sollten sich doch mal angucken, wie viele einsatzfähige große Waffensysteme es im Moment in der Bundeswehr tatsächlich gibt. Es geht hier nicht darum, dass man sagt: Na ja, dann müssen die ein, zwei Jahre warten. – Es geht da-

rum, dass die Bundeswehr, wenn sie einsatzfähig sein will, auch in der Lage sein muss, Soldatinnen und Soldaten am Gerät zu trainieren. Es geht doch nicht nur darum, Richtschützen, Ladeschützen, Fahrer auszubilden, sondern doch auch darum, dass in der Zukunft Kompaniechefs, Bataillonskommandeure ausgebildet werden. Die brauchen funktionierende, komplette Bataillone, die auch mit der notwendigen Stückzahl an Panzern ausgestattet sind. Deshalb sage ich an dieser Stelle sehr deutlich: Diejenigen, die den Eindruck erwecken, das sei so leicht, können ja diese Meinung haben; das ist in Ordnung. Aber dann sollen sie, bitte

schön, auch sagen, dass sie bereit sind, in Kauf zu nehmen, dass die Bundeswehr über einen langen Zeitraum nicht im notwendigen Maße verteidigungsfähig und bündnisfähig ist. Dann muss man das sagen und darf der Öffentlichkeit nicht etwas vorgaukeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir mehr Ehrlichkeit, mehr Redlichkeit in dieser Debatte. Das sind wir den Menschen in der Ukraine, aber auch unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Diese Redlichkeit vermisste ich bei diesem Unionsantrag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner (AfD): Mit dem nächsten Redner kommt die Redlichkeit und die Ehrlichkeit! Passen Sie mal auf!)

Was für eine parteipolitische, kleinkarierte Vorgehensweise, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Petr Bystron, AfD:

Die deutschen Bürger wollen diese Waffenlieferungen nicht



Petr Bystron (*1972)
Landesliste Bayern

Das ist schon ein interessanter Ansatz, den Sie hier fahren: deutsche Panzer gegen Russland in der Ukraine. Das haben schon Ihre Großväter versucht, übrigens damals schon mit den Melnyks und Banderas. Was war das Ergebnis? Unsägliches Leid, Zigmillionen Tote auf beiden Seiten und am Ende russische Panzer hier in Berlin. Zwei davon stehen da vorne. Sie sollten jeden Morgen daran vorbeigehen und sich daran erinnern.

Außenpolitik, liebe Freunde, ist nicht, Panzer durch die Gegend zu schicken, sondern Diplomatie, Suche nach Ausgleich, nach Verständigung, nach Kompromiss. Leider wurden in diesem Hause letztes Jahr all diejenigen – und das betrifft alle Parteien –, die diesen Ansatz verfolgt haben, übelst diffamiert. Das betrifft auch ehemalige Außenminister, ehemalige Kanzler. Jeder, der sich für deutsche Interessen eingesetzt hat, ist als Pu-

tin-Nutte diffamiert worden. Jeder, der amerikanische Interessen durchgesetzt hat, ist zu einem Retter der Ukraine hochgejubelt worden. Beides ist falsch. Das ist verlogen. Das bestätigen alle Militärexperten, die amerikanischen, wie der Generalstabschef Milley, und die deutschen, wie General Vad. Die Russen haben über 10 000 Panzer, sie können 2 Millionen Leute mobil machen. Da machen 200 Marder oder andere Panzer von uns überhaupt keinen Unterschied. Dieser Konflikt ist militärisch nicht zu gewinnen.

Gleichwohl hat dieser Konflikt einen Gewinner. Das hat Gabor Steingart im „Focus“ wunderbar herausgearbeitet. Der Titel des Artikels lautet: „Die USA gewinnen den Ukraine-Krieg“. Die USA gewinnen geopolitisch: Sie haben ihre Einflusszone bis an die Grenze Russlands erweitert. Sie gewinnen auch wirtschaftlich: Sie profitieren von den Sanktionen, und sie profitieren von den Waffenlieferungen. Wussten Sie das? Die Amerikaner verlesen ihre Waffen an die Ukraine. Bloß ist die Ukraine pleite, sie hat gar kein Geld. Und was machen die Amerikaner dann? Die „Financial Times“ hat herausgefunden: Sie machen Druck auf die EU, damit die EU an die Ukraine zahlt. Aber sie machen nicht nur Druck, damit die EU zahlt, sondern sie wollen, dass wir denen das Geld schenken statt leihen, und sie wollen, dass das möglichst in monatlichen Raten automatisch geht. Das Ganze soll-

te vertuscht und verschleiert werden. Deswegen heißt der Fonds, aus dem die EU diese Militärgelder zahlt – halten Sie sich fest -: Friedensfazilität. Die größte Lüge hat uns hier der Kanzler aufgetischt, als er die 100 Milliarden Euro für neue amerikanische Waffenkäufe in Deutschland als „Sondervermögen“ tituliert hat. Nein, lieber Herr Kanzler, die 100 Milliarden Euro sind kein Vermögen; das sind Sonderschulden, die die deutschen Steuerzahler zu stemmen haben. Trotz dieser Propaganda, trotz dieser Verschleierung will die Mehrheit der Deutschen diesen Krieg nicht. Da frage ich mich, liebe Kollegen von der Union: In wessen Auftrag machen Sie überhaupt so einen Antrag? Die Antwort haben Sie selbst in Ihrem

Antrag gegeben: Die Mitteleuropäer fordern das und – halten Sie sich fest! – der NATO-Generalsekretär und die US-Botschaft. – So weit sind wir schon. Die Union bringt im Deutschen Bundestag Anträge ein, um die Forderungen der NATO und der US-Botschaft zu erfüllen. Da knallen die Korken bei BlackRock, nicht, Herr Merz?

Liebe Kollegen von der Union, Sie sollten nicht der NATO verpflichtet sein, nicht der US-Botschaft und auch nicht den amerikanischen Rüstungskonzernen. Sie sollten den deutschen Bürgern verpflichtet sein. Die deutschen Bürger wollen diesen Krieg nicht. Die deutschen Bürger wollen diese Eskalation nicht. Die deutschen Bürger wollen diese Waffenlieferungen nicht. Deswegen stimmen wir diesem Antrag nicht zu.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Alexander Graf Lambsdorff (FDP): Rede aus der Linkspartei, mal ganz originell! – Dr. Joe Weingarten (SPD): Tiefpunkt der Debatte!)



Bundestag: Bundeskanzler Olaf Scholz (l.) und der just vereidigte Verteidigungsminister Boris Pistorius haben viel zu tun. ©picture alliance/dpa | Wolfgang Kumm

Agnieszka Brugger, Bündnis 90/Die Grünen:

Echte Solidarität beginnt in der Haltung



Agnieszka Brugger (*1985)
Landesliste Baden-Württemberg

Der Kreml hält sich schon lange an keine Regeln und kein Völkerrecht mehr und geht mit roher Gewalt und größtmöglicher Brutalität gegen die Menschen in der Ukraine vor. Das zeigen nicht nur die heftigen Drohnen- und Raketenangriffe gegen zivile Ziele und die Energieinfrastruktur vom letzten Wochenende mit dem Ziel, durch Gewalt, durch Angst, durch Kälte die Ukraine immer weiter zu terrorisieren. Angesichts dieser Verbrechen gibt es keine Gewöhnung und auch kein Vergessen. Wir sind Außenministerin Baerbock für ihre wichtige Reise nach Charkiw dankbar, wo sie gezeigt hat, was für uns alle gelten sollte: dass wir weiter fest, solidarisch und klar an der Seite der unschuldigen Menschen in der Ukraine stehen.

Dass viele Raketen wirksam abgefangen werden, zeigt, wie groß die Wirkung der auch von Deutschland in den letzten Monaten gelieferten Luftverteidigungssysteme ist und dass sie auch konkret Menschenleben schützen. So wichtig diese auch sind, sie können im besten Fall nur den schlimmsten Schaden abwenden. Zugleich ist unübersehbar, wie viel Waffen, Munition, Panzer und neue Soldaten gerade in Russland für eine erbitterte Gegenoffensive zusammgezogen werden. Deshalb braucht die Ukraine schnellstmöglich moderne Panzersysteme zur Abschreckung, zum Schutz, zum sicheren Transport der eigenen Truppen und zur Befreiung der besetzten Gebiete, in denen die Menschen Tag für Tag unter Folter, unter Morden, unter Kindesentführungen durch die russischen Besatzer leiden.

Die Ukraine braucht schnellstmöglich moderne Panzersysteme.

Dass sich die Bundesregierung endlich zur Lieferung des Schützenpanzers Marder entschieden hat, ist deshalb richtig und geboten. Aber wir sollten, nein, wir müssen auch den nächsten Schritt gehen. Schützenpanzer sind für den gemeinsamen Einsatz mit Kampfpanzern vorgesehen. Die alten Panzer aus der Sowjetzeit, mit denen die Ukraine gerade kämpft, haben nicht nur ein deutlich geringeres Schutzniveau, sondern von Woche zu Woche verschärfen sich auch die Probleme bei der Instandsetzung und der Munition. Auch deshalb schauen wir mit großer Erwartung auf die Ramstein-Konferenz am Wochenende und können nur wiederholen: Es gibt keine überzeugenden Gründe, die Leopard-Panzer im europäischen Verbund nicht zu liefern. Die Bundesregierung hat bei weiteren Beiträgen unsere vollste Unterstützung.

Meine Damen und Herren, es sind keine einfachen Debatten, die den neuen Verteidigungsminister national wie international gleich am ersten Tag nach Amtsantritt erwarten. Das Verteidigungsministerium ist das schwierigste Ressort und in diesen Krisenzeiten eines der wichtigsten. Ich möchte Christine Lambrecht auch hier für ihren Einsatz für unsere Soldatinnen und Soldaten im vergangenen Jahr und ihren Dienst in unserem Land und an der Demokratie danken. Natürlich wünschen wir auch dem neuen Verteidigungsminister viel Kraft, Entschlossenheit und Erfolg bei dieser nicht einfachen Aufgabe, bei der ihm kaum Einarbeitungszeit geschenkt wird. Ich möchte im Namen meiner Fraktion größte Unterstützung und gute Zusammenarbeit anbieten und versprechen. Dabei werden wir, wie das in der Ampelkoalition bei vielen Fragen so ist, vielleicht nicht bei jeder Frage von Anfang an einer Meinung sein. Aber wir wollen und werden im ehrlichen Austausch den besten Weg für eine kluge Sicherheitspolitik im Sinne der beeindruckenden Menschen in der Bundeswehr gemeinsam gestalten. Die Liste der Herausforderungen ist lang: bei Material, bei Beschaffung, bei Personal, angesichts unserer Rolle und Verpflichtung im Bündnis und eben auch bei der Unterstützung

der Ukraine.

Meine Damen und Herren, ich bedaure es in diesen schwierigen Zeiten wirklich sehr, dass ein solch ehrlicher Austausch, ein verantwortungsvolles Ringen um die richtigen Antworten mit der Opposition nicht möglich ist. Nun mag man von der AfD – wir haben es gerade wieder gesehen – und leider auch von der Linkspartei an dieser Stelle nicht viel erwarten. Aber auch an der Spitze der Union mangelt es in dieser Frage an Konsequenz, an Klarheit und an Konsistenz; das wird nicht nur in Ihrem Antrag deutlich. Die Unterstützung gerade Ihres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz ist nicht ehrlich und folgt vor allem einer Logik, nämlich um jeden Preis die Bundesregierung zu kritisieren, statt in gemeinsamer Verantwortung um die Beantwortung der schwierigen

Die Union hat in dieser ersten Lage Zwietracht gesät und Panik verbreitet.

Fragen zu ringen.

Ich kann ja nachvollziehen, dass Sie sich jetzt angegriffen fühlen, aber ich sage das nicht ohne Grund. Ihr Fraktionsvorsitzender hat im März letzten Jahres einen sofortigen Stopp der russischen Energieimporte gefordert. Ja, damals war es schmerzhaft, dass wir diesen Schritt nicht sofort gehen konnten. Aber statt daran mitzuwirken, von den Lieferungen des Kriegsverbrechers Putin so schnell wie möglich unabhängig zu werden, Versorgungssicherheit zu wahren und die harten Folgen für die Menschen hierzulande abzufedern, hat die Union in dieser ersten Lage Zwietracht gesät und mit ihren Aussagen über Blackouts und Gas-mangellage ständig Panik verbreitet. Ihre Prognosen waren falsch; die Bundesregierung – da schaue ich den Vizekanzler Habeck an – hat entschieden die richtigen Maßnahmen ergriffen. Ich will mir gar nicht ausmalen, wie das letzte Jahr ausgesehen hätte, wenn wir Ihren falschen Analysen und hysterischen Statements gefolgt wären. Aber vor allem will ich nicht wissen, was ein Herr Merz in Regierungsverantwortung eigentlich prak-

tisch unternommen hätte, als er den ebenso unsäglichen wie unwahren Vorwurf des Sozialtourismus gegenüber den Menschen geäußert hat, die ihre Heimat angesichts des Kriegsterrors verlassen mussten, die um ihre Liebsten bangen und Angehörige verloren haben. Meine Damen und Herren, gut, dass Sie nicht regieren.

Echte Solidarität mit der Ukraine beginnt nicht, wie bei Ihrem Antrag, in erster Linie mit Panzerlieferungen, so richtig diese auch sind. Echte Solidarität beginnt in der Haltung und der Unterstützung gegenüber denjenigen, die hier bei uns Zuflucht und Schutz suchen, und das fehlt einmal mehr in Ihrem Antrag. Bald jährt sich der brutale Angriffskrieg zum ersten Mal. Seitdem unterstützen wir die Ukrainerinnen und Ukrainer auf verschiedensten Wegen: politisch, finanziell, wirtschaftlich, humanitär und militärisch. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir das gemeinsam und in Verantwortung als demokratische Fraktionen hier im Hohen Hause tun können.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Stephan Brandner (AfD): Sie wollen wohl nicht mitmachen? Warum grenzen Sie sich aus?)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Weg vom Militärischen und hin zur diplomatischen Schiene



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Auch ich möchte an dieser Stelle Boris Pistorius zu der Übernahme des neuen Amtes gratulieren. Allerdings sind meine Hoffnungen und Erwartungen doch deutlich unterschiedlich zu denen von Herrn Wadephul oder auch denen des Kanzlers. Ich wünsche mir, dass Deutschland Friedensmacht und nicht militärische Führungsmacht ist und dass mit den Mitteln nicht im Sinne der Rüstungsindustrie, sondern im

Sinne der Steuerzahler umgegangen wird, und zwar sparsam. Vor allen Dingen wünsche ich mir, dass es endlich eine Reform des Amtes für Beschaffung gibt. Das ist so dringend notwendig. Was da stattfindet, ist völlig inakzeptabel. Ich will im Übrigen mal Boris Pistorius zitieren, der gesagt hat: Unser Land ist indirekte Kriegspartei. – Da hat er recht, und das ist ein gewaltiges Problem.

Ja, meine Damen und Herren, die Bilder, die uns in diesen Tagen aus Dnipro oder aus dem schwer umkämpften Bachmut erreichen, sind unerträglich: ermordete Zivilisten, vertriebene Familien, Soldaten in Schützengräben, völlig verwüstete Dörfer und Städte. Dieser Wahnsinn, dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine muss endlich enden. Ich hoffe, dass wir da in diesem Hohen Haus Konsens haben. In der Fraktion der Union, aber, wie ich gerade gehört habe, auch bei den Grünen und der FDP herrscht offensichtlich die Überzeugung, immer mehr

und immer schwerere Waffen leisteten einen Beitrag, dieses Ziel zu erreichen. Frau Brugger, es ist eben nicht so, dass der, der am lautesten nach Waffenlieferungen schreit, am meisten Solidarität übt. Und es ist ein Unding, zu behaupten, dass andere nicht solidarisch mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, die hier sind, seien. Fragen Sie doch mal nach! Es gibt unendlich viel Solidarität vor Ort, von allen in den Kommunen, übrigens genauso von der Linken wie auch von der Union.

Ihre Logik wird vom Kriegsgeschehen widerlegt. Zuerst – ich erinnere mal daran – ging es der Bundesregierung um Helme. Dann ging es um Panzerfäuste und tragbare Lenkwaffen, um Munition; aber der Krieg ging weiter. Dann sollten es Artilleriegeschütze sein; der Krieg, das Leid, die Zerstörung, das alles ging weiter. Es gab Debatten um den Gepard,

Fortsetzung auf nächster Seite

dann um die Patriot-Systeme, dann um den Schützenpanzer Marder. Und? Meine Damen und Herren, der Krieg tobt in aller Brutalität weiter. Ganz unbeeindruckt davon fordern Sie, Herr Wadephul, heute, aber auch Frau Strack-Zimmermann, Herr Hofreiter permanent schwerere Waffen, mehr Waffen, schnellere Lieferung. Ihr Wettlauf um Waffenlieferungen hat uns dem Frieden keinen Millimeter näher gebracht, und Sie rennen mit diesen Scheuklappen immer weiter. Wer blind durch die Gegend rennt, der muss aufpassen, dass er nicht gegen die Wand rennt. Jetzt sollen es Leo-

pard sein. – Wer war denn bei Putin? Das war doch Ihr Parteivorsitzender, nicht wir. Reden Sie doch nicht so einen Unsinn! Gabriel hat ihm die Hand gegeben. Sie waren bei denen, und nicht wir. Was für ein Unsinn! Wer sich gegen Waffenlieferungen ausspricht, ist noch lange kein Putin-Freund. Das ist ein Unsinn sondergleichen. Millionen Menschen haben Angst, dass dieser Krieg ausgeht. Olaf Scholz hat ge-

Wer sich gegen Waffenlieferungen ausspricht, ist noch lange kein Putin-Freund.

sagt: Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern. – Ach, tut er auch. – Dieser Satz gilt nicht mehr. Das ist das Problem, und das hat null mit Solidarität mit Putin zu tun. Warum haben denn die Gespräche – siehe Getreidelieferungen, siehe Gefangenenaustausch – etwas gebracht? 2 : 0 für Team Diplomatie und nicht für Team Kriegstreiber!

Wenn Sie das vor den Bürgerinnen und Bürgern negieren,

dann erklären Sie doch mal zwei Dinge: Was folgt nach der Lieferung von Kampfpanzern? Was ist das Nächste? Kampfflugzeuge, Tornados, Eurofighter, vielleicht Bundeswehrsoldaten? Ist das Ihre Logik? Was ist die nächste Stufe? Und vor allen Dingen: Wie lautet das Kriegsziel? Mein Ziel ist einfach: Frieden. Ich hoffe, da sind wir uns einig. Wer glaubt, einen militärischen Sieg gegen eine Atommacht erringen zu können, der hat wirklich ganz wenig begriffen.

Meine Damen und Herren, nach meiner Auffassung sollte 2023 die ganze Debatte auf ein anderes Gleis gesetzt werden.

Wir müssen weg vom Militärischen und hin zur diplomatischen Schiene. Ich höre viel Schweigen zu dieser Frage aus dem Auswärtigen Amt. Das muss enden. Legen Sie endlich eine abgestimmte europäische Friedensinitiative vor! Das wäre dringend notwendig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie soll die denn aussehen? Es gab doch Verhandlungen! Es gab auch während des Krieges Verhandlungen! – Dr. Joe Weingarten (SPD): Selbstgerecht und inhaltsleer!)

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP:

Wir werden gemeinsam die Ukraine unterstützen



M.-A. Strack-Zimmermann (*1958)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ach, ist das schön, wenn die Kerle rechts von mir sich aufregen. Dann weiß ich: Ich habe alles richtig gemacht, der Tag beginnt gut. – Ich dachte, die christdemokratischen Paschas sitzen hier, aber Sie sind ja noch viel schlimmer.

Meine Damen und Herren, ich möchte erst mal Frau Lambrecht ganz herzlich danken für das, was sie für dieses Land geleistet hat. Auch das gehört in diesen Momenten dazu. Es ist nicht einfach, ein Amt dieser Art aufzugeben. Deswegen möchte ich ihr ganz herzlich im Namen meiner Fraktion danken.

Und, liebe Freundinnen und Freunde, natürlich gratulieren wir Herrn Pistorius. Wir wünschen ihm Glück, und wir wünschen ihm Fortune, die man in diesem Job wirklich braucht. Und, Herr Wadephul, dass Sie ihn als drittklassig bezeichnet haben, finde ich schon sehr kühn angesichts der Tatsache, dass auch Frau Kramp-Karrenbauer, die international nun wirklich nicht die Wucht in Tüten war, aus der Landesebene kam. Ich finde, wir sollten angesichts dieser internationa-

len Situation ein bisschen netter miteinander umgehen.

Der neue Verteidigungsminister hat keine 100 Tage, sondern gerade mal zwei Stunden. Er trifft gerade mit dem US-Verteidigungsminister zusammen, und es ist gut, dass sich ausgetauscht wird, meine Damen und Herren. Es ist kein Geheimnis, dass die Freien Demokraten seit Wochen und Monaten fordern, neben der wirtschaftlich-humanitären Hilfe auch Waffen zu liefern. Und das bleibt auch so. Ich erwarte von jedem, mal einen Blick auf die Ukraine zu werfen. Da werden Menschen ermordet und gefoltert. Da werden Frauen vergewaltigt, vorher werden ihnen die Hände gebrochen. Schauen Sie hin, wie barbarisch dieser Krieg ist, und verschonen Sie uns rechts wie links mit Radio Moskau! Mann, Sie gehen einem auf den Geist!

Meine Damen und Herren, gestern war der Bundeskanzler in Davos. Er hat sich nicht zur Lieferung von Leopard-2-Panzern geäußert. Ich möchte hier abschließend nur zwei Dinge sagen. 2014 erfolgte der erste Angriff auf die Ukraine. Die Kanzlerin Angela Merkel hat daraufhin nicht die Beziehungen zu Russland überdacht. Sie hat Nord Stream 2 in die Wege geleitet. Das war angesichts dieses Dramas – 15 000 Tote – der Anfang der Spaltung Europas in dieser Frage. In der Tat muss auch der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland heute aufpassen, Europa nicht zu spalten. Wir werden gemeinsam die Ukraine unterstützen. Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das geht nicht mit linken Arbeitskreisen, meine Damen und Herren. Das geht mit ei-

ner klaren Ansage an Wladimir Putin: Wer unser System hier zerstören will, wird es mit uns, mit allen Demokraten zu tun bekommen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Florian Hahn, CSU:

Geben Sie ihren ideologischen, verblendeten Widerstand auf



Florian Hahn (*1974)
Wahlkreis München-Land

Auch von meiner Seite einen herzlichen Glückwunsch an den neuen Minister, der aus verständlichen Gründen an der Debatte nicht teilnehmen kann. Ich wünsche ihm eine glückliche Hand, und ich wünsche ihm Gottes Segen. Ich sage auch ganz offen, dass ich ihn angesichts des Zeitpunktes und angesichts des Trümmerfeldes, das hinterlassen wurde, nicht beneide. Er muss jetzt eine echte Kaltstartfähigkeit beweisen; denn die Zeiten sind ernst, und das



Die Union fordert, dass Deutschland Kampfpanzer wie den Leopard an die Ukraine liefern soll.
© picture alliance / Ulrich Baumgarten

wird auch aus den meisten Beiträgen dieser Debatte deutlich. Er hat die Zeitenwende jetzt endlich umzusetzen. Da ist bisher tatsächlich nichts passiert. Das Sondervermögen schmilzt in der Sonne von Inflation und Zins, aber bis heute ist beispielsweise nicht eine Patrone Munition nachbeschafft worden. Sie müssen die Beschaffung auf Vordermann bringen, Herr Minister. Alle Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind, haben nicht wirklich Wirkung erzeugt.

Er muss zudem – und da kommen wir jetzt zur aktuellen Debatte – endlich zum Motor und zum Turbo der Unterstützung für die Ukraine werden, auch für diese Ampelregierung. Das ist das, was wir von diesem neuen Minister gerade in diesen Tagen, gerade vor Ramstein, tatsächlich erwarten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und, Herr Nietan, um Ihnen mal zu zeigen, welche Bedeutung das hat, warum das so wichtig ist und warum denn die ganze westliche Welt und die Ukraine so auf Deutschland schauen, wenn es um

die Unterstützung und um die Frage geht, ob Deutschland seine Position ändert und sagt: Jawohl, Leo 1 und Leo 2 können in die Ukraine geliefert werden: Das liegt schlicht daran, dass es Leopard-Panzer in ausreichender Zahl nur auf der westlichen Seite Europas gibt, die auch tatsächlich in die Ukraine geliefert werden können. Es gibt sonst keine anderen. Es liegt an uns, jetzt unseren Partnern sozusagen das Go zu geben, die von uns produzierten und beispielsweise an Finnland und Polen verkauften Panzer tatsächlich an die Ukraine zu liefern. Deswegen schaut man hier auf uns, und deswegen ist das nicht trivial. Es geht tatsächlich um Menschenleben. Das ist das, was die Kollegin Strack-Zimmermann und was die Kollegin Brugger bildlich ausführlich und richtig dargestellt haben. Sie können sich nicht hierhinsetzen und sagen: Weil ihr 16 Jahre regiert habt – in Klammern: in der Hauptsache mit Ihnen, mit der SPD –, können wir heute nicht zustimmen; wir schauen mal, was morgen passiert. – So

können wir nicht Politik machen! Es sterben aktuell Menschen in der Ukraine, Herr Nietan. Die Russische Föderation hat diesen Winter genutzt, sich zu regenerieren. Es werden massenhaft Menschen und es wird massenhaft Material an die Grenze, an die Front geschoben durch die Russische Föderation. Wir haben diese Regeneration der Ukraine verwehrt. Und warum? Genau dieses Schauspiel veranstalten Sie heute wieder. Wir haben bereits im September einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Lieferung von Leo 1 und Leo 2 zum Ziel hatte. Er ähnelte unserem Antrag, über den wir heute diskutieren. Sie haben die Diskussion über unse-

ren Antrag von September diese Woche zum sechsten Mal verschoben. Sie weigern sich, darüber zu diskutieren. Warum? Weil Sie Ihre Uneinigkeit, die Isolation der SPD in dieser Ampel an dieser Stelle tarnen wollen, nicht sichtbar machen wollen. Das ist doch der Hintergrund. Und dieses Schauspiel hat dazu geführt, dass wir eben nicht die Regeneration der Ukraine vorangetrieben haben, dass wir jetzt nicht, wenn die Frühlingsoffensive der Russen losgeht, Leopard-1- und Leopard-2-Panzer dagegensetzen können. Sie sind daran schuld. Die Ampel ist daran schuld, weil sie sich seit Monaten und Wochen vor dieser Entscheidung drückt, zum Teil

mit geballter Faust in der Hosentasche. Gestern hat der Kollege Hofreiter bei Herrn Lanz gesagt: Die Regierung, der Bundeskanzler versteckt sich hinter Scheinargumenten. – Genau so ist es. Hören Sie endlich auf damit! Sagen Sie Ihrem Bundeskanzler, dass er diese Bockigkeit, diese ideologische Verbohrtheit aufgeben soll. Und geben Sie endlich grünes Licht! Uns geht es doch nicht um den Gewinn, hier erfolgreich einen Antrag durchzubringen. – Nein, Herr Nietan. – Und ich

sage Ihnen eines: Das ist auch überhaupt nicht lustig angesichts dessen, was in der Ukraine gerade passiert. Beschäftigen Sie sich mal damit.

Hier geht es nicht um irgendwelche minimalen Geländegewinne für Opposition oder Regierung in diesem Haus, sondern es geht um Leben und Tod in der Ukraine. Und deswegen, sehr geehrte Kollegen: Machen Sie Ihrem Bundeskanzler ordentlich Druck. Sagen Sie ihm, dass er morgen liefern muss und damit dem neuen Vertei-

digungsminister einen guten Start in sein Amt verschafft. Insbesondere an die Adresse der SPD: Geben Sie ihren ideologischen, verblendeten Widerstand auf! Geben Sie endlich grünes Licht. Helfen Sie der Ukraine. Sparen Sie sich die Krokodilstränen, und tun Sie lieber endlich was, um die Ukraine entsprechend zu befähigen. .

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten (SPD): Sie waren schon mal niveauvoller! – Dietmar Nietan (SPD): Wann entschuldigt sich Merkel endlich für Nord Stream 2? – Gegenruf des Abg. Florian Hahn (CDU/CSU): Dann, Herr Kollege, stimmen Sie zu? Das ist doch albern!)

Sie haben die Diskussion über unseren Antrag von September zum sechsten Mal verschoben.

Dr. Ralf Stegner, SPD:

Was Sie Zögerlichkeit nennen, ist in Wahrheit kluge Führung



Ralf Stegner (*1959)
Wahlkreis Pinneberg

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine bedeutet ein Jahr Tod und Zerstörung, systematische russische Kriegsverbrechen, Vertreibung, Angst und Leid für die ukrainische Zivilbevölkerung. Das gilt auch für unzählige, oft junge Soldatinnen und Soldaten beider Seiten, die sicher andere Träume und Hoffnungen für ihr Leben hatten. Bundeskanzler Olaf Scholz hat klargestellt, dass wir die Verletzung der europäischen Friedensordnung, Grenzen mit Waffengewalt zu verschieben, niemals hinnehmen werden. Deshalb darf Russland diesen Krieg nicht gewinnen. Deshalb stehen wir an der Seite unserer ukrainischen Freunde und trauern auch mit ihnen um die Opfer des Unglücks des Hubschrauberabsturzes gestern. Bundespräsident Steinmeier hat anlässlich des 31. Jahrestags der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Ukraine gegenüber Präsident Selenskyj noch einmal versichert, dass wir die Ukraine politisch, finanziell, humanitär und auch militärisch – und auch das ist richtig, Herr Kollege Bartsch – in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten unterstützen. Das galt seit

dem 24. Februar letzten Jahres bis heute, und das gilt auch weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Union kommt wieder mit einem Antrag, der unsere bisherige Unterstützung der Ukraine kleinredet und erneut die Lieferung bestimmter Waffensysteme fordert. Sie wenden sich auch ausdrücklich an den neuen, frisch vereidigten Bundesminister der Verteidigung.

Lieber Boris Pistorius, ich gratuliere dir sehr herzlich zu dem neuen Amt und weiß aus langjähriger Zusammenarbeit, dass unsere Sicherheit bei dir in allerbesten Händen ist. Die Soldatinnen und Soldaten dürfen sich auf einen Chef freuen, der sie mit Sympathie, Autorität, Sachverstand und Durchsetzungskraft vertreten wird. Ich will mich aber auch einmal bei Christine Lambrecht für ihre Arbeit in schwieriger Zeit bedanken und meinen Respekt für ihre sicherlich nicht leichte Entscheidung ausdrücken.

Zur Union will ich sagen: Bei allen Fehlern, die jeder von uns macht, der Verantwortung trägt, und bei aller Härte des politischen Geschäfts hätte Ihnen ein bisschen mehr De-

mut angestanden angesichts des Desasters, das Guttenberg und Co in 16 Jahren an der Spitze des Verteidigungsministeriums hinterlassen haben. Wir sind es, die das in der Ampelkoalition in Ordnung bringen, mit dem Sondervermögen und der Reform des Beschaffungswesens. Wir haben vor Monaten gemeinsam beschlossen, die Ukraine solidarisch zu unterstützen. Ich habe dem, auch was die militärische Unterstützung

angeht, genauso wie die gesamte SPD-Fraktion zugestimmt, auch wenn ich mich mit der Forderung nach immer mehr und immer offensiveren Waffen schwertue. Ihre Verengung, ja geradezu Fixierung auf den militärischen Aspekt bleibt falsch, und eine gewisse Skepsis gegenüber einer Politik, die ausschließlich der militärischen Logik folgt, ist angesichts unserer Geschichte nur angebracht. Wenn ich neuerdings Forderungen höre, Deutschland müsse kriegsfähig werden oder eine Kriegswirtschaft vorbereiten, dann habe ich dafür überhaupt kein Verständnis. Dass wir eine bessere Verteidigungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit brauchen, hat der Bundeskanzler in seiner Zeitenwende-Rede klar benannt. Was die deutsche Führungsrolle angeht, so ist es richtig, wenn wir bei humanitärer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung mit guten Beispiel

Irgendwann diskutieren wir wahrscheinlich über Kampftruppen.

vorangehen. In militärischen Fragen sollte jedoch gelten, dass wir uns nicht drücken, aber Alleingänge strikt vermeiden und in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten, insbesondere in Washington und Paris, handeln. Genau das tut der Bundeskanzler,

meine sehr verehrten Damen und Herren. Glauben Sie mir: Ich kenne die Mechanismen und manchmal auch die Zwänge der politischen Aufmerksamkeitsökonomie sehr gut. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Kommunikationskritik sollte doch die Reihenfolge „erst denken, dann reden und handeln“ eingehalten werden. Olaf Scholz liegt genau richtig, wenn er besonnen und mit kühlem Kopf

wichtige Entscheidungen trifft und sich nicht von aufgeregten Debatten auf Twitter und in Onlineportalen treiben lässt. Und das Bedürfnis mancher von Ihnen, alle zehn Minuten neue, offensivere Waffengattungen per Tweet ins Spiel zu bringen, ist doch mindestens kontraproduktiv und wird dem Ernst der Lage nicht gerecht, übrigens auch nicht die Sportrhetorik, was manche Kriegsfolgen und Kriegsoffer angeht. Das finde ich zum Teil wirklich verstörend.

Fakt ist, dass Deutschland nach den USA mittlerweile der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine ist, wenn man den deutschen Anteil an den EU-Hilfen einberechnet. Man kann auf der Internetseite der Bundesregierung nachlesen, was wir militärisch an Unterstützungsleistungen für die Ukraine tun. Ihre Behauptung, Deutschland tue zu wenig und sei nicht solidarisch mit der Ukraine, ist ein Märchen. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben ein sehr hohes Maß an gemeinsamen Interessen mit der Ukraine; aber identisch sind die Interessen nicht. Die Ukraine hat zum Beispiel zu Beginn des Krieges – aus ihrer Sicht verständlicherweise – Flugverbotszonen gefordert, und es gab auch den Ruf nach Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen. Irgendwann diskutieren wir wahrscheinlich über Kampftruppen. Aus der Sicht der Ukraine ist das nachvollziehbar. Ich will aber doch sagen: Wir werden in einzelnen Fragen zu anderen Abwägungen kommen müssen. Der Bundeskanzler muss jeden Tag aufs Neue abwägen: Wie unterstützen wir die Ukraine bestmöglich, ohne dazu beizutragen, dass der Krieg sich ausweitert und unsere eigene Verteidigungsfähigkeit leidet? Was Sie Zögerlichkeit nennen, ist in Wahrheit kluge Führung. Diese Besonnenheit hat auch

die große Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande. Das merkt doch jeder, der auf der Straße unterwegs ist und mit den Menschen spricht. Wenn ich manche Stellungnahme aus der Opposition und teilweise auch woanders höre, zum Beispiel, als eine Abwehrrakete auf polnischem Boden landete, kann ich nur sagen: Ich bin froh, dass wir einen Bundeskanzler haben, der die Nerven behält, wenn es um Krieg und Frieden geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Schauen Sie über den Atlantik nach Washington! Da gibt es die gleichen Debatten; auch da wird darüber diskutiert. Aber es gibt keine

Ich bin froh, dass wir einen Bundeskanzler haben, der die Nerven behält.

Vorwürfe etwa an den Generalstabschef der USA, der sich etwas skeptischer geäußert hat, er sei der Vertreter russischer Interessen. Es wäre schön, wenn die Opposition hierzulande darauf verzichten würde, diejenigen zu diffamieren, die zusätzlich zur mi-

litärischen Hilfe auch auf Diplomatie setzen und die gegenüber einer Verengung auf das Militärische zurückhaltend sind. Das gilt auch für die, die bei voller Solidarität mit der Ukraine nicht gleich alle friedenspolitischen Grundüberzeugungen über den Haufen werfen und der Rüstungsindustrie alle Wünsche von den Augen ablesen. Ich gehöre nicht zu der Kompanie neuer Militärexperten, die es jetzt gibt, und deshalb verzichte ich auf die Aufzählung technischer Details verschiedener Panzertypen. Und versuchen Sie es erst gar nicht! Auch der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius wird auf der gleichen besonnenen Linie wie der Bundeskanzler und die Bundesregierung handeln, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin sicher, dass beim Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers heute und beim

Fortsetzung auf nächster Seite

morgigen Treffen in Ramstein gemeinsame Entscheidungen zur Unterstützung getroffen werden. Es wäre schön, wenn nicht gleich fünf Minuten danach die nächste Forderung nach neuen Waffen von Ihnen kommen würde. Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich hat gesagt: Unser politisches Hauptziel für 2023 ist, dass dieser verbrecherische russische Krieg endet. – Er hat dem Bundeskanzler die Unterstüt-

zung unserer Fraktion bei künftigen, auch schwierigen Entscheidungen zugesagt und drängt richtigerweise immer wieder darauf, eben auch diplomatisch nichts unversucht zu lassen. Ihr Antrag enthält falsche Behauptungen und ist überflüssig.

Ich zitiere abschließend den Herrn Bundespräsidenten:

Wir unterstützen die Ukraine politisch, humanitär, finanziell, mili-

tärisch – mit dem, was wir können, und dem, was notwendig ist, in Abstimmung mit unseren Verbündeten. So wird es weiterhin bleiben. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Oje! – Florian Hahn (CDU/CSU): Riesiger Applaus!
– Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Mannomann!)

Rüdiger Lucassen, AfD:

Es geht um Deutschland, es geht um unser Vaterland



Rüdiger Lucassen (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Im vorliegenden Antrag fordert die Union mehr schwere Waffen für die Ukraine. Ich stelle fest: Overtaken by events. Die Bundesre-

gierung liefert schwere Waffen, und sie tut es auf eine Weise, wie es auch die Union tun würde: durch Plünderung der Bundeswehr und ohne politische Strategie. Das ist unverantwortlich, und das lehnen wir ab.

Lieber Herr Kollege Wadepful, Ihre Aussage, die Industrie könne sofort Leopard liefern, ist einfach falsch und wird auch nicht durch die Chefs der Häuser KNDS, KMW oder Rheinmetall gedeckt. Sie haben schlicht die Unwahrheit gesagt. Sie plündern die Bundeswehr; das ist unver-

antwortlich.

Meine Damen und Herren, CDU und CSU haben durch ihre eigenen Ausfälle im Amt des Verteidigungsministers – von Franz Josef Jung über Ursula von der Leyen bis hin zu Annegret Kramp-Karrenbauer – alle Glaubwürdigkeit verspielt, um die SPD zu kritisieren. Die Bundeswehrmisere ist ein Produkt der Union. Die SPD ist zwar nicht in der Lage, sie zu beheben.

Schuld aber ist die Union, und dieser Antrag setzt diese falsche Politik fort. Reine Symbolik, um die Bun-

Herr Wadepful, Sie plündern die Bundeswehr; das ist unverantwortlich.



Der ukrainische Präsident Volodymyr Selenskyj fordert bei dem Weltwirtschaftsforum in Davos Unterstützung. © picture alliance / AA | Dursun Aydemir

desregierung vermeintlich vor sich herzutreiben! Doch die marschiert ohnehin in dieselbe Richtung.

Liebe Kollegen von der Union, Sie sollten Ihren Antrag erneut von der Tagesordnung nehmen und schlichtweg ändern, neuer Titel „Bundeswehr durch die Lieferung von Kampfpanzern unterstützen“. Dem wird meine Fraktion zustimmen.

Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst – ernster als im Kalten Krieg, weil es nämlich im Kalten Krieg noch Fachleute gab, die das Grundverständnis einer vollumfänglichen Landesverteidigung hat-

ten. Heute haben wir eine Regierung, die viel telefonieren muss, um überhaupt noch jemanden zu finden, der den Job des Verteidigungsministers machen will. Trotz all dieser düsteren Erwartungen an den Neuen im Amt sage ich: Herr Pistorius, wenn Sie es ernst meinen mit dem Wiederaufbau der Bundeswehr, bekommen Sie unsere Unterstützung, ob Sie sie brauchen oder nicht, ob Sie uns mögen oder nicht. Denn es geht um Deutschland. Es geht um unser Vaterland. Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Robin Wagener, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Ukraine muss siegen – für ihre Freiheit, für unsere Freiheit



Robin Wagener (*1980)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Heute ist der 330. Tag der russischen Vollinvasion in die Ukraine – der 330. Tag, nachdem Putin entschieden hat, mit aller Gewalt und Brutalität das zu intensivieren, was er 2014 begonnen hat, der 330. Tag in einem Jahr, in dem unzählige Menschen durch

den brutalen Terror des Angriffs- und Vernichtungskriegs gegen die Ukraine ihr Leben und Hunderttausende ihre Lieben verloren haben. Diese vielen Toten, das sind nicht nur Zahlen; das sind echte Schicksale. Das sind der einjährige Nikita, die dreijährige Michailina, ihre 13-jährige Schwester Leila, die 15-jährige Maria, der 17-jährige Maxim. Das sind die Namen von Kindern und Jugendlichen, die am vergangenen Samstag um 15.30 Uhr in Dnipro brutal aus ihrem Alltag, aus ihrem Leben gerissen wurden – Opfer von Putins Terror, Opfer eines Diktators und eines Regimes, die skrupellos Raketen mitten in die Innenstädte schießen lassen, die seit Monaten gezielt Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung angreifen, um die Zahl ziviler Opfer noch weiter zu steigern, um dafür zu sorgen,

dass die Menschen hungern, dursten, frieren und sterben.

Unsere Außenministerin Annalena Baerbock und die Menschenrechtsbeauftragte Luise Amtsberg haben vergangene Woche tatsächlich ihr Leben riskiert, als sie die grenznahe Metropole Charkiw besucht haben – das war ein wichtiges Zeichen – und dabei Luftalarm erleben mussten. Denn anders als an anderen Orten ist aufgrund der dortigen Nähe zu Russland eine effektive Flugabwehr nicht möglich, weil die Reaktionszeiten zu kurz sind.

Um die Menschen in Charkiw genauso wie in anderen Teilen der Ukraine langfristig schützen

zu können, braucht es den Sieg der ukrainischen Streitkräfte und ein Ablassen der Russen von ihrem Plan. Keiner von uns hier möchte Krieg. Niemand möchte ständig Forderungen nach mehr und schweren Waffen erheben. Niemand ist von Panzern begeistert, weder hier im Bundestag noch in Warschau noch in Helsinki noch in London – und auch nicht die Menschen in der Ukraine, die sie dringend von uns erbitten. Die Forderung nach Kampfpanzern ist nämlich kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit angesichts des brutalen Vernichtungskrieges, den Putin uns aufzwingt.

Die russische Regierung hat sich in den letzten Monaten entschieden, die Brutalität des Krieges immer weiter zu eskalieren. Putin plant neue Offensiven, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Und wenn wir die Menschen schützen wollen, dann müssen wir ihnen die notwendigen Waffen dafür geben, um sich

zu verteidigen. Wenn wir den Frieden in Europa und in der Welt schützen wollen, dann müssen wir deutlich machen, dass brutale Vernichtungskriege gegen Nachbarn keine Erfolge haben können und dass man damit nichts gewinnen kann.

Wir haben dafür bereits viel getan. Ich bin sehr dankbar, dass wir vor Kurzem im internationalen Verbund den Knoten gelöst haben und zusammen mit unseren französischen und amerikanischen Freunden die Lieferung von Schützenpanzern angekündigt haben. Diese Schützenpanzer werden Soldaten schützen und Leben retten können. Das ist ein wichtiger Schritt. Allerdings ist der Schritt zur Lieferung von Marder-Schützenpanzern leider nur ein halber Schritt. Jetzt muss die zweite Hälfte folgen. Schützenpanzer wirken vor allem im Verbund mit Kampfpanzern. Während die einen schwerpunktmäßig dafür da sind, Soldaten geschützt ins Kampfgebiet zu bringen, bekämpfen die anderen feindliche Kampfpanzer. Gemeinsam schützen sie sich gegenseitig und entfalten so ihre volle Wirkung. Mit modernen westli-

Geben wir die Leopard frei! So schwer es ist, so richtig ist es.

chen Kampfpanzern könnte die Ukraine viel wirkungsvoller gegen die russischen Invasoren vorgehen. Schützen- und Kampfpanzer gehören zusammen. Die Ukraine braucht Marder und Leopard. Darum ist jetzt der Moment gekommen, die zügige und international abgestimmte Ausbildung an Kampfpanzern zu übernehmen, die Impulse von Polen, Finnland und Großbritannien aufzugreifen, die Lieferungen unserer Partner zu ermöglichen und in Abstimmung mit unseren Freunden eigene Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Russlands Krieg ist der Alleingang einer Diktatur gegen seinen

freien und friedlichen Nachbarn.

Dagegen bildete sich eine Allianz der Demokratien, eine Allianz des Beistands.

Deutschland ist in einer besonderen Verantwortung aufgrund unserer Geschichte, aufgrund unserer Lage und aufgrund unserer Größe. Jetzt gilt es, dieser Verantwortung im Verbund mit unseren Partnern in Europa und für Europa gerecht zu werden. Wir haben im Bundestag bereits im April 2022 klare Beschlüsse ge-

Diese vielen Toten, das sind nicht nur Zahlen; das sind echte Schicksale.

fasst, und jetzt sollten wir uns darauf konzentrieren, nicht immer weitere Beschlüsse zu fassen, sondern diese gemeinsam mit unseren Partnern wirksam umzusetzen. Der amerikanische Präsident und der Bundeskanzler haben deutlich die unverbrüchliche Soli-

darität mit der Ukraine und die notwendige militärische Unterstützung angekündigt. Ich finde, der Vizekanzler hat gut ausbuchstabiert, was das heißt, nämlich die Unterstützung immer an der

Lage auf dem Schlachtfeld auszurichten und damit am Bedarf der Ukraine. Es ist deutlich und offensichtlich, dass die Ukraine weitere Unterstützung braucht. Das Ramstein-Treffen ist eine gute Gelegenheit, sich darüber auszutauschen, und es ist sehr gut, dass dieser Austausch gerade stattfindet.

Die Ukraine muss siegen – für ihre Freiheit, für unsere Freiheit, für Frieden und Demokratie in Europa und damit wir endlich – auch in diesem Haus – zusammen mit den Ukrainerinnen und Ukrainern anstelle des Kampfes um ihr Überleben an ihren und unseren gemeinsamen Träumen

für Europa und der Gestaltung einer besseren Zukunft arbeiten können. Geben wir die Leoparden frei! So schwer es ist, so richtig ist es.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Jürgen Hardt (CDU), Alexander Müller (FDP), Joe Weingarten (SPD), Robert Farle (fraktionslos) und Marcus Faber (FDP).

60 Jahre deutsch-französischer Freundschaftsvertrag / 79. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 19. Januar 2023

Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen:

Diese Freundschaft ist nicht vom Himmel gefallen



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Als ich letzte Woche in Äthiopien mit meiner französischen Amtskollegin, Catherine Colonna, war, da war das vor Ort etwas Neues: zwei Außenministerinnen zusammen. Für unser Protokoll war es eine riesige Herausforderung, wer wann in welchem Wagen zuerst fahren durfte; aber mit Blick auf die eigentlichen Gespräche war es das Einfachste, was ich als Außenministerin machen kann, weil das Gespräch auch komplett meine liebe Kollegin Catherine Colonna hätte führen können. So konnten wir uns in unseren Gesprächen, sei es beim World Food Programme, bei der Afrikanischen Union oder auch beim Ministerpräsidenten immer gegenseitig ergänzen, aushelfen, wir konnten einspringen und unsere Argumente untermauern.

Das klingt ganz logisch und selbstverständlich. Warum erzähle ich es? Weil es eben vor Jahrzehnten alles andere als eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Da wären die deutsche Außenministerin und die französische Außenministerin keineswegs zusammen gereist; gut, als Frauen schon mal gar nicht, aber auch nicht als Männer. Es ist ein Wunder, und wir können als nachfolgende Generationen dankbar dafür sein, dass wir dies heute gemeinsam als Partner, als Freunde und vor allen Dingen als Europäer/-innen tun können.

Diese Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich mag uns selbstverständlich vorkommen; aber wir sollten gerade heute daran erinnern, dass diese Freundschaft nicht vom Himmel gefallen ist. Als Konrad Adenauer und Charles de Gaulle vor 60 Jahren, im Januar 1963, den Élysée-Vertrag unterzeichneten, taten sie dies im Bewusstsein der dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte, im Bewusstsein der Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten. Sie wussten, wie tief klaffend die Wunden des Zweiten Weltkriegs bei den Menschen in Europa immer noch waren und dass es gegen die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich durchaus Vorbehalte gab, und zwar in beiden Ländern. Aber sie

setzten sich trotzdem dafür ein. Und auch das war keine Selbstverständlichkeit. Ich glaube fast, das ist mit das Wichtigste, woran wir uns heute, 60 Jahre später, erinnern sollten: dass Aussöhnung immer auch mutige Staatsmänner damals und heute Staatsfrauen braucht, die trotz des Widerstands in ihren eigenen Ländern den Mut haben, diesen Schritt der Versöhnung zu gehen. Das galt damals natürlich noch viel mehr für die französische Seite.

Sie aber wussten, dass die Freundschaft zwischen unseren Ländern der Schlüssel zu Frieden in Europa ist. Ich bin deswegen dankbar, dass unser wichtigster Nachbar heute zugleich unsere beste Freundin ist. Dieses Vertrauen ist unendlich kostbar, und es ist Auftrag, ein Auftrag, der sich nicht nur aus der Geschichte ableitet, sondern auch ein Auftrag der Menschen in unseren beiden Ländern ist, die wir als Politiker/-innen, als Minister/-innen repräsentieren. Laut einer aktuellen Ipsos-Umfrage sind 81 Prozent der Menschen in Deutschland und Frankreich der Meinung, dass der deutsch-französische Motor für die Zukunft der Europäischen Union wichtig

ist. Das zeigt, wie hoch die Erwartung an uns als Politikerinnen und Politiker ist, diese Zusammenarbeit, diese Partnerschaft jetzt gerade zu stärken.

Das tun wir – als Bundesregierung, aber gerade auch als Parlamente. Mit dem Élysée-Vertrag haben wir den Grundstein für die Aussöhnung unserer Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt. Mit dem Vertrag von Aachen haben wir unsere Freundschaft in europäischen Fragen gestärkt und zum Kern unserer gemeinsamen europäischen politischen Identität gemacht.

Aber unsere Freundschaft geht weit über Verträge hinaus. Millionen von Menschen in Deutschland und Frankreich füllen diese Verträge jeden Tag mit Leben.

Millionen von Menschen in Deutschland und Frankreich füllen diese Verträge mit Leben.

Das tun auch ganz viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihren Wahlkreisen vor Ort, als Abgeordnete, aber gerade auch als Bürgerinnen und Bürger, mit Städtepartnerschaften, mit Austauschprogrammen für Schülerinnen und Schüler, in der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe oder in der Parlamentarischen Versammlung.

Auch wir als Bundesregierung investieren in diese Freundschaft jeden Tag. Mit keinem anderen Land haben wir so enge Beziehungen wie mit Frankreich. Mit keinem anderen Land stimmen wir uns so eng ab. Das ist gerade jetzt bitter nötig; denn wir erleben erneut, wie unser Leben, wie unsere Freiheit, wie unser Frieden

herausgefordert wird. Auf Russlands brutalen Angriffskrieg haben wir deswegen gemeinsam vom ersten Tag an eine geschlossene Antwort gegeben: in der EU, der NATO, der G 7 und den Vereinten Nationen.

Diese enge und geschlossene Gemeinschaft ist auch dem engen und guten Draht zwischen Paris und Berlin zu verdanken. Und das geht weit über die Antwort auf den brutalen russischen Angriffskrieg hinaus. Das gilt auch für die Eindämmung der Klimakrise. Gerade auf der letzten Klimakonferenz haben unsere beiden Länder Europa vorangetrieben. Wir machen uns gemeinsam Gedanken darüber und arbeiten an technischen Lösungen, wie wir die Emissionen weiter verringern können. Wir schaffen mit der Green Economy einen globalen Wettbewerb, um uns als Europäer ganz vorne zu positionieren. Und wir stärken unsere europäische Wirtschaft dadurch, dass wir zusammen an der grünen Transformation arbeiten.

Und ja, wir sprechen auch mal über Dissens; denn das macht wahre Freundschaft aus. Wahre Freundschaft bedeutet doch gerade nicht, dass man immer komplett einer Meinung ist, sondern wahre Freundschaft bedeutet, dass man sich, gerade wenn man ganz unterschiedlicher Meinung ist, in den anderen hineinversetzt, in seinen Schuhen läuft. Wahre Freundschaft bedeutet, anzuerkennen, dass der andere auch mal recht haben kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Fortsetzung auf nächster Seite

gerade heute, 60 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich, sollten wir das genau so tun. Wir sollten immer

wieder bereit sein, uns in den anderen hineinzusetzen, in seinen Schuhen zu laufen; denn unsere Partnerschaft ist nicht vom Himmel gefallen. Wir müs-

sen jeden Tag in die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich investieren, mit persönlichen Begegnungen, mit konkreten Projekten, vor allem

aber mit ganz viel Herzblut; denn unsere Freundschaft bleibt der Schlüssel für Frieden in Europa. Vive l'amitié franco-allemande! Vive l'Europe!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Armin Laschet, CDU:

Wir müssen mit diesem Erbe behutsam umgehen



Armin Laschet (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Frau Bundesministerin Baerbock hat es erwähnt: Als der Élysée-Vertrag geschlossen wurde, war das eine politische Revolution. Ich glaube, man muss auch noch mal daran erinnern, was eigentlich in den Jahrhunderten davor zwischen Deutschland und Frankreich geschehen ist. Seit dem 16. Jahrhundert ist in beiden Ländern vermittelt worden: Der andere ist der Erbfeind. „Erbfeind“ heißt: Das ist genetisch bedingt, man kann es nicht ändern, man kann immer nur mit Kriegen versuchen, den anderen so klein zu halten, dass er bloß nicht stark wird. Das hat über Jahrhunderte das deutsch-französische Verhältnis geprägt. Die gesamte Entstehung des deutschen Nationalstaates 1870/1871 wurde begründet mit dieser Abgrenzung und dem Hass auf Frankreich. Ernst Moritz Arndt fragte: „Was ist des Deutschen Vaterland?“

Wo jeder Franzmann heißt Feind, Wo jeder Deutsche heißt Freund.

Folgerichtig hat man dann dieses Reich nach einem Krieg gegründet mit der größtmöglichen Demütigung Frankreichs im Spiegelsaal von Versailles. Das ist die Quelle all dessen, was in den Folgejahren passierte. Und Frankreich seinerseits hat nach dieser Demütigung, nach diesem Krieg gesagt: Sobald wir die Gelegenheit haben, werden wir uns dafür revanchieren. – Und folgerichtig wurde

nach dem Ersten Weltkrieg an dem gleichen Ort, in Versailles, dann der Versailler Vertrag unterschrieben. Diesmal hatten die Franzosen gewonnen, und Deutschland wurde gedemütigt, bekam Auflagen. So ist die junge deutsche Demokratie mit Riesenbelastungen gestartet. Wenige Jahre später war Hitler an der Macht, der ganze Kreislauf begann wieder von vorne, und erneut war der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich das Prägende.

Deshalb war es so etwas Besonderes, war es so ein riesiger Schritt, dass fünf Jahre nach diesem Krieg – wir erleben auch im Moment Kriege an vielen Orten in der Welt, erleben, wie über den jeweils anderen geredet wird, mit welchem Hass in diesem Krieg argumentiert wird – Robert Schuman sagte: Wir vergessen das, wir vergessen drei Jahrhunderte, wir knüpfen nicht daran an, sondern gründen eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wo die Rüstungsindustrien nicht mehr deutsch und nicht mehr französisch sind, sondern gemeinschaftlich europäisch gestaltet werden. Das war die Gründungsidee.

In diese Zeit hinein haben sich dann Konrad Adenauer und Charles de Gaulle angenähert: eine berühmte Reise von Charles de Gaulle durch Deutschland, die Rede auf dem Bonner Marktplatz mit 20000 Menschen, die ihm zuhörten – er hat in Deutsch gesprochen; Deutsch hatte er in französischer Kriegsgefangenschaft gelernt –, eine Rede an die deutsche Jugend in Ludwigsburg, eine Rede an die deutsche Arbeiterschaft in Essen. Er wollte also die gesamte deutsche Gesellschaft erreichen, und das mündete in diesen Élysée-Vertrag, den wir jetzt feiern.

Das muss man wissen, wenn man diesen Vertrag verstehen will. Diese beiden Länder haben verabredet, so eng zusammenzuarbeiten wie keine zwei anderen Länder auf der Erde, gemeinsame Kabinettsitzungen abzuhalten, was damals etwas völlig Neues, Undenkbbares

war. Auch die deutschen Länder waren da vertreten. Weil Kultur und Bildung eben keine Bundeszuständigkeit ist, gibt es die Kulturbefugte, im Moment Frau Rehlinger – ich hatte auch einmal die Freude, der Bundeskanzler ebenso, dieses Amt auszuüben –, um zu zeigen: Wir arbeiten hier ganz eng zusammen.

Deshalb müssen wir mit diesem Erbe auch behutsam umgehen. Deshalb wünsche ich mir, dass, wenn am kommenden Sonntag das Jubiläum gefeiert wird, wenn die beiden Regierungen zusammenkommen, wenn auch wir als Parlamentarier mit den französischen Kollegen zusammenkommen, wir wieder in diese Dynamik zurückkommen.

Konrad Adenauer hat damals gesagt: Diese deutsch-französische Zusammenarbeit ist ein Kraftimpuls für Europa. Als Präsident Macron seine Rede im September 2017 in der Pariser Sorbonne hielt, eine Initiative für Europa entwickelte, haben viele lange gefragt: Wo ist denn die deutsche Antwort? Warum kommt denn nicht die deutsche Antwort auf Macron? Ei-

ne solche Antwort war dann der Aachener Vertrag, worin man in sehr vielen, in fast allen Politikfeldern definiert hat: Was heißt das für die heutige Zeit?

Die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages ist 60 Jahre her. Hier sind konkrete Aufgaben bei der Energiepolitik, bei der Rüstungs- und Verteidigungskooperation, bei Kultur, bei Bildung sehr konkret definiert und jetzt umgesetzt worden. In diesem Vertrag steht auch, dass beide Staaten, wann immer möglich, gemeinsam handeln. Da muss ich sagen: Das fehlt mir in den letzten Jahren. Das ist im Moment vielleicht noch etwas schwieriger.

Aber der Sündenfall war Corona. Wenn ein Problem auftaucht, denken manche als Erstes: Grenzen schließen. Und so wurde die deutsch-französische Grenze geschlossen – zu Baden-Württemberg, zum Saarland, zu Rheinland-Pfalz –, anstatt grenzüberschreitend zu arbeiten. Und wieder begannen Ressentiments zu wachsen, wenn ein französisches Auto auf die andere Seite der Grenze fuhr. Hier hätte man europäisch, so wie es im Vertrag steht, gemeinsam handeln müssen.

Ich hätte mir auch gewünscht, Herr Bundeskanzler, dass eine Reise wie die nach China gemeinsam mit Präsident Macron stattfindet, dass man gegenüber Präsident Putin gemeinsam auftritt, dass nicht an dem einen Tag der französische

Präsident nach wochenlangen Diskussionen verkündet: „Wir liefern jetzt Panzer“, und zwei Tage später der Bundeskanzler nach einem Telefonat mit Joe Biden sagt: „Ja, wir liefern jetzt auch Marder.“ Nein, richtig wäre gewesen, dass der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident am gleichen Tag eine solche Entscheidung verkünden.

Da werden manche sagen: Das ist Symbolik. Man hätte sich in Frankreich auch gewünscht, dass ein 200-Milliarden-Programm, das Sie in einer Videokonferenz verkündet hatten, mindestens in Frankreich mal vorher bekanntgegeben worden wäre, dass man darüber auch vorher gesprochen hätte.

Also, wir brauchen am Sonntag bei dieser Begegnung in Paris eine neue Dynamik. Wir wollen in Zukunft mehr mit Frankreich machen. Ja, wir kaufen jetzt F 35-Kampfflugzeuge. Aber wir sollten auch das Future Combat Air System mit Frankreich jetzt mit neuer Dynamik versehen. In dieser Zeit ist es ein starkes Signal für alle 27 Mitgliedstaaten, wenn Deutsche und Franzosen zusammenstehen. Wir können übrigens auch zeigen, wie man Erbfeindschaften überwinden kann, wenn man denn den politischen Willen hat.

Deshalb wünsche ich mir am kommenden Sonntag einen Kraftimpuls für Europa. Vive l'amitié franco-allemande!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deshalb wünsche ich mir am kommenden Sonntag einen Kraftimpuls für Europa.



Zahlreiche Denkmäler wie dieses in der Tiergartenstraße in Berlin erinnern an Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, die Unterzeichner des Élysée-Vertrages im Jahre 1963.

©picture alliance / Schoening | Schoening

Anke Rehlinger, Ministerpräsidentin Saarland

Eines ist klar: Nur Einigkeit macht in diesen Zeiten stark



Anke Rehlinger (*1976)
Ministerpräsidentin Saarland

Die SPD-Fraktion hat mir freundlicherweise etwas Redezeit abgetreten, damit ich als Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-französischen kulturellen Angelegenheiten hier heute in diesem Hohen Haus anlässlich des 60. Jubiläums des Élysée-Vertrages sprechen kann.

Der Vertrag ist schon von meinen Vorrednern historisch eingeordnet worden: Es ist der Vertrag, der die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich besiegelt hat. Und auch ich will noch einmal sozusagen eine Reise rückwärts und damit deutlich machen, was das damals, aus der damaligen Perspektive, denn tatsächlich bedeutet hat.

Ich glaube – Kollege Laschet hat das eben schon einmal gesagt –, dass es mit einem unfassbar großen Vertrauensvorschuss verbunden gewesen ist, diesen Weg zu diesem Zeitpunkt nach dem Geschehen so zu gehen. Ich finde, dass wir heute und in diesen Tagen insbesondere, da wir dieses Jubiläum begehen, immer noch unseren Freundinnen und Freunden in Frankreich für diesen Vertrauensvorschuss außerordentlich dankbar sein können. Wir sollten ihnen versprechen, dass wir sie nicht enttäuschen werden, dass wir das rechtfertigen, was man dort damals auf den Weg gebracht hat. Die ausgestreckte Hand, die dort gereicht worden ist, haben wir sehr gerne genommen, und wir halten sie fest, in guter Freundschaft.

Ich kann aus einer der bereits benannten Grenzregionen, meinem Heimatland, dem Saarland, nur sagen, dass wir heute außerordentlich stolz darauf sind, wie vie-

le andere auch, dazu beizutragen, dass nicht die Schützengräben weiter vertieft worden sind, sondern unsere Freundschaften weiter vertieft wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Freundschaftsband ist 60 Jahre lang gewachsen, stark geworden, und es hat schon vielen Bewährungsproben standgehalten. Auch das gehört, glaube ich, zu einer ehrlichen Betrachtung an diesem heutigen Tag. Es sind in den letzten Jahren Belastungsproben unterschiedlichster Art gewesen. Die Außenministerin hat eben darauf hingewiesen: Das gehört nun mal auch dazu, wenn man miteinander unterwegs ist. Das weiß jeder im Privaten, und so ist das eben auch im Staatlichen.

Ich will an diesem Tag auch auf den Punkt der geschlossenen Grenzen eingehen; denn das war ganz sicher eine der Belastungsproben. Ich kann das aus der Region berichten, und ich will uns allen an diesem Tag sagen, dass sich das niemals mehr wiederholen darf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Geschlossene Grenzen sind keine Antwort, auf kein Problem.

Und ja, sicherlich sollten wir an diesem Tag auch etwas zur jüngsten Debatte sagen, zu dem zu Recht oder zu Unrecht entstandenen Eindruck, dass es Missstimmungen gibt, gegeben hat oder was auch immer. Ich will nur sagen: Falls es sie überhaupt gegeben hat, sollte man sie auch als einen Weckruf bezeichnen. Ich war Ende des letzten Jahres in Paris, wie auch viele der Regierung, um diesen Ministerrat im Januar vorzubereiten.

Was ich dort erlebt habe, war eine große Ernsthaftigkeit bei wichtigen Themen dieser Zeit. Ich finde, nichts bringt mehr zum Ausdruck, dass wir Respekt voreinander haben, dass wir anständig miteinander umgehen, dass wir miteinander auch über die Dinge sprechen, bei denen wir nicht schon von Anfang an einer Auffassung sind. Wenn man das nicht machte und einfach darüber hinwegginge, wäre das der größte Ausdruck von Respektlosigkeit. Im Gegensatz dazu ist es Ernsthaftigkeit, was ich dort festgestellt habe. Ich finde, das zeichnet unser Verhältnis zuei-

einander aus, und das sollte man nicht schlechtreden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man ordentlich miteinander redet, zeugt das auch von Zusammenhalt, von dem Willen, Zusammenhalt zu organisieren. Das ist in der Tat das Signal, das ich mir vom Deutsch-Französischen Ministerrat am kommenden Wochenende wünsche: einen starken Schulterschluss zwischen unseren beiden Ländern. Denn eines ist doch allen Beteiligten klar: Nur Einigkeit macht gerade in diesen Zeiten stark, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich gehöre jetzt nicht unbedingt zu denjenigen, die sich bei einer solchen Gelegenheit allein mit pathetischen Worten zufriedengeben. Deshalb will ich noch einen Blick auf die Punkte werfen, bei denen wir noch besser werden können. Ich, aus einer Region kommend, wo die Menschen vielleicht das Gegenteil von dem erleben, was wir immer so schön in Reden sagen, sehe es durchaus als meine Rolle und meine Funktion an, dort Motor und Treiber zu sein. Da müssen wir besser werden; sonst glauben uns die Menschen nicht, was wir in unseren Reden sagen.

Wenn wir das erreichen wollen, hilft uns eines, nämlich der Blick in den Aachener Vertrag. Der Élysée-Vertrag war im Grunde genommen ein Bekenntnisvertrag. Damals, 2019, als der Vertrag von Aachen unterzeichnet worden ist, hatten Herr Macron und Frau Merkel vorlaufend gesagt: Wir brauchen wahrscheinlich etwas, was handlungsorientierter ist. – Ich finde, sie hatten recht mit dieser Einschätzung. Und weil das so ist, dürfen wir diesen Vertrag nicht getrost in der Schublade liegen lassen. Viele konkrete Dinge, auch Formate, Institutionen und Einrichtungen, die man braucht, um gut zu arbeiten, sind darin vereinbart worden, und sie sind auch eingerichtet worden. Aber es stehen auch viele konkrete Projekte drin, bei denen wir noch nicht so gut vorangekommen sind.

Was im Aachener Vertrag steht, ist gut, meine sehr verehrten Damen und Herren; aber Papier ist leider geduldig. Ich finde, wir dürfen das nicht sein. Wir müssen ungeduldig sein bei diesen Punkten.

Wir müssen uns die Dinge vornehmen, und wir müssen ausbauen, was uns ganz handfest vor Ort in den Regionen verbindet, was Deutschland und Frankreich insgesamt verbindet. Dazu gehört sicherlich die Sprachförderung, dazu gehören Schienenverbindungen. Wer zueinander kommen will, der muss sich verstehen, der muss aber auch zueinander gelangen können. Dazu gehört gerade in diesen Zeiten aber auch der gemeinsame Ausbau von erneuerbaren Energien.

Ich will ein praktisches Beispiel aus der Historie benennen – das ist eben schon einmal genannt worden –: Der Vorläufer der Europäischen Union war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ich bin der Auffassung, dass wir, wenn wir das mit der Dekarbonisierung unserer Gesellschaft ernst meinen und wenn wir weiterhin Industrieland bleiben wollen, eine Revitalisierung brauchen. Von der ehemaligen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollten wir uns zu einer Gemeinschaft für Wasserstoff und erneuerbare Energien entwickeln. Wenn Deutschland und Frankreich da-

Keine zwei Staaten arbeiten so intensiv zusammen wie Deutschland und Frankreich.

bei ein Motor sein können, dann haben wir eine neue inhaltliche Aufladung, mit der wir die Menschen auf diesem Weg sicherlich mitnehmen können. Dabei dürfen Projekte, die jetzt schon im Kleinen grenzüberschreitend funktionieren, nicht solitär bleiben. Wenn es um die Wasserstoffinfrastruktur geht, darf ein Wasserstofftransportnetz beispielsweise nicht nur bei uns im Saarland im kleinen Grenzverkehr funktionieren, sondern muss auf ganz Europa ausgeweitet werden.

Keine zwei Staaten arbeiten so intensiv zusammen wie Deutschland und Frankreich. Ich finde, das ist eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte. Wir wissen aber auch, dass es nach wie vor einen

Schwachpunkt gibt: die Sprachkompetenz, einen Bereich, den ich unter anderem zu vertreten habe. Diese wird, ehrlich gesagt, nicht besser, sondern schlechter. Darauf müssen wir einen Fokus legen. Wenn ich auf die Tribüne blicke, sehe ich da viele junge Menschen sitzen. Ich glaube, wir dürfen nicht einfach nur sagen: Ihr müsst die Sprache lernen, weil es sinnvoll ist. Das sagen wir seit vielen Jahren; das überzeugt nicht ausreichend. Wir müssen also nach weiteren Möglichkeiten suchen, dafür zu werben, dass Französisch nicht nur ein lästiges Schulfach ist und das Französischbuch mit geknickten Eselsohren im Ranzen steckt, sondern dass man erkennt, welcher Reiz darin stecken kann.

Ich halte den Schüleraustausch für einen maßgeblichen Schlüssel dafür. Wenn man erkennt, dass es eben nicht allein ein lästiges Schulfach ist, wenn man weiß, was und wer hinter der Sprache steckt und welche tollen kulturellen Erfahrungen damit verbunden sein können, dann, finde ich, kann man sich viel mehr begeistern. Das ist ein Punkt, für den wir werben müssen. Wir müssen Leute und Schulen dazu bringen, mehr Schulpartnerschaften einzugehen, um diesen Austausch letztendlich zu organisieren. Das würde ich gerne nach vorne stellen, auch als Teil unserer Sprachkompetenzstrategie.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir im Vertiefen unserer deutsch-französischen Freundschaft viele an unserer Seite wüssten, die demokratischen Kräfte hier in diesem Hause allemal. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft. Vive l'amitié franco-allemande! Ich sage an der Stelle für uns alle gemeinsam: Gutes Gelingen! Bonne chance, bon courage und Glück auf!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)



Daumen hoch? Ganz so rosig sind die deutsch-französischen Bindungen nicht, befürchten die Skeptiker. © picture alliance / ZUMAPRESS.com | Julien Mattia

Norbert Kleinwächter, AfD:

Herr Bundeskanzler, Ihnen fehlt auch noch die Kinderstube



Norbert Kleinwächter (*1986)
Landesliste Brandenburg

Sechzig Jahre deutsch-französische Freundschaft, das ist ein Grund zum Feiern, das ist ein Grund zum Gedenken. Das, was letztendlich drei große Staatsmänner vor 60 Jahren hingekriegelt haben, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle und der geistige Vordenker Robert Schuman, war eine großartige Leistung der Brüderlichkeit. Es war eine großartige Leistung, diesen Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs Ausöhnung gegenüberzustellen. Und es hat funktioniert. Das, was

damals mit der Versöhnungsmesse in der Krönungskathedrale zu Reims begann, das trägt bis heute, auch wenn Sand im Getriebe ist.

Sie stellen die Frage: Welche Verantwortung tragen wir für die Zukunft Europas? Welche Verantwortung tragen wir für das deutsch-französische Verhältnis? Deswegen möchte ich Sie in die Gedankenwelt dieser drei großen Männer mitnehmen, die das damals gestaltet haben, dieser drei großen Katholiken, und mich auf Robert Schuman beziehen, der in den 50er- und 60er-Jahren sehr viel darüber geschrieben hat, wie man Deutschland und Frankreich vereint.

Robert Schuman hat immer gewarnt vor einem Superstaat Europa. Er hat immer gewarnt vor Überheblichkeit. Er hat immer gewarnt vor Zwang. Und er setzte den Modellen, die ja zu diesen Verwerfungen geführt hatten, das Modell des europäischen Geistes entgegen – ein Geist der Freiheit, der die Bürger in den Mittelpunkt nehmen sollte und der so funktioniert, dass die Bürger einander

aussöhnen, indem sie einander begegnen und sich verstehen. Aber das ist nur ein Teil der Theorie. Der andere Teil bedeutet, sich selbst zu lieben, einen gesunden Patriotismus zu haben, sein Land zu lieben und so zusammenzukommen, meine Damen und Herren. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass der Freundschaftsvertrag vor 60 Jahren ganz kurz war und letztendlich lediglich Austauschprogramme und eine Abrede zur Zusammenarbeit beinhaltete. Es war wenig Text und viel Esprit frei nach dem Korintherbrief: „Der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig.“

Der Vertrag von Emmanuel Macron und Angela Merkel allerdings, der vor vier Jahren geschrieben, ratifiziert, beschlossen worden ist, der hat viel Text und wenig Esprit. Ihnen geht es gar nicht mehr um das deutsch-französische Verhältnis.

Es geht Ihnen gar nicht mehr um den Bürger. Es geht auch nicht um Freiheit. Es geht um genau die Modelle, vor denen uns Robert Schuman gewarnt hatte, genau diesen Superstaat EU, für den ja insbesondere Emmanuel Macron steht, für diese Bevormundung der Bürger, Bevormundung anderer Staaten, genau das, was eben Zwietracht sät und nicht Frieden schafft.

Meine Damen und Herren, dieser Bundesregierung und – das muss ich sagen – auch der französischen Regierung fehlt dieser europäische Geist, den Robert Schuman damals beschrieben hat. Herr Bundeskanzler, Ihnen fehlt auch noch die Kinderstube. Wenn Sie unseren engsten Partner nicht über ein 200-Milliarden-Euro-Projekt informieren, dann hat das nicht nur was mit Philosophie, sondern auch mit Erziehung zu tun.

Der Bundesregierung und der französischen Regierung fehlt dieser europäische Geist.

Welche Verantwortung haben wir für Europa? Wir haben die Verantwortung, dass wir diese Zwietracht ausräumen und dass wir wieder auf diesen Geist der Zwanglosigkeit, der Freiheit und des gegenseitigen Verstehens zurückkommen, zurück zu christlichen Werten, zu Patriotismus, Liebe zum

eigenen Land und Liebe zur Demokratie.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen deswegen aus Robert Schumans „Für Europa“ vorlesen, 1963 herausgegeben. Auf Seite 88 schreibt er über Demokratie, die er mal so definiert hat, dass der Staat im Dienste des Volkes steht und in Übereinstimmung mit ihm handelt – hören Sie gut zu! –: Man kann den Terminus „Demokratie“ in der Tat nicht auf ein Regime anwenden, das ablehnt, das Bestehen eines Volkes, das heißt einer lebendigen Gemeinschaft im Besitz eines eigentümlichen Erbgutes, anzuerkennen, die ihren eigenen Bestrebungen und ihrer persönlichen Sendung in Freiheit nachgehen will; auf eine Regierung, die sich selbst dem Gedanken der Freiheit und persönlichen Verantwortung widersetzt und unter dem Vorwand, dass es sich um kriminelle Abirungen handelte, alle anderen Tendenzen und Kritiken gewaltsam unterdrückt. In einer wahren Demokratie gibt es nur eine Freiheitsbeschränkung: Die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft müssen vor Gewalttätigkeit und Zerstörungsversuchen geschützt werden. – Welch wahre Worte in der heutigen Zeit!

(Beifall bei der AfD)

Sandra Weeser, FDP:

Die Einigung Europas hat uns starkgemacht



Sandra Weeser (*1969)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Ich möchte zunächst unserem neuen Verteidigungsminister, der heute Morgen im Amt vereidigt worden ist, alles Gute wünschen. Herzlichen Glückwunsch, allzeit eine gute Hand für die herausfordernden Arbeiten! Ich bin Ihnen sehr dankbar – das möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen –, dass es eine Ihrer ersten Amtshandlungen heute Morgen war, Ihren französischen Amtskollegen

anzurufen. Ich glaube, das ist ein sehr starkes Zeichen.

Ich möchte damit direkt zu meiner Rede überleiten. Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun. Wir sind auch verantwortlich für das, was wir nicht tun. Das ist ein Zitat des französischen Dichters Molière, und ich glaube, es ist gerade in der gegenwärtigen Situation sehr, sehr aktuell. Es ist eine Mahnung an unsere

Rolle in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, im Verbund mit unseren Freunden und westlichen Partnern angesichts des anhaltenden Krieges in der Ukraine zusammenzuhalten. Das möchte ich hier vor dem Hintergrund des 60-jährigen Bestehens des Élysée-Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich hervorheben. Wir sind ver-

antwortlich für das, was wir nicht tun.

Damals, 1963, haben beide Länder viel füreinander getan, miteinander gesprochen, gemeinsam gehandelt und diesen Austausch im Élysée-Vertrag verstetigt und auf eine festgeschriebene und besiegelte Grundlage gestellt. Wir als Nation und auch als Gesellschaft sind gefordert, unsere Versprechen der Partnerschaft und Einigkeit zu erneuern. Zögern, Zaudern, Opportunismus müssen der Vergangenheit angehören. Jetzt ist die Zeit, in der Entschlossenheit und Geschlossenheit mit unseren Partnern gefragt sind.

Zögern, Zaudern, Opportunismus müssen der Vergangenheit angehören.

Die Einigkeit Europas ist das Beste, was den Deutschen und Deutschland passieren konnte, und die Freundschaft zwischen Frankreich und

Deutschland ist das Herzstück. Diese beiden Länder mit den größten Bevölkerungsanteilen und Volkswirtschaften sind gefragt, die Zukunft dieses Kontinentes zu gestalten und die Sicherheit und Stabilität unserer Demokratien zu schützen. Gerade wir Deutsche, aber auch die Franzosen wissen, was für tiefe Wunden Kriegswunden sein können, wie lange es dauert, bis sie verheilen, um sie zu überwinden. Ich sende von diesem Rednerpult heute die Hoffnung aus, dass auch der Tag für die Ukraine und für Russland kommt, an dem es einen Freundschaftsvertrag gibt.

Nach Jahrhunderten von Krieg und Zerstörung hat uns die Einigung Europas starkgemacht. Sie hat Freiheit, Frieden, Wohlstand und auch Chancen für jeden Einzelnen von uns geschaffen. Entscheidend dabei war jener Élysée-Vertrag, den wir diese Woche feiern. Es war die Besiegelung des Austauschs und der Abstimmung, und es war das Anliegen, die heranwachsenden Generationen in stetigen Austausch miteinander zu bringen, damit die Bande für die Zukunft enger und unverwundlicher zu knüpfen auf der Basis von Achtung, Vertrauen und Freundschaft.

Meine persönliche Biografie ist

der Ertrag und der Beweis für das Funktionieren dieses Abkommens. Ich war schon als Schülerin oft in Frankreich – Schüleraustausch –, habe später dann in Toulouse gearbeitet und dort auch meinen Mann kennengelernt. Unsere gemeinsamen Kinder sind das Zeugnis für diese deutsch-französische Beziehung. Ich selbst habe seit 2019 auch die französische Nationalität und Staatsbürgerschaft. Ich bin stolz, eine Deutsch-Französin zu sein, mit allen Rechten und Pflichten und nun auch politisch mit dem Auftrag, als eine solche für die weiteren engen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sorgen. Wenn ich als Deutsch-Französin auf die 60 Jahre des Vertrags zurückschaue, dann sehe ich eine große Erfolgsgeschichte. Wenn ich dann auf die nächsten 60 Jahre in die Zukunft schaue, dann bin ich froh, dass der Élysée-Vertrag und der Aachener Vertrag die deutsch-französische Freundschaft in die Zukunft tragen und weiter stärken werden.

Wir stehen als deutsch-französisches Tandem wie auch als Europa vor großen Herausforderungen. Wir sehen, dass nationalistische und antieuropäische Kräfte wieder erstarken. Zugleich muss Europa seinen Platz im Wettstreit zwischen den USA und China finden

und verteidigen. Das vergangene Jahr hat erneut gezeigt, wie wichtig Souveränität und Geschlossenheit in Europa sind. Wenn gezielt versucht wird, die EU zu schwächen und zu spalten, dann müssen Deutschland

und Frankreich umso enger zusammenstehen, gerade jetzt. Dafür setze ich mich in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung mit Feuereifer ein.

Es ist wichtig, dass Deutsch-

land jetzt strategische Fragen für Europa in den Mittelpunkt rückt. Wenn wir ein verlässlicher Partner für unsere europäischen Nachbarn sein wollen, müssen wir dringend unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern

verringern, offen für pragmatische Lösungen sein, zum Beispiel Atomkraftwerke weiterlaufen lassen, Schiefergas weiter fördern.

Ich habe noch zwei Seiten; ich werde sie überspringen. Ich will

aber mit den Worten enden: Vive la France! Vive l'Allemagne! Côte à côte toujours ensemble!

Merci beaucoup.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrej Hunko, Die Linke:

Deutschland könnte gerne ein Stück weit französischer werden



Andrej Hunko (*1963)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die deutsch-französische Aussöhnung ist in der Tat eine historische Er rungenschaft, ein wunderbares Ereignis und vielleicht auch ein Stück weit ein Vorbild für andere Regionen in der Welt, wo sich

vermeintliche Erbfeinde gegenüberstehen. Deswegen unterstützen natürlich auch wir die Erinnerung an den Élysée-Vertrag und auch diese Debatte.

Aber es war ja nicht nur der Élysée-Vertrag; ich werde gleich noch darauf zu sprechen kommen. Schon einige Jahre vor dem Élysée-Vertrag war es ja möglich, dass die Frage zum Status des Saarlandes friedlich mit einer Volkabstimmung geklärt werden konnte. Das war wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich sensationell. Vielleicht ist auch das ein Modell für andere Regionen in der Welt.

Der Élysée-Vertrag von 1963 war ja nicht nur ein Staatsvertrag, wo auf hoher politischer Ebene Dinge geregelt wurden. Er hatte auch eine große zivilgesellschaft-

liche Komponente. Ich selbst bin ein Stück weit ein Kind des Élysée-Vertrages. Als elfjähriger Aachener Junge bekam ich im Fußballverein gesagt: Nächsten Sonntag geht es nach Paris zu einem Auswärtsspiel. Das fand, wie ich später verstanden habe, im Rahmen eines Austausches statt, der auf den Élysée-Vertrag zurückging. Ich erinnere mich sehr gut, wie ich als Elfjähriger Mitte der 70er-Jahre in Paris in eine französische Familie kam, an die feierliche Überwindung, die es sie gekostet hat, mich als Deutschen aufzunehmen. Das sind Bilder, die man nicht ver-

Frankreich neigt dazu, mehr in Richtung europäische Souveränität zu schauen.

gisst und die dazu beigetragen haben, dass auch zwischen den Bevölkerungen Deutschlands und Frankreichs diese Aussöhnung stattgefunden hat.

Wir erleben das ja immer wieder: Es gibt große Reden über den deutsch-französischen Motor, die deutsch-französische Aussöhnung, manche Sonntagsreden; aber die Wirklichkeit sieht leider ein bisschen schwieriger aus. Ich will daran erinnern, dass die wichtige deutsch-französische Initiative im Rahmen des Normandie-Formats – das Minsker Abkommen war ja eine deutsch-französische Initiative – leider gescheitert ist. Es wäre sehr, sehr gut gewesen, man hätte da mehr Nachdruck aufgebracht. Es ist schon angesprochen worden: Das 200-Milliarden-Euro-Paket, das hier beschlossen wurde, war nicht abgestimmt. Die F-35-Bestellung bei den USA war nicht abgestimmt.

Auch das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaket war nicht abgestimmt. Ihre Reise nach China, Herr Scholz – er ist nicht mehr da –, war auch nicht abgestimmt, obwohl Macron gerne mitgereist wäre. Es gibt viele Probleme; die gab es immer. Mein Eindruck ist allerdings: Sie sind größer geworden.

Zwischen deutscher und französischer Außen-, Wirtschafts- und Industriepolitik gibt es immer wieder grundlegende Unterschiede. Ich sehe das auch in der Europapolitik. Frankreich neigt dazu, mehr in Richtung europäische Souveränität zu schauen, das heißt, auch ein bisschen unabhängiger von den USA zu werden. Es neigt dazu, mehr koordinierte Wirtschaftspolitik zu machen. Ich finde, in diesem Sinne können wir in Deutschland hier ein Stück weit französischer werden. Vielleicht wäre das eine richtige Botschaft vor dem Gipfel am Wochenende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Petry [SPD])

Chantal Kopf, Bündnis 90/Die Grünen:

Dieses historische Glück bedeutet auch Verantwortung



Chantal Kopf (*1995)
Wahlkreis Freiburg

In der Nähe meines Wahlkreises in der deutsch-französischen Grenzregion liegt der Hartmannswillerkopf. Diese Bergkuppe inmitten der Vogesen steht sinnbildlich für die Feindschaft Deutschlands und Frankreichs während der schrecklichen Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts. Wegen seiner exponierten Lage war der Gipfel

im Ersten Weltkrieg schwer umkämpft. Rund 300.000 Soldaten beider Länder ließen allein dort ihr Leben. Die gut erhaltenen Schützengräben zeugen vom erbitterten Stellungskampf. Im Zweiten Weltkrieg verloren 360.000 Französisinnen und Franzosen ihr Leben, darunter etliche zivile Opfer des Naziterrors. Der Blick über die Rheinebene in meiner Heimat hinweg ins Nachbarland lässt mich oft darüber nachdenken, wie dankbar wir sein müssen, dass wir diese dunkelsten Kapitel hinter uns gelassen haben, dass Aussöhnung ermöglicht wurde und dass aus sogenannten Erbfeinden engste Freunde wurden. Das ist für mich die vielleicht größte Errun-

Deutschland und Frankreich müssen Lehren aus Fehlern und den multiplen Krisen ziehen.

genenschaft in der Geschichte unseres Kontinents. Dieses historische Glück bedeutet auch Verantwortung. Seit fast einem Jahr tobt Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine in unweiter Nachbarschaft, der gezielt grausames Leid über die Zivilbevölkerung bringt. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, die Ukraine mit aller Entschlossenheit mit unseren Partnern zu unterstützen. Gleichzeitig müssen Deutschland und Frankreich nun Lehren aus Fehlern und den multiplen Krisen ziehen. Zu Recht wollen wir uns ja

endlich von fossilen Energien lösen, und wir drängen gemeinsam auf mehr europäische Handlungsfähigkeit, auf eine starke und eine geopolitische

EU, die dafür aber auch institutionell gewappnet sein muss.

Frankreich ist mehrfach mit strategischen Zielsetzungen wie der europäischen Souveränität und mit Initiativen wie der Zukunftskonferenz vorangegangen. Zuletzt hat Präsident Macron eine industriepolitische Strategie vorgeschlagen. Man muss nicht alles richtig finden – ein Handelskonflikt mit den USA ist sicher nicht in unserem Interesse –; aber jetzt ist eben die große Aufgabe, all diese Themen gemeinsam zu diskutieren, als Deutschland auch eigene Vorschläge einzubringen und dann verbindende und gesamteuropäische Lösungen zu finden. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die vor 60 Jahren im Élysée-Vertrag besiegelt wurde, legte den Grundstein für das größte Friedensprojekt unserer Zeit: die Europäische Union. Erst durch den Versöhnungsprozess der ehemaligen Erbfeinde konnte sich die intergouvernementale und supranationale Zusammenarbeit der Gründungsmitglieder entfalten. Die deutsch-französische Beziehung war also von Beginn an ein strukturierendes Element der EU. Immer dann, wenn sich

Deutschland und Frankreich trotz unterschiedlicher Perspektiven einig wurden, sind wir weitere Schritte im Integrationsprozess gegangen und haben dafür gesorgt, dass Europa noch enger zusammenwächst.

2019 haben wir uns mit dem Vertrag von Aachen zu einer vertieften bilateralen Zusammenarbeit zum Beispiel auch in der Sicherheits- und in der Klimapolitik verpflichtet. Die Gründung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung in diesem Zuge und des AGZ war ein wirklich wichtiger Meilenstein. Ich möchte mich bei allen Mitgliedern dieses Hauses und der Assemblée nationale herzlich bedanken, die diese Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen haben. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit brauchen wir aber neuen Schwung. Es ist kein gutes Zeichen, wenn Projekte, die im Vertrag von Aachen verankert sind, wie zum Beispiel grenzüberschreitende Bahnlinien, sich wegen ungelöster Finanzierungsfragen ewig hinziehen, obwohl sie

Fortsetzung auf nächster Seite

eigentlich alle Seiten wollen.

Von Beginn an eine tragende Säule unserer Freundschaft war der deutsch-französische Jugendaustausch. Das Deutsch-Französische

Jugendwerk leistet hier herausragende Arbeit und hat seit 1963 10 Millionen jungen Menschen einen Austausch ins Nachbarland ermöglicht. Aktuelle Umfragen zei-

gen auch, dass bei Jugendlichen der Zuspruch zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in Europa wirklich groß ist. Das ist eine wunderschöne Nachricht. Nach 60 Jah-

ren ununterbrochener Freundschaft freue ich mich auf die nächsten Kapitel in der Geschichte dieser einmaligen Beziehung und bedanke mich für Ihre Aufmerk-

samkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Gunther Krichbaum, CDU:

Deutschland und Frankreich müssen miteinander harmonisieren



Gunther Krichbaum (*1964)
Wahlkreis Pforzheim

Ausgangspunkt des Élysée-Vertrages war die deutsch-französische Versöhnung nach dem von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg. Dies ist auch heute noch ein Modell für die Welt und zeigt, dass es möglich ist, Krieg und Hass zu überwinden, so undenkbar das oft auch im Hier und Heute erscheint. Dafür braucht es Frauen und Männer, die mit Mut vorangehen. Und so verdanken wir bis heute Charles de Gaulle und Konrad Adenauer sehr, sehr viel.

Sie reichten sich auf den Trümmerbergen von Europa die Hände in dem Versprechen, dass sich solch ein Krieg nie mehr wiederholen darf.

Ich möchte aber auch Robert Schuman erwähnen. Und ich lasse es nicht zu, Herr Kollege Kleinwächter, dass Sie den Namen Schuman hier für Ihre Propagandazwecke missbrauchen. Robert Schuman war der erste französische Außenminister nach dem Krieg. Er hatte die geniale Idee, Kohle und Stahl unter die Verantwortung einer gemeinsamen Behörde zu stellen, weil eben Kohle und Stahl damals die Rohstoffe für die Rüstungsindustrie waren. Das war der Nukleus der europäischen Gründungsgeschichte und der europäischen Integration.

Der Élysée-Vertrag 1963 war in der damaligen Zeit der vorläufige Höhepunkt einer bis dato beispiellosen Aussöhnungsgeschichte. Es war dann Präsident Emmanuel Macron, der in seiner Sorbonne-Rede 2017 die Weiterentwicklung des Élysée-Vertrages vorbrachte. Der

nachfolgende Aachener Vertrag hat aber seinen besonderen Charme darin, dass parallel dazu ein Parlamentsabkommen abgeschlossen wurde und wir seit dieser Zeit, historisch sozusagen, sagen können: Wir haben eine gemeinsame Kammer unserer beiden Parlamente.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch kritisch anmerken, dass mir persönlich hier manches zu ritualisiert verläuft. Wir dürfen den Mut haben, die Debatten offen und kontrovers zu führen. Ich denke, dass wir an dem ritualisierten Verfahren auch arbeiten sollten.

Aber es gibt noch einen weiteren Punkt – Frau Rehlinger, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dies angesprochen haben –: Wir müssen unsere Jugend ermuntern, die Sprache des jeweiligen Nachbarn zu erlernen. Es sind zu wenige Deutsche, die heute die französische Sprache

lernen. Das ist auch umgekehrt der Fall. Ich glaube, daran müssen wir dringend arbeiten. Wenn wir sehen, dass wir in Österreich – sicherlich aus anderen Gründen – fast 30000 deutsche Studenten haben, aber im Jahr nur 4000 deutsche Studenten nach Frankreich gehen, dann müssen wir feststellen: Das ist eine Diskrepanz, die nicht ins Bild passt.

Unerwähnt dürfen aber auch die Spannungen zwischen Bundeskanzler Scholz und Emmanuel Macron nicht bleiben. Das deutsch-französische Verhältnis ist in einer ernstesten Situation. Die Alleingänge des Bundeskanzlers haben schwere Verstimmungen hervorgerufen. Man denke an die Prager Rede Ende August letzten Jahres, in der Kanzler Scholz nicht einmal das deutsch-französische Verhältnis erwähnt hat. Man denke an das 200-Milliarden-Euro-Paket; Kollege Laschet hat schon angesprochen, dass dies überhaupt nicht mit Frankreich kommuniziert wurde. Man denke an die Absage der deutsch-französischen Regierungskonsultationen Mitte Oktober letzten Jahres – ein vorläufiger Tiefpunkt. Man denke an den Besuch des Kanzlers in China, als er sich

von der dortigen Partei- und Staatsführung gnadenlos für propagandistische Zwecke hat einspannen lassen.

Das wäre anders gegangen. Das muss anders gehen; denn dies führt zu Gegenreaktionen, wie wir gesehen haben. Zuletzt lieferte Frankreich Kampfpanzer an die Ukraine, ohne vorher die Abstimmung mit Berlin gesucht zu haben. Hier fehlt es Kanzler Scholz bislang an der notwendigen Empathie. Aber genau das braucht das deutsch-französische Verhältnis. Es braucht Empathie, damit Sympathie entstehen kann. Wenn Frau Rehlinger gerade von einem Weckruf gesprochen hat, dann sage ich: Aufwachen ist jetzt höchste Zeit. Denn in Europa wird sich nichts nach vorne bewegen, wenn Deutschland und Frankreich nicht miteinander harmonisieren und sympathisieren. Es wird Zeit, seitens der Bundesregierung dafür wieder Sorge zu tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Alleingänge des Bundeskanzlers haben schwere Verstimmungen hervorgerufen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Nils Schmid (SPD), Matthias Moosdorf (AfD), Michael Georg Link (FDP), Volker Ullrich (CSU) und Claudia Tausend (SPD).



Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) ist dankbar für die starke Bindung zwischen Deutschland und Frankreich. In ihrer Rede zum Jahrestag des Élysée-Vertrags sprach sie sich dafür aus, die deutsch-französische Freundschaft zu ehren und weiter in sie zu investieren.

© picture alliance / photothek | Felix Zahn

leicht
erklärt!

Deutsch-französische Beziehung

60 Jahre Élysée-Vertrag



Im folgenden Text geht es um die Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland.

Genauer:

Um eine schriftliche Abmachung zwischen den beiden Ländern.

Sie hat den Namen: Élysée-Vertrag.

Das spricht man ungefähr so:
Eliesee-Vertrag.

Der Vertrag wurde am 22. Januar 1963 unterschrieben.

Also vor 60 Jahren.

Folgende Fragen werden im Text unter anderem beantwortet:

- Wie hat sich die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland entwickelt?
- Was steht im Élysée-Vertrag?
- Wie ist die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland heute?

Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich

Deutschland und Frankreich liegen direkt nebeneinander.

Dadurch haben sie schon immer sehr viel miteinander zu tun.



Im Laufe der Geschichte war die Beziehung zwischen beiden Ländern sehr unterschiedlich.

Früher waren sie lange Zeit Feinde. Dann wurden sie zu engen Freunden. Im Moment gibt es einige Schwierigkeiten.

Diese gemeinsame Geschichte wird nun etwas genauer beschrieben.

Viele Kriege

Viele Jahrhunderte lang gab es zwischen Frankreich und Deutschland immer wieder Streitereien und Kriege.

Zum Beispiel:

- In den Jahren von 1792 bis 1815 kämpfte Frankreich in mehreren Kriegen gegen verschiedene Länder in Europa.

Auch gegen mehrere Länder, aus denen später Deutschland wurde.

- In den Jahren 1870 und 1871 gab es dann den deutsch-französischen Krieg.





- Von 1914 bis 1918 war der Erste Welt-Krieg.
Deutschland kämpfte dabei zusammen mit anderen Ländern auf der einen Seite.
Frankreich kämpfte zusammen mit anderen Ländern auf der anderen Seite.
- Auch im Zweiten Welt-Krieg kämpften Frankreich und Deutschland gegeneinander.
Der Zweite Welt-Krieg dauerte von 1939 bis 1945.

Nach dem Zweiten Welt-Krieg

Frankreich und Deutschland waren also lange Zeit immer wieder Gegner.
Zum letzten Mal im Zweiten Welt-Krieg.

Bald nach dem Krieg wollte Deutschland eine bessere Beziehung zu Frankreich haben.

Dafür gab es einen Grund:

Deutschland war am Zweiten Welt-Krieg schuld.

Es hatte den Krieg angefangen.
Und es hat ihn zusammen mit seinen Partnern verloren.

Frankreich hat den Krieg zusammen mit seinen Partnern gewonnen.
Und nach dem Krieg bestimmte es zusammen mit den anderen Gewinner-Ländern über Deutschland.

Das wollte Deutschland aber schnell wieder ändern.

Und dazu war es wichtig, sich mit den Gewinner-Ländern zu vertragen.

Deutschland wollte zeigen, dass es keine Gefahr mehr ist.

Und dass es keinen Krieg mehr anfangen wird.

Die anderen Länder sollten ihm wieder vertrauen.

Auch Frankreich wollte eine Zusammenarbeit mit Deutschland.

Frankreich dachte sich dabei:
Wenn Deutschland ein Partner von Frankreich ist, dann ist es keine Gefahr mehr.



Erste Zusammenarbeit

Darum fingen die beiden Länder an, immer mehr zusammenzuarbeiten.
Das war ab dem Jahr 1949.

Zum Beispiel:

- Es gab erste Partnerschaften zwischen französischen und deutschen Städten.
- Bei der Herstellung von Kohle und Stahl sprachen sich die Länder miteinander ab.
Das war ab dem Jahr 1952.
- Auch bei der Atom-Energie arbeiteten sie zusammen.
Das war ab dem Jahr 1957.

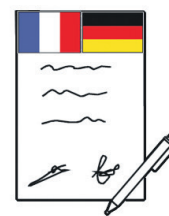
Der Élysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterschrieben Deutschland und Frankreich dann eine Abmachung.

Der Name von dieser Abmachung war: Élysée-Vertrag.

In der Abmachung standen vor allem 3 Dinge.

1. Politiker von Frankreich und von Deutschland sollten sich regelmäßig treffen.
Auf den Treffen sollten sie dann verschiedene Dinge absprechen.
Zum Beispiel gemeinsame Ziele.
2. Es sollte Absprachen in verschiedenen Politik-Bereichen geben.
3. Außerdem wollte man Menschen aus Deutschland und aus Frankreich zusammenbringen.
Und zwar vor allem junge Menschen.
Dafür wurden verschiedene Dinge gemacht.
Zum Beispiel reisen seitdem viele Schüler aus Deutschland nach Frankreich.
Und umgekehrt.
Es wurden Projekte gemacht, bei denen Deutsche Französisch lernen.
Und bei denen Franzosen Deutsch lernen.



Und es gab noch mehr Partnerschaften zwischen französischen und deutschen Städten.

Der Name „Élysée-Vertrag“

Der Name der Abmachung kommt von einem Gebäude.



Und zwar vom Élysée-Palast in Paris.

Dort hat der französische Präsident sein Büro.

Und dort wurde auch die Abmachung unterschrieben.

„Élysée-Vertrag“ ist aber nicht der richtige Name vom Vertrag.

Es ist eine Art Abkürzung.

Richtig heißt der Vertrag so: Vertrag zwischen der Bundes-Republik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Wer hat den Vertrag unterschrieben?

Der Vertrag ist vor allem auch 2 Männern zu verdanken.



Der eine Mann hieß Charles de Gaulle.

Das ist ein französischer Name. Man spricht ihn ungefähr so aus: Scharl dö Gohl.

Er war von 1959 bis 1969 Präsident von Frankreich.

Der andere Mann hieß Konrad Adenauer.

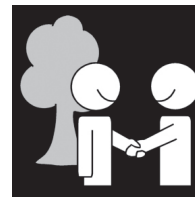


Er war von 1949 bis 1963 der erste Bundes-Kanzler der Bundes-Republik Deutschland.

Er hatte also den Beruf, den heute Olaf Scholz hat.

Beide hatten den Ersten und den Zweiten Welt-Krieg miterlebt.

Und beide Männer waren sich einig: Es soll in Europa Frieden geben. Und zwar auch in Zukunft.



Und sie waren sich sicher: Das kann nur klappen, wenn es zwischen Frankreich und Deutschland Frieden gibt.

Der Élysée-Vertrag war ein wichtiger Teil für die Beziehung zwischen den beiden Ländern.

In den Jahrzehnten danach wurde die Beziehung immer enger.

Deutschland und Frankreich arbeiteten bei immer mehr Dingen zusammen.



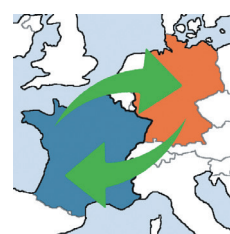
Am 22. Januar 2023 war es 60 Jahre her, dass der Vertrag unterschrieben wurde.

Darum war das ein wichtiger Jahrestag für Frankreich und Deutschland.

Deutschland und Frankreich heute

Heute arbeiten Frankreich und Deutschland in vielen Bereichen zusammen.

Hier ein paar Beispiele:



- Deutsche Firmen verkaufen sehr viele Waren nach Frankreich. Und französische Firmen verkaufen sehr viele Waren nach Deutschland.

- Die beiden Länder betreiben zusammen verschiedene Einrichtungen.

Zum Beispiel den Fernseh-Sender Arte.

- Deutsche und französische Unis arbeiten eng zusammen.
- Beide Länder sind Mitglied in der Europäischen Union.

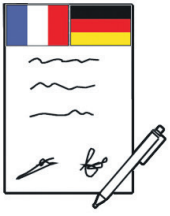
Das ist ein Zusammenschluss von 27 europäischen Ländern.

Frankreich und Deutschland sind die beiden größten Mitglieder.

Oft sagt man darum:

Sie sind besonders wichtig für die Europäische Union.

Vertrag von Aachen



Im Jahr 2019 haben Frankreich und Deutschland eine weitere schriftliche Abmachung unterschrieben.

Sie hat den Namen: Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration. Oder kurz: Vertrag von Aachen.

Der Vertrag wird als Ergänzung zum Élysée-Vertrag gesehen.

Die Idee dazu hatte der französische Präsident Emmanuel Macron.

Mit diesem Vertrag sollte die Zusammenarbeit beider Länder noch verstärkt werden.

Und zwar in Bereichen wie der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Präsident Macron und die damalige deutsche Bundes-Kanzlerin Angela Merkel haben den Vertrag am 22. Januar 2019 unterschrieben.

Also genau am 56. Jahres-Tag vom Élysée-Vertrag.

Uneinigkeiten im Moment



In letzter Zeit sagen Experten immer wieder:

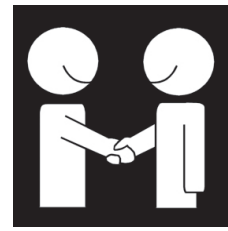
Zwischen Deutschland und Frankreich läuft es im Moment nicht so gut.

Es gibt in verschiedenen Fragen eine große Uneinigkeit.

Und bei mehreren Themen sind die Länder eigene Wege gegangen. Anstatt sich auf einen gemeinsamen Weg zu einigen.

Das ist schlecht.

Denn im Moment gibt es in Europa viele Herausforderungen.



Zum Beispiel durch den Krieg in der Ukraine.

Oder auch durch die hohen Preise für Strom und Gas.

Experten fordern deswegen:

Frankreich und Deutschland müssen wieder näher zusammenkommen. Nur so lassen sich die Probleme für Europa lösen.



Kurz zusammengefasst

Am 22. Januar 1963 wurde der Élysée-Vertrag unterschrieben. Also vor 60 Jahren.

Der Élysée-Vertrag ist eine Abmachung zwischen Frankreich und Deutschland.

Darin machen die beiden Länder aus, dass sie in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten wollen.

Beide Länder waren lange Zeit Feinde.

Der Vertrag war ein wichtiger Schritt zum Frieden zwischen ihnen.

Heute sind Frankreich und Deutschland Freunde.

Und ihre Freundschaft ist wichtig für ganz Europa.

In den letzten Monaten sieht man aber immer wieder eine gewisse Uneinigkeit zwischen beiden Ländern.

Experten finden: Das ist schlecht für ganz Europa.

Die beiden Länder sollen wieder enger zusammenarbeiten.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Uncredited. Portrait De Gaulle: © picture alliance / AP / Uncredited. Portrait De Gaulle: © picture alliance / akg-images / akgimages. Piktogramm: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 4/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 30. Januar 2023.